



Vereinte Nationen

**Bericht des Generalsekretärs
über die Tätigkeit der Vereinten Nationen**

Generalversammlung

Offizielles Protokoll

Sechzigste Tagung

Beilage 1 (A/60/1)

Generalversammlung
Offizielles Protokoll
Sechzigste Tagung
Beilage 1 (A/60/1)

Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen



Vereinte Nationen • New York 2005

Anmerkung

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um eine Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Abkürzungsverzeichnis		v
Einleitung	1-9	1
I. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit.....	10-85	3
Konfliktprävention und Friedensschaffung.....	11-39	3
Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung.....	40-58	9
Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen.....	59-65	13
Terrorismus	66-69	14
Wahlhilfe	70-74	15
Abrüstung	75-81	16
Sanktionen.....	82-85	17
II. Entwicklungszusammenarbeit	86-148	19
Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.....	86-99	19
Die Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen	100-119	22
Die besonderen Bedürfnisse Afrikas.....	120-128	27
Die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer	129-138	29
Bekämpfung von HIV/Aids	139-148	31
III. Erfüllung humanitärer Verpflichtungen.....	149-182	34
Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen	151-160	34
Humanitäre Hilfe.....	161-169	36
Management von Naturkatastrophen	170-178	39
Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten.....	179-182	41
IV. Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte.....	183-216	43
Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte.....	183-192	43
Internationaler Strafgerichtshof.....	193-196	45
Internationale Ad-hoc-Strafgerichtshöfe.....	197-204	45

	Stärkung der Herrschaft des Rechts	205-212	47
	Rechtsangelegenheiten	213-216	49
V.	Management.....	217-248	51
	Verwaltung und Management	217-234	51
	Rechenschaftspflicht und Aufsicht.....	235-241	55
	Stärkung der Vereinten Nationen.....	242-248	57
VI.	Partnerschaften.....	249-295	60
	Kommunikation.....	249-271	60
	Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften	272-277	64
	Projektdienste	278-279	65
	Zivilgesellschaft und Unternehmenspartnerschaften	280-295	66
	Schlussbemerkungen.....	296-297	70

Abkürzungsverzeichnis

ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
FDLR	Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HIV	menschliches Immunschwächevirus
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IGAD	Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung
IT	Informationstechnologie
ITC	Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO
IWF	Internationaler Währungsfonds
MINURSO	Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
MONUC	Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
NEPAD	Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NGOs	nichtstaatliche Organisationen
ODS	Elektronisches Dokumentenarchiv
OHCHR	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
ONUB	Operation der Vereinten Nationen in Burundi
SPLM	Sudanesische Volksbefreiungsbewegung
UNAIDS	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNAMSIL	Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCTAD	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDG	Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

UNF	Stiftung für die Vereinten Nationen
UNFIP	Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNMIL	Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMISSET	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor
UNOPS	Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste
UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
UNTOP	Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Tadschikistan
VN	Vereinte Nationen
VN-Habitat	Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
WFP	Welternährungsprogramm
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WTO	Welthandelsorganisation

Einleitung

1. Jedes Jahr gibt mir dieser umfassende Bericht über die Tätigkeit der Organisation Gelegenheit, eine Bilanz der Fortschritte zu ziehen, die die Vereinten Nationen bei der Verwirklichung der in der Charta verankerten Ziele erreicht haben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen, und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle zu fördern. Die erfolgreiche Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen erfordert den ganzen Einsatz und die uneingeschränkte Unterstützung der Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors sowie der Völker der Welt.

2. Im vergangenen Jahr hat es nicht nur für die Vereinten Nationen, sondern auch für die Welt sowohl Fortschritte als auch Rückschläge gegeben. Auf dem Gebiet des Friedens und der Sicherheit waren positive Entwicklungen zu verzeichnen, darunter das Ende des Konflikts in Sudan zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, demokratische Wahlen in Afghanistan und Irak und eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan. Solche Entwicklungen bestärken uns in unserer Entschlossenheit, unsere Bemühungen in anderen Konfliktsituationen fortzusetzen.

3. Heimtückische Terroranschläge in Ägypten, Irak, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und anderswo haben uns das Ausmaß der Bedrohung durch den Terrorismus drastisch vor Augen geführt. Der Einsatz von Terror und unterschiedsloser Gewalt gegen Zivilpersonen kann durch kein Anliegen und keinen Glauben gerechtfertigt werden. Der Terrorismus ist nicht das Produkt einer bestimmten Religion oder Ideologie und richtet sich auch nicht nur gegen bestimmte Länder oder Menschen. Er ist eine Bedrohung, die uns alle betrifft, und die internationale Gemeinschaft muss weiter zusammenarbeiten, um ihm entgegenzutreten und ihn zu besiegen.

4. Neben den Bemühungen der Organisation um die Wahrung des Friedens und der Sicherheit steht auch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung nach wie vor im Mittelpunkt unserer Tätigkeit. Unsere Generation ist die erste, die über das Wissen und die Ressourcen verfügt, um die extreme Armut aus der Welt zu schaffen, und es lässt sich daher nicht länger entschuldigen, wenn wir mehr als eine Milliarde unserer Mitmenschen in dieser Lage verharren lassen. Die Erreichung der Ziele der Millenniums-Erklärung, die gemeinsam von allen Mitgliedstaaten als Konzept für den Aufbau einer besseren Welt im 21. Jahrhundert beschlossen wurde, stellt den Kern unserer weltweiten Mission dar. In diesem Zusammenhang ermutigen mich besonders die jüngsten Zusagen der Europäischen Union und der Gruppe der Acht auf dem Gebiet der öffentlichen Entwicklungshilfe und des Schuldenerlasses. Alle Staaten, sowohl die entwickelten Länder als auch die Entwicklungsländer, müssen ihren Teil leisten, um den Kampf gegen Armut und Krankheit mit noch größerem Nachdruck zu führen. Wir brauchen eine große weltweite Kraftanstrengung, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen und sicherzustellen, dass sich die Vorteile der Globalisierung künftig nicht mehr so ungleich auf die Völker der Welt verteilen.

5. Im Dezember 2004 brachte ein Tsunami noch nie dagewesenen Ausmaßes im Indischen Ozean Tod und Zerstörung über 14 Länder in zwei Kontinenten. Diese Katastrophe bestätigte einen beunruhigenden Trend der letzten zehn Jahre, während denen die Zahl der Menschen, die durch Naturkatastrophen ums Leben kamen, um beinahe 50 Prozent gestiegen ist. Die Welle der Hilfsbereitschaft, die dadurch bei Regierungen, der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und bei Einzelpersonen ausgelöst wurde, und die rasche Mobilisierung von Ressourcen setzten neue Maßstäbe für humanitäre Maßnahmen. Ich hoffe, dass diese welt-

weite Solidarität und Großzügigkeit zum Vorbild für die Reaktion auf andere aktuelle oder zukünftige humanitäre Krisen wird.

6. In vielen Teilen der Welt kommt es bedauerlicherweise nach wie vor zu Verletzungen der Menschenrechte. Es liegt auf der Hand, dass es noch ungeheurer Anstrengungen bedarf, um die Menschenrechte für alle Menschen Wirklichkeit werden zu lassen. Die Tragödie in Darfur und das schreckliche Leid der Zivilbevölkerung stellen eine der flagrantesten Verletzungen der Menschenrechte dar. Die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen haben der Bevölkerung nach besten Kräften humanitäre Hilfe geleistet. Die Vereinten Nationen unterstützen die Maßnahmen der Afrikanischen Union, deren Truppen helfen, die Bevölkerung vor weiteren Greueltaten zu schützen. Es bereitet mir Genugtuung, dass der Sicherheitsrat jetzt zugestimmt hat, den Internationalen Strafgerichtshof aufzufordern, eine wesentliche Aufgabe dabei wahrzunehmen, diejenigen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, zur Rechenschaft zu ziehen. Die Krise in Darfur ist nicht nur ein afrikanisches Problem. Sie betrifft die gesamte internationale Gemeinschaft.

7. Eines meiner wichtigsten Anliegen des vergangenen Jahres war die Reform der Vereinten Nationen. Die konkreten Reformmaßnahmen, die seit meinem Amtsantritt als Generalsekretär im Jahr 1997 getroffen wurden, haben die Vereinten Nationen schon jetzt zu einer wirksameren und effizienteren Organisation gemacht. Das System zeichnet sich durch größere Kohärenz aus, und seine unterschiedlichen Teile arbeiten jetzt besser zusammen. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um die Strukturen und die Institutionskultur der Organisation den neuen Erwartungen und den neuen Herausforderungen anzupassen.

8. Im März legte ich den Mitgliedstaaten in meinem Bericht "In größerer Freiheit" – eine Formulierung, die der Präambel der Charta der Vereinten Nationen entstammt – einen Katalog von Vorschlägen vor. Ich unterbreitete ihnen ehrgeizige, aber realisierbare, miteinander verknüpfte Vorschläge über Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte sowie eine Reihe institutioneller Reformen, die die zwischenstaatlichen Organe, das Management des Sekretariats und die Koordinierung des umfassenderen Systems der Vereinten Nationen betreffen. Meine Hoffnung ist, dass die Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf der für September 2005 in New York anberaumten Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene konkrete Beschlüsse fassen werden, um den Wohlstand, die Sicherheit und die Würde der Menschen überall auf der Welt zu verbessern und die Organisation selbst als Instrument zur Erreichung dieser edlen Ziele zu stärken.

9. Ich lege meinen neunten Jahresbericht im Einklang mit der Charta in der Hoffnung vor, dass der in der Charta verkörperte Traum von einer sichereren, wohlhabenderen und gerechteren Welt durch unsere gemeinsamen Anstrengungen für alle Menschen Wirklichkeit wird.

Kapitel I

Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

10. Die Vereinten Nationen waren während des Berichtsjahrs überall auf der Welt unermüdlich tätig, um Konflikte zu verhindern und beizulegen und den Frieden zu festigen. Die Instrumente, die dabei von Afghanistan bis Burundi, von Irak bis Sudan und von Haiti bis zum Nahen Osten zum Einsatz kamen, waren ebenso verschieden wie die jeweiligen Umstände. Meine Sonderbotschafter leisteten Gute Dienste, um Friedensabkommen herbeizuführen oder die gewaltsame Eskalation von Streitigkeiten verhindern zu helfen. Im Rahmen komplexer, mehrdimensionaler Einsätze wurde eine Rekordzahl von Friedenssicherungskräften in Konfliktzonen entsandt, um dort nicht nur die Sicherheit zu gewährleisten, sondern auch um ehemalige Kämpfer zu entwaffnen, zu demobilisieren und wieder einzugliedern, um die sichere und dauerhafte Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen zu ermöglichen und um kriegszerrütteten Ländern zu helfen, eine Verfassung auszuarbeiten, Wahlen abzuhalten und die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Bei ihrer Hilfeleistung berücksichtigten die Organisationen, Fonds und Programme der Vereinten Nationen speziell die besonderen Bedürfnisse von Postkonfliktgesellschaften.

Konfliktprävention und Friedensschaffung

11. Nirgends waren der Einsatz höher und die Herausforderungen an den Weltfrieden und die internationale Sicherheit größer als in **Irak**. Die internationale Gemeinschaft trägt gemeinsam eine entscheidende Verantwortung für die Herbeiführung eines erfolgreichen Übergangs, der zu einer nationalen Aussöhnung und zu einem besseren Leben für alle Iraker führen wird. Für Irak und für die Weltgemeinschaft ist der Erfolg die einzige Alternative.

12. Die Vereinten Nationen haben alles in ihrer Macht Stehende getan, um zu helfen. Unter der Führung meines Sonderbeauftragten für Irak und der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak waren die Vereinten Nationen an vielen verschiedenen Fronten im Einsatz: Sie förderten einen alle Seiten einschließenden, partizipatorischen und transparenten politischen Übergangsprozess, stellten Wiederaufbau-, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe bereit und förderten den Schutz der Menschenrechte, die nationale Aussöhnung sowie Justiz- und Gesetzesreformen. Trotz der nach wie vor bestehenden Einschränkungen auf Grund der unsicheren Lage war ich stets auf der Suche nach Wegen, wie die Vereinten Nationen im Rahmen der gegebenen Umstände arbeiten und ihre Tätigkeiten ausüben können.

13. Wir leisten laufend eine Vielzahl von Beiträgen zum politischen Übergang. Im August 2004 waren die Vereinten Nationen bei der Einberufung einer Nationalkonferenz behilflich, auf der ein Interims-Nationalrat bestimmt wurde. Darüber hinaus übernahmen die Vereinten Nationen eine Führungsrolle bei der Unterstützung der Unabhängigen Wahlkommission Iraks bei der erfolgreichen Abwicklung der historischen Wahlen im Januar 2005. Im Anschluss an die Einberufung der Übergangsnationalversammlung im März und die Bildung der Übergangsregierung im April ist der politische Übergang Iraks jetzt in eine entscheidende Phase eingetreten. Die Vereinten Nationen helfen den Irakern bei der Ausarbeitung einer ständigen Verfassung sowie bei den Vorbereitungen für ein Verfassungsreferendum und für die Wahl einer ständigen Regierung im Einklang mit dem vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 1546 (2004) gebilligten Zeitplan.

14. Auf der im Juni 2005 in Brüssel abgehaltenen Internationalen Irak-Konferenz hoben Vertreter von mehr als 80 Ländern und Organisationen die Führungsrolle der Vereinten Na-

tionen bei der Unterstützung des politischen Prozesses hervor. Sie begrüßten darüber hinaus den Beschluss der Übergangsregierung, mit Unterstützung der Vereinten Nationen einen von irakischer Seite geleiteten Mechanismus für die Geberkoordinierung einzurichten. Ich hoffe, dass die Konferenz dazu beitragen wird, einer größeren internationalen Lastenteilung für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Iraks Auftrieb zu verleihen.

15. Die Gewalt im **israelisch-palästinensischen Konflikt** nahm drastisch ab, während die Führer beider Seiten Maßnahmen ergriffen, die neue Hoffnung auf Frieden eröffneten. Das Gipfeltreffen in Scharm esch-Scheich (Ägypten) am 8. Februar 2005 erbrachte eine Reihe von Zusagen – darunter die Einstellung von Gewalt und militärischen Aktivitäten – mit dem Ziel, das Vertrauen wiederherzustellen und den Teufelskreis des Blutvergießens zu durchbrechen. Zwar wurden die offiziellen Verhandlungen nicht wieder aufgenommen, doch kamen die beiden Parteien überein, direkte Gespräche zu führen, um den für August angesetzten israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen und aus Teilen des nördlichen Westjordanlands zu koordinieren.

16. Ich begrüßte diese neue Dynamik mit vorsichtigem Optimismus, wohl wissend, dass Rückschläge und Verzögerungen zu erwarten waren. Während eines Besuchs in Israel und in dem besetzten palästinensischen Gebiet im März 2005 legte ich den beiden Seiten eindringlich nahe, im Wege direkter Gespräche und Verhandlungen weitere Fortschritte anzustreben. Im Mai ernannte ich einen neuen Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess und Persönlichen Beauftragten bei der Palästinensischen Befreiungsorganisation und der Palästinensischen Behörde. Die Vereinten Nationen engagieren sich darüber hinaus auch weiterhin im Rahmen des Quartetts für den Nahost-Frieden, das seit September 2004 fünfmal zusammengetreten ist und im April 2005 einen Sonderbotschafter für die Entflechtung im Gazastreifen ernannte. Trotz des günstigeren Friedensklimas brachte ich weiter meine tiefe Besorgnis über die von Israel errichtete Barriere und deren humanitäre Auswirkungen zum Ausdruck. Auf Ersuchen der Generalversammlung legte ich einen Rahmenvorschlag für ein Register der durch die Barriere verursachten Schäden vor.

17. **Libanon** rückte nach der Verabschiedung der Resolution 1559 (2004) des Sicherheitsrats im September und dem erschütternden Bombenanschlag im Februar 2005 in Beirut, bei dem der ehemalige Premierminister Rafik Hariri und 20 weitere Menschen ums Leben kamen, ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit. Ich bestimmte einen Sonderbotschafter für die Durchführung der Resolution 1559 (2004) des Sicherheitsrats, die unter anderem den Abzug der ausländischen Kräfte aus dem Land sowie die Auflösung und Entwaffnung der Milizen fordert. Eine von mir Ende April nach Libanon entsandte Gruppe von Militärexperten kam zu dem Schluss, dass, soweit sie feststellen konnte, die syrischen militärischen Mittel abgesehen von einem umstrittenen Grenzgebiet vollständig aus Libanon abgezogen worden waren. Ich entsandte die Gruppe im Juni erneut, um Behauptungen nachzugehen, wonach Agenten des syrischen Geheimdiensts weiter in dem Land operierten.

18. Die Ermordung von Herrn Hariri, die nur Monate vor den geplanten Parlamentswahlen stattfand, gab Anlass zu der Befürchtung, dass Libanon einen Rückfall in die Gewalt erleben könnte. Der Sicherheitsrat verurteilte den Anschlag und ersuchte mich, ihm umgehend über seine Ursachen, Umstände und Folgen Bericht zu erstatten. Innerhalb weniger Tage entsandte ich eine Ermittlungsmission, die zu dem Schluss kam, dass eine internationale Kommission eine unabhängige Untersuchung des Verbrechens durchführen sollte. Der Rat stimmte zu und verlangte die Einrichtung einer solchen Kommission, mit dem Auftrag, den libanesischen Behörden bei der Untersuchung des Bombenanschlags behilflich zu sein. Bis Juni hatte die Internationale unabhängige Untersuchungskommission der Vereinten Nationen ihre volle Tätigkeit aufgenommen. Ich entsprach außerdem einem Ersuchen der libanesischen

Regierung um Wahlhilfe und entsandte eine Mission mit dem Auftrag, den Behörden bei der Vorbereitung der Parlamentswahlen behilflich zu sein und die Tätigkeit der internationalen Wahlbeobachter zu koordinieren. Die rechtzeitige und glaubhafte Abhaltung dieser Wahlen war eines der Kernelemente des Übergangsprozesses, in dessen Verlauf das libanesische Volk seine Entschlossenheit bekundet hat, seine Zukunft selbst zu gestalten, die politischen Institutionen zu stärken und seine volle Souveränität wiederzuerlangen.

19. Auf dem afrikanischen Kontinent gab es in **Sudan** mit der Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens zwischen der Regierung und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) am 9. Januar einen wichtigen Durchbruch. Das Abkommen beendete die seit zwei Jahrzehnten andauernden Kämpfe zwischen Nord und Süd, in deren Verlauf Millionen von Menschen getötet oder entwurzelt worden waren. Während der Verhandlungen unterstützte mein Sonderberater sowohl die Parteien als auch die Vermittlung durch die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD). Das Abkommen erlaubte die Einrichtung der Mission der Vereinten Nationen in Sudan, die die im Juni 2004 geschaffene Vorausmission der Vereinten Nationen in Sudan ablöste, die den Auftrag hatte, den in Aussicht stehenden Friedenssicherungseinsatz vorzubereiten sowie den Parteien in den letzten Monaten vor der Unterzeichnung des Friedensabkommens weitere Unterstützung zu gewähren. Als ich am 9. Juli in Khartum der historischen Vereidigung der neuen Regierung der nationalen Einheit beiwohnte, konnte ich mit Freude feststellen, dass die beiden ehemaligen Widersacher, Präsident Omar Hassan A. Al-Baschir und der Erste Vizepräsident John Garang, versprachen, sich um eine breitere politische Beteiligung an der Interimsregierung zu bemühen sowie Frieden und Aussöhnung in den Regionen Sudans anzustreben, die nach wie vor durch Instabilität und Konflikt zerrüttet sind. Der tragische und verfrühte Tod des Ersten Vizepräsidenten John Garang am 30. Juli, nur drei Wochen später, bedeutete einen schrecklichen Verlust für Sudan. Es hat mich jedoch sehr beruhigt, dass die SPLM so rasch den Nachfolger Dr. Garangs, Kommandeur Salva Kiir, zum Chef der Bewegung ernannte und dass dieser danach als Erster Vizepräsident Sudans vereidigt wurde. Von ganz großer Wichtigkeit ist, dass beide Parteien ihr Bekenntnis zur Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens rasch und autoritativ bekräftigt haben.

20. Der Frieden zwischen Nord und Süd bereinigte jedoch nicht die schreckliche Situation in der Region **Darfur** im Westen Sudans, wo die Vereinten Nationen inmitten anhaltender Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen die Waffenruhe der brutal misshandelten Bevölkerung umfangreiche humanitäre Hilfe leisteten. Die Vereinten Nationen unterstützten und ermutigten darüber hinaus aktiv die Anstrengungen der Afrikanischen Union, über den Abuja-Prozess ein Friedensabkommen für Darfur zu vermitteln, sowie ihre Entsendung von Soldaten und Polizisten zur Überwachung der Waffenruhe und zur Verbesserung der Sicherheit am Boden. Die Mission der Afrikanischen Union hat unter außerordentlich schwierigen Umständen und mit begrenzten Mitteln Bewundernswertes geleistet. Auf diese Weise hat die schreckliche Gewalt, die die Region heimgesucht hatte, in den Operationsgebieten der Mission fast vollständig aufgehört. Dennoch ist die Situation in Darfur trotz der ermutigenden Anzeichen, die ich im Mai während meines Besuchs in der Region vorfand, nach wie vor unannehmbar. Die Konfliktparteien müssen ihre Zusagen einhalten, die Sicherheit der Zivilpersonen garantieren und alles in ihrer Macht Stehende tun, um bis Ende 2005 ein umfassendes Friedensabkommen zu schließen. Nur dann kann langsam echte Sicherheit entstehen und nur dann können die Menschen in Darfur ihr normales Leben wieder aufnehmen. Die Unterzeichnung der Grundsatzerklärung für die Beilegung des sudanesischen Konflikts in Darfur am 5. Juli in Abuja war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, da die Erklärung den Rahmen für künftige Verhandlungen über Fragen wie Einheit, Religion, Verteilung der

Macht, Teilung des Reichtums des Landes, Sicherheitsregelungen und die Schlüsselfrage der Landnutzung und des Landeigentums vorgibt.

21. Der Sicherheitsrat bezog klar gegen die Straflosigkeit in Darfur Stellung, als er im März 2005 beschloss, die Vorwürfe von Kriegsverbrechen dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterbreiten. Der Gerichtshof kann dabei die Vorarbeit nutzen, die die von mir eingerichtete Internationale Untersuchungskommission bereits geleistet hat. Darüber hinaus haben die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte und mein Sonderberater für die Verhütung von Völkermord auf meine Bitte hin Darfur einen Besuch abgestattet und dem Sicherheitsrat Empfehlungen zum Schutz von Zivilpersonen und zur Verhütung massiver Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts vorgelegt.

22. Die Hoffnung auf Frieden in **Somalia** erhielt neue Nahrung, nachdem die Nationale Aussöhnungskonferenz Somalias im Oktober 2004 mit der Bildung einer Übergangs-Bundesregierung mit Sitz in Nairobi erfolgreich zu Ende gegangen war. Die Vereinten Nationen unterstützten den von der IGAD angeführten Verhandlungsprozess und wurden gebeten, eine führende Rolle bei der Koordinierung der internationalen Unterstützung zur Durchführung der Bestimmungen der Übergangs-Bundescharta zu übernehmen, die aus der Konferenz hervorgegangen war. Zwar fanden diese Friedensbemühungen unter der bisher breitesten Beteiligung statt, doch wurde die Verlegung der Übergangs-Bundesregierung nach Somalia durch die dort herrschende Unsicherheit und die anhaltenden Streitigkeiten verhindert. Angesichts der Notwendigkeit einer profilierten Führungsrolle der Vereinten Nationen habe ich einen Sonderbeauftragten ernannt, der ein erweitertes Politisches Büro der Vereinten Nationen für Somalia leiten wird.

23. Die Anstrengungen zur Beendigung der Gewalt im Norden **Ugandas** kamen im Dezember 2004 mit der ersten direkten Begegnung zwischen der Regierung Ugandas und der Widerstandarmee des Herrn ("Lord's Resistance Army", LRA) allmählich voran. Diese Anstrengungen, die von einem nationalen Vermittler moderiert und von den Vereinten Nationen sowie weiteren Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden, wurden im Jahr 2005 fortgesetzt, mit dem Ziel, eine friedliche Lösung für den seit 19 Jahren anhaltenden Konflikt zu finden.

24. In einigen afrikanischen Ländern wurde der politische Übergang von Gewalt überschattet, woraufhin die Vereinten Nationen und andere Stellen ihre Guten Dienste einsetzten, um eine Eskalation der Streitigkeiten zu bewaffneten Konflikten zu verhindern. Die Vereinten Nationen unterstützten Regionalinitiativen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und der Afrikanischen Union, um die Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung während des Übergangsprozesses in **Togo** nach dem plötzlichen Tod von Präsident Gnassingbé Eyadéma zu gewährleisten. Die Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in **Guinea Bissau** und in der **Zentralafrikanischen Republik** förderten aktiv einen friedlichen Übergang in den genannten Ländern. Ich entsandte einen Sonderbotschafter nach Guinea-Bissau mit dem Auftrag, bei der Gewährleistung friedlicher und transparenter Präsidentschaftswahlen im Juni behilflich zu sein.

25. Ich setzte die enge Zusammenarbeit mit den Staatshäuptern **Kameruns** und **Nigerias** zur friedlichen Beilegung ihrer Gebietsstreitigkeit fort. In einem Dreiertreffen im Mai verpflichteten sich beide Präsidenten mir gegenüber erneut zur Weiterführung des Prozesses im Einklang mit dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs. Die Vereinten Nationen waren darüber hinaus **Äquatorialguinea** und **Gabun** weiter bei der Vermittlung einer Beilegung ihrer Streitigkeit betreffend die Insel Mbanie behilflich.

26. Entsprechend der Aufforderung in dem Bericht der Mission des Sicherheitsrats nach **Westafrika** vom Juli 2004 veranstaltete mein Sonderbeauftragter für Westafrika weiter regelmäßige Treffen der Leiter der Präsenzen der Vereinten Nationen in der Region. Er unternahm Missionen der vorbeugenden Diplomatie, um Spannungen in mehreren Ländern entschärfen zu helfen, und bezog gleichzeitig die ECOWAS, Regierungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Geber in die Erarbeitung einer integrierten regionalen Konfliktpräventionsstrategie ein.

27. Zivilpersonen waren die Hauptleidtragenden der anhaltenden Kämpfe in **Kolumbien**. Mit etwa 2 Millionen Binnenvertriebenen hat sich die Situation nicht verbessert. In der ersten Jahreshälfte 2005 nahm die Gewalt zu, insbesondere die Angriffe auf indigene Gemeinschaften. Bedauerlicherweise führten die Friedensschaffungsbemühungen nicht zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Angesichts des ungünstigen Klimas für Friedensgespräche ließ ich das Mandat meines Sonderberaters im April auslaufen, doch stellte ich klar, dass die Guten Dienste der Vereinten Nationen Kolumbien auch weiterhin zur Verfügung stehen.

28. Die Verifikationsmission der Vereinten Nationen in **Guatemala** wurde Ende 2004 abgeschlossen, nachdem sie 10 Jahre lang den guatemaltekischen Friedensprozess entschlossen und erfolgreich unterstützt hatte. Um einen Folgemechanismus zur Stärkung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zu schaffen, vereinbarte das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte mit der Regierung die Einrichtung eines Büros in Guatemala. In einer gegenläufigen Entwicklung verwarf der Verfassungsgerichtshof ein im Jahr 2004 geschlossenes Abkommen zwischen der Regierung und den Vereinten Nationen zur Schaffung einer Sonderuntersuchungskommission für illegale Gruppen und geheime Sicherheitsorganisationen.

29. Im Anschluss an die Ergebnisse der im April in **Zypern** durchgeführten Referenden ließ ich meine Guten Dienste ruhen und legte allen Parteien eine Bedenkzeit nahe. Ende Mai und Anfang Juni 2005 besuchte der Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten Griechenland, die Türkei und Zypern, um die Auffassungen aller Parteien einzuholen, mit dem Ziel, mir bei der Festlegung der Prioritäten, der Ressourcen und der Intensität, mit der ich meine Guten Dienste künftig wahrnehmen werde, behilflich zu sein.

30. Ich sehe mich nach wie vor ermutigt durch die stetigen, echten Fortschritte, die **Indien** und **Pakistan** in ihrem bilateralen Dialog erzielt haben. Die wegweisende Eröffnung der Busverbindung über die Kontrolllinie hinweg im April 2005 war eine eindrucksvolle Geste des Friedens. Führer beider Länder versicherten mich ihrer Entschlossenheit, auf die Beilegung aller ausstehenden Fragen, einschließlich der Frage Jammu und Kaschmirs, hinzuwirken.

31. In **Nepal** ist das System der Vereinten Nationen bestrebt, seine Präsenz und seine Reaktionsfähigkeit auf die sich verschlechternde Lage zu verstärken, die durch das Andauern des Konflikts und der politischen Krise verursacht wird. Ich hoffe, dass die Einrichtung einer Überwachungspräsenz des Amtes des Hohen Kommissars für Menschenrechte zu Verbesserungen bei den Menschenrechten und dadurch möglicherweise zu besseren Aussichten auf Friedensgespräche führen wird. Bei meinen Kontakten mit König Gyanendra dringe ich weiter auf eine umgehende Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung und bekräftige die Bereitschaft der Vereinten Nationen, bei der friedlichen Beilegung des Konflikts behilflich zu sein. Im Rahmen dieser Bemühungen stattete mein Sonderberater Nepal vom 10. bis 15. Juli einen Besuch ab und traf mit König Gyanendra, hohen Regierungsbeamten, Führern politischer Parteien und einem breiten Spektrum von Vertretern der nepalesischen Gesellschaft zusammen.

32. In **Zentralasien**, wo im März in Kirgisistan ein politischer Umsturz stattfand und im Mai in Usbekistan Gewalt ausbrach, nahm die Unsicherheit zu. Ich unterrichtete die Mitglieder des Sicherheitsrats von meiner Absicht, in Turkmenistan das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien einzurichten, als Reaktion auf die wachsende Instabilität und als Instrument zur Stärkung der Zusammenarbeit in Fragen, die vom Kampf gegen den Drogenhandel und den Terrorismus bis zur Stärkung der demokratischen Institutionen und der Achtung der Menschenrechte reichen. In Tadschikistan unternahm die Regierung mit Hilfe des Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Tadschikistan (UNTOP) weitere Schritte zur Festigung des Friedens.

33. Während eines Besuchs in **Sri Lanka** im Januar 2005 rief ich zu einem gemeinsamen Engagement zur Überwindung der Tragödie des Tsunami im Indischen Ozean und zur Neubelebung des Friedensprozesses auf. Die Vereinten Nationen unterstützten weiter die mit Hilfe der Regierung Norwegens stattfindenden Anstrengungen zur Wiederbelebung der Friedensverhandlungen und halten sich bereit, bei diesem Prozess auf jede notwendige Weise behilflich zu sein.

34. Die Beobachtermission der Vereinten Nationen in **Bougainville** schloss ihr Mandat im Juni 2005 im Anschluss an friedliche, transparente Wahlen und die Vereidigung der ersten Autonomen Regierung von Bougainville erfolgreich ab. Damit hat Bougainville einen wichtigen Meilenstein in seinem Friedensprozess erreicht.

35. Ich habe meine Guten Dienste in **Myanmar** fortgesetzt, ohne dass allerdings große Fortschritte zu verzeichnen gewesen wären. Mein Sonderbotschafter konnte dem Land seit März 2004 keinen Besuch mehr abstatten. Während des Asien-Afrika-Gipfels im April in Jakarta traf ich mit General Than Shwe, dem Vorsitzenden des Staatsrats für Frieden und Entwicklung, zusammen und betonte, dass der Übergangsprozess alle Parteien einbeziehen muss.

36. Im Hinblick auf **Indonesien** bin ich zuversichtlich, dass die von dem Vorstandsvorsitzenden der Initiative für Krisenmanagement, dem ehemaligen Präsidenten Finnlands, moderierten Friedensgespräche zwischen der Regierung und der Bewegung Freies Aceh Erfolg haben werden. Was die 1999 in **Timor-Leste** begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen betrifft, so habe ich im Februar eine Unabhängige Sachverständigenkommission zur Überprüfung der Strafverfolgung dieser Verbrechen eingesetzt. Die Kommission hat mir Ende Mai ihren Bericht vorgelegt, den ich dem Sicherheitsrat übermittelt habe. Ich bin nach wie vor der festen Ansicht, dass die Täter vor Gericht gestellt werden müssen.

37. Die Situation auf der **koreanischen Halbinsel** bereitet mir weiter Sorge. Ich freue mich jedoch, dass die betroffenen Regierungen nach langen und intensiven diplomatischen Bemühungen um die Neubelebung des Beijing-Prozesses Flexibilität und guten Willen bewiesen haben und übereingekommen sind, die Sechsparteiengespräche wieder aufzunehmen. Ich werde mich weiter nach Kräften bemühen, internationale Unterstützung für diesen multilateralen Ansatz zur Erreichung einer kernwaffenfreien Halbinsel zu mobilisieren. Ich werde mich darüber hinaus nach praktischen Wegen umsehen, wie die Organisation ihre humanitären und entwicklungsbezogenen Tätigkeiten in der Demokratischen Volksrepublik Korea verstärken könnte.

38. Zwischenzeitlich leistete ein gemeinsames Programm der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in sieben Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens – **Ecuador, Ghana, Guyana, Jemen, Kenia, Namibia** und **Simbabwe** – Regierungen, politischen Parteien und Angehörigen der Zi-

vilgesellschaft aktive Hilfe beim Erwerb der notwendigen Fähigkeiten, um Streitigkeiten auf friedlichem Weg beizulegen, bevor sie zu Gewalt führen. Getrennt davon arbeitete mein Sonderberater für die Verhütung von Völkermord an einem Frühwarnsystem für Situationen, bei denen es zu massiven Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts kommen könnte.

39. Entsprechend dem Ersuchen, das der Sicherheitsrat im Jahr 2004 an mich richtete, beabsichtige ich, im Oktober einen Aktionsplan zur Durchführung der Resolution 1325 (2000) im gesamten System der Vereinten Nationen vorzulegen; in dieser Resolution forderte der Rat die Organisation und ihre Mitgliedstaaten auf, Frauen systematischer und auf höchster Ebene an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu beteiligen.

Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung

40. Das vergangene Jahr war mit außerordentlichen Herausforderungen für die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen verbunden, deren Umfang einen historischen Höchststand erreichte. Zwar wurden große Einsätze in Sierra Leone und Timor-Leste abgebaut, andererseits jedoch richtete der Sicherheitsrat in Sudan einen neuen Friedenssicherungseinsatz mit einer Personalstärke von 10.000 ein. Etwa 80.000 Militärkräfte, Zivilpolizisten und zivile Mitarbeiter standen im Dienst von 16 Friedenssicherungseinsätzen und der besonderen politischen Missionen in Afghanistan und Timor-Leste.

41. Die während des Jahres eingegangenen Berichte über sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch durch Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen bei mehreren Missionen, namentlich auch in der Demokratischen Republik Kongo, erfüllten mich mit tiefer Bestürzung. Ich habe eine Null-Toleranz-Politik gegenüber solchen Straftaten eingeführt, die auf das gesamte Personal der Einsätze der Vereinten Nationen Anwendung findet. Ich fordere die Mitgliedstaaten mit äußerstem Nachdruck auf, die Durchsetzung dieser Politik bei ihren nationalen Kontingenten zu unterstützen.

42. Der neue Einsatz in **Sudan** sieht sich angesichts der Komplexität der Situation, des Potenzials für eine Einmischung friedensfeindlicher Kräfte außerhalb des Friedensprozesses, der flächenmäßigen Ausdehnung dieses größten Landes Afrikas, des Mangels an Infrastruktur in vielen Gebieten und der weiten Verbreitung von Landminen enormen Herausforderungen gegenüber. Einer der Schlüsselfaktoren für die Festigung des Friedens wird in der Schaffung der Voraussetzungen für die sichere und dauerhafte Rückkehr von mehr als 500.000 Flüchtlingen und etwa 4 Millionen Binnenvertriebenen bestehen. Trotz dieser Herausforderungen sah ich mich bei meinem Besuch der Region im Mai durch das Bekenntnis der Parteien zu dem Umfassenden Friedensabkommen ermutigt. Dessen Durchführung hat jedoch ihren Preis. Die Regierungen müssen die großzügigen Unterstützungszusagen einhalten, die sie Sudan auf der im April 2005 in Oslo abgehaltenen Geberkonferenz gegeben haben.

43. Was **Côte d'Ivoire** betrifft, so wurden viele Bestimmungen des im Januar 2003 von den ivoirischen Parteien unterzeichneten Abkommens von Linas-Marcoussis bisher nicht erfüllt. Der im November 2004 von den Nationalen Streitkräften Côte d'Ivoires gegen Stellungen der Neuen Kräfte (Forces Nouvelles) im Norden des Landes geführte Militäreinsatz und die anschließende Gewalt in Abidjan und anderswo waren ein schwerer Schlag für den Friedensprozess. Die Vereinten Nationen unterstützen den Friedensprozess in enger Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und der ECOWAS. Die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire spielt eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Sicherheit. Die Mission beobachtet darüber hinaus die Nutzung der Medien zur Aufstachelung zu Hass und Ge-

walt und überwacht das vom Sicherheitsrat im November 2004 verhängte Waffenembargo. Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Südafrikas, die nach der Krise im November 2004 im Namen der Afrikanischen Union eingeleitet wurden, führten zur Unterzeichnung eines Abkommens am 6. April in Pretoria, in dem die Vereinten Nationen aufgefordert werden, eine Hauptrolle bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kombattanten, der Vorbereitung der für Oktober angesetzten Präsidentschaftswahlen und der Wiederherstellung der Sicherheit im Norden des Landes zu übernehmen. Die Durchführung des Abkommens von Pretoria ist jedoch nur schleppend vorangekommen. Im Juli habe ich einen Hohen Beauftragten für die Wahlen in Côte d'Ivoire eingesetzt, der alle Phasen des Wahlprozesses bestätigen und verifizieren wird, dass die Wahlen frei, fair und transparent sind.

44. In **Liberia** wurden mit Unterstützung der Mission der Vereinten Nationen in Liberia (UNMIL) und des Landesteam der Vereinten Nationen stetige Fortschritte bei der Entwaffnung, Demobilisierung, Rehabilitation und Wiedereingliederung von Exkombattanten sowie bei der Einleitung der groß angelegten Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen erzielt. Die Vorbereitungen für die Wahlen am 11. Oktober sind weiter auf Kurs, und auch die Umstrukturierung der liberianischen Polizei schritt voran. Die Nationale Übergangsregierung Liberias ist mit der Wiederherstellung der Verwaltung im gesamten Land langsam vorangekommen. Sie wird weiter Hilfe benötigen, um grundlegende Dienstleistungen erbringen und ihre Autorität auf das gesamte Land ausweiten zu können und gleichzeitig Besorgnisse über mangelnde Transparenz bei der Erhebung und Verwendung der öffentlichen Einnahmen auszuräumen.

45. Die Mission der Vereinten Nationen in **Sierra Leone**, deren Personal weiter reduziert wurde, erzielte weitere Fortschritte bei der Erfüllung der ihr vom Sicherheitsrat vorgegebenen Kriterien, darunter die Verstärkung der Kapazitäten der Streitkräfte und der Polizei zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und der Stabilität, die Konsolidierung der Staatsgewalt im ganzen Land und die Unterstützung der UNMIL bei der vollen Dislozierung im benachbarten Liberia. Nach Bewertung der Situation empfahl ich, die Präsenz der Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNAMSIL) in Sierra Leone ein letztes Mal um einen Zeitraum von sechs Monaten bis Ende 2005 zu verlängern. Nach dem Abzug der UNAMSIL wird eine starke und integrierte Präsenz des Systems der Vereinten Nationen erforderlich sein, um Sierra Leone bei der Festigung des Friedens behilflich zu sein. In Zusammenarbeit mit der Regierung Sierra Leones berief das Büro des Sonderberaters für Afrika für den 21. bis 23. Juni eine Konferenz über Entwaffnung, Demobilisierung, Wiedereingliederung und Stabilität nach Freetown ein. Der Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Untersuchung der Frage, inwieweit die derzeitige Praxis der Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramme wirklich zur Stabilität beiträgt, und auf der Ermittlung der notwendigen Voraussetzungen für den Erfolg solcher Programme.

46. Ich bedauere das Ausbleiben von Fortschritten bei der Überwindung der Pattsituation in **Westsahara**. Der Sicherheitsrat verlängerte das Mandat der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara (MINURSO) zweimal, zuletzt bis Ende Oktober 2005. Ich halte mich weiter bereit, den Parteien bei der Herbeiführung einer politischen Lösung zu helfen, die dem Volk Westsaharas die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts ermöglichen würde. Zwischenzeitlich gewährte die MINURSO weiterhin Unterstützung bei der Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen unter der Leitung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, unter anderem beim Austausch von Familienbesuchen zwischen Westsahara und den Flüchtlingslagern im Gebiet von Tindouf in Algerien.

47. Der Friedensprozess in **Burundi** kam nach der Entsendung der Operation der Vereinten Nationen in Burundi (ONUB) im Juni 2004 beträchtlich voran. Nach zweimaliger Aufschiebung wurde am 28. Februar 2005 das Referendum über eine Verfassung für die Folgezeit nach dem Übergangsprozess mit Unterstützung durch die ONUB erfolgreich abgehalten. Die Kommunalwahlen wurden im Juni trotz vereinzelter Gewalt an Wahllokalen in zwei westlichen Provinzen erfolgreich abgeschlossen. Der dreijährige Übergangszeitraum wurde bis zum 26. August 2005 verlängert. Bis zur Jahresmitte hatten sich mehr als 10.000 ehemalige Kombattanten an dem Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm beteiligt. Gesetze zur Schaffung einer neuen integrierten Armee und Polizei wurden erlassen, und der Kantonierungsprozess wurde im Mai abgeschlossen. Die bewaffneten Parteien und Bewegungen, die das Abkommen von Arusha für Frieden und Aussöhnung unterzeichnet hatten, ließen sich als politische Parteien registrieren. Die verbesserte Sicherheitslage erleichterte die Rückkehr und Wiedereingliederung von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

48. Der Friedensprozess zwischen **Eritrea** und **Äthiopien** war weiterhin festgefahren, obwohl in der vorübergehenden Sicherheitszone und den angrenzenden Gebieten relative Ruhe herrschte. Die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea überwachte die Zone weiter, führte den Vorsitz in der Militärischen Koordinierungskommission und koordinierte die humanitären Maßnahmen, die Aktivitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte und die Minenräumung, namentlich auf den Straßen. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, dass die Parteien einen friedlichen Dialog zur Ausräumung offener Fragen aufnehmen und gleichzeitig unverzüglich mit der Demarkierung der Grenze beginnen.

49. In der **Demokratischen Republik Kongo** kam die Übergangsregierung zwar bei der Ausweitung ihrer Autorität etwas voran, doch wurde die Machtteilung durch die gespannten Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern erschwert. Bei den Wahlvorbereitungen wurden zwar gewisse Fortschritte erzielt, die notwendigen Rechtsvorschriften jedoch wurden nicht verabschiedet. Die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) arbeitete daran, sicherzustellen, dass der Verfassungsrahmen des Landes sowie sein Wahlgesetz mit den international anerkannten Grundsätzen übereinstimmen. Die Mission war außerdem beim Ausbau der operativen Fähigkeiten der Kongoleischen Nationalpolizei behilflich. Am 13. Mai 2005 billigte die Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf, der Ende dieses Jahres Gegenstand eines Referendums sein wird. Der Übergangszeitraum wurde um sechs Monate bis Ende Dezember verlängert. Die Registrierung der Wähler begann am 20. Juni in Kinshasa.

50. Die Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen konnten beim Schutz von Zivilpersonen robuster vorgehen, nachdem der Sicherheitsrat im Oktober 2004 die Entsendung von 5.900 zusätzlichen Soldaten und Zivilpolizisten zur Stärkung der Militär- und Sicherheitskapazitäten der Mission genehmigt hatte. Der kombinierte militärische und politische Druck führte zur Entwaffnung von 14.000 Milizionären im Distrikt Ituri. Bedauerlicherweise kamen 11 Friedenssicherungskräfte in Ausübung ihres Dienstes ums Leben.

51. In einer bedeutsamen Entwicklung kündigten die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) im März 2005 ihre Absicht an, auf Gewalt zu verzichten und den Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung aufzunehmen. Trotz der Vorbereitungen der MONUC für die Repatriierung der restlichen Kombattanten der FDLR waren seit der Ankündigung im März keine greifbaren Fortschritte zu verzeichnen. Zwischenzeitlich leistete das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen weiter Hilfe bei der Repatriierung ruandischer Flüchtlinge aus den Regenwäldern im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo.

52. In **Afghanistan** schritt die Erreichung der Fortschrittskriterien im Übereinkommen von Bonn mit Unterstützung der Hilfsmision der Vereinten Nationen in Afghanistan weiter voran. Präsident Hamid Karsai und ein neues Kabinett traten nach der Abhaltung von Präsidentschaftswahlen, die ohne größere Sicherheitszwischenfälle stattfanden, im Dezember 2004 ihr Amt an. Die Fortschrittskriterien werden später in diesem Jahr, im Anschluss an die für September 2005 angesetzten Parlaments- und Provinzwahlen, erfüllt sein. Dennoch sind die afghanischen Sicherheits- und Justizinstitutionen und die Grundversorgungseinrichtungen nach wie vor extrem schwach und von der internationalen Gemeinschaft abhängig. Die Opiumgewinnung hat zugenommen. Daher denke ich über eine mögliche Folgeagenda zu dem Übereinkommen von Bonn nach, die in engem Benehmen mit den afghanischen Behörden und ihren internationalen Partnern auszuarbeiten wäre.

53. Die Interimstruppe der Vereinten Nationen in **Libanon** setzte ihre Überwachung der Blauen Linie zwischen Israel und Libanon fort. Im vergangenen Jahr kam es zu sporadischen Feuerwechseln zwischen der Hisbollah und den Israelischen Verteidigungskräften; bei dem schwersten wurden ein israelischer Soldat und ein Militärbeobachter der Vereinten Nationen getötet. Israel verletzte häufig den libanesischen Luftraum, und in einer neuen Entwicklung drangen Drohnen der Hisbollah zweimal in den israelischen Luftraum ein. Meine Beauftragten in der Region und ich haben die Parteien weiter nachdrücklich aufgefordert, die Blaue Linie zu achten und sich streng an ihre Verpflichtungen zu halten. Wir haben darüber hinaus auch weiterhin betont, dass die libanesisische Regierung dringend die Kontrolle über die Anwendung von Gewalt in ihrem gesamten Hoheitsgebiet ausüben und von Libanon ausgehende Angriffe über die Blaue Linie hinweg verhindern muss.

54. In **Timor-Leste** waren die Vereinten Nationen auch weiterhin beim Kapazitätsaufbau in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Rechtsdurchsetzung, demokratische Regierungsführung und Menschenrechte behilflich, wobei die Organisationen der Vereinten Nationen in diesen Bereichen eine größere Rolle übernahmen. Der Sicherheitsrat richtete als Nachfolger der Unterstützungsmision der Vereinten Nationen in Osttimor (UNMISSET) das Büro der Vereinten Nationen in Timor-Leste ein und erteilte ihm ein einjähriges Mandat bis zum 20. Mai 2006. Der Friedenssicherungseinsatz wurde weiter reduziert und seine Aufgabenstellung so geändert, dass zum Mandatsende ein reibungsloser Übergang von einer besonderen politischen Mission zu einem Hilferahmen für eine nachhaltige Entwicklung möglich ist.

55. Die Beobachtermission der Vereinten Nationen in **Georgien** setzte die Überwachung der Waffenruhe zwischen der georgischen und der abchasischen Seite sowie die Förderung einer umfassenden politischen Regelung des Konflikts fort. Nachdem die Wahlen zu einem Führungswechsel in Suchumi geführt hatten, trafen die beiden Seiten im April 2005 unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erneut zusammen und vereinbarten die Wiederaufnahme des Dialogs über Fragen betreffend die Sicherheit, die Rückkehr der Vertriebenen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

56. Die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im **Kosovo** übertrug weitere Befugnisse auf die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen. Die neue Regierung des Kosovo und die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen bewiesen größere Entschlossenheit zur Umsetzung der Standards für das Kosovo, die ein zentraler Bestandteil der Politik der internationalen Gemeinschaft im Kosovo sind und mit denen das Ziel verfolgt wird, die Grundlagen für eine bestandfähige multiethnische, demokratische Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen in Würde und frei von Furcht leben können. Am 3. Juni ernannte ich einen Sonderbotschafter mit dem Auftrag, eine umfassende Prüfung des Kosovo durchzuführen, wie in meinem letzten Bericht über die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo angekündigt, den der Sicherheitsrat am 27. Mai gebilligt hat. Die um-

fassende Prüfung erfolgt im Einklang mit Resolution 1244 (1999) und den einschlägigen Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats. Sie besteht aus Konsultationen mit den Parteien und der internationalen Gemeinschaft und ist breit angelegt, um die derzeitige Situation sowie die Bedingungen für die möglichen nächsten Schritte in dem Prozess zu bewerten.

57. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in **Haiti** (MINUSTAH) führte weiter ihren Auftrag aus, bei der Gewährleistung eines sicheren und stabilen Umfelds behilflich zu sein, innerhalb dessen sich der verfassungsmäßige und politische Prozess vollziehen kann. Trotz der fortbestehenden Kriminalität verbesserten sich die Sicherheitsbedingungen nach erfolgreichen gemeinsamen Einsätzen der Militär- und Polizeikräfte der MINUSTAH und der Haitianischen Nationalpolizei insgesamt schrittweise. Derzeit sind Vorbereitungen im Gange, um die Abhaltung von Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen im dritten Quartal 2005 zu unterstützen. Das Fehlen eines rechtlichen Rahmens behinderte die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten. Darüber hinaus behielt die Übergangsregierung ihre zweideutige Haltung gegenüber dem früheren Militär bei. Die Menschenrechtssituation gab weiterhin Anlass zu größter Besorgnis.

58. Der Sicherheitsrat machte sich meine Empfehlungen betreffend die Änderung des Einsatzkonzepts und der Truppenstärke der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in **Zypern** zu eigen, die unter anderem einen Abbau des Militärpersonals und eine Aufstockung des Polizeianteils vorsehen. Das Mandat der Mission wurde unter Zugrundelegung des neuen Einsatzkonzepts und der geänderten Truppenstärke bis zum 15. Dezember 2005 verlängert.

Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen

59. Die Regionalorganisationen haben sich zu unverzichtbaren Partnern der Vereinten Nationen bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit entwickelt. Das sechste Treffen auf hoher Ebene zwischen den Vereinten Nationen und den Regionalorganisationen fand am 25. und 26. Juli 2005 in New York statt und bot eine wichtige Gelegenheit zur Stärkung dieser Verbindungen.

60. Diese Zusammenarbeit war in Afrika besonders stark, wo die Vereinten Nationen in vielen Fällen bei den friedenschaffenden und vorbeugenden Maßnahmen unter der Führung der Afrikanischen Union und afrikanischer subregionaler Organisationen, wie der ECOWAS und der IGAD, eine unterstützende Rolle übernahmen. In Darfur und anderswo haben wir gesehen, dass die Friedenssicherung durch Regionalorganisationen einen wachsenden und wertvollen Beitrag leistet. Die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union arbeiten eng zusammen – durch die Entsendung einer Unterstützungszelle der Vereinten Nationen nach Addis Abeba, durch enge Zusammenarbeit zwischen den Sonderbeauftragten der beiden Organisationen in Khartoum und durch immer engere Zusammenarbeit am Boden in Darfur. Mit der Afrikanischen Union und der ECOWAS wurden Personalaustauschprogramme durchgeführt, und mit der Wirtschaftsgemeinschaft der zentralafrikanischen Staaten sind Gespräche über ähnliche Regelungen im Gange. Die zunehmende regionale Rolle bei der Friedenssicherung stellt auch neue Anforderungen, was die Koordinierung und Zusammenarbeit mit externen Partnern und die durch diese geleistete Hilfe betrifft, wie ich in meinem Bericht vom November 2004 über den Ausbau der afrikanischen Friedenssicherungskapazitäten erläutert habe. Es ist wichtig, diese Kapazitäten so auszubauen, dass sie die einzigartige und unverzichtbare Ressource ergänzen, die die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen darstellt.

61. Im November 2004 nahm ich an dem ersten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Internationalen Konferenz über die Region der Großen Seen teil, das in Daressalam

unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union stattfand. Auf dem Gipfeltreffen wurde eine Grundsatzerklärung verabschiedet, die auf die miteinander verknüpften Fragen des Friedens, der Sicherheit, der Entwicklung, der Regierungsführung und der humanitären Angelegenheiten eingeht.

62. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union vertiefte sich im vergangenen Jahr, wie meine Anwesenheit beim Europäischen Rat in Brüssel im Dezember 2004 sowie die Treffen zeigten, die die Stellvertretende Generalsekretärin im Februar 2005 in Straßburg und Brüssel mit Amtsträgern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Rates der Europäischen Union abhielt. Auch der Dialog auf Arbeitsebene ging weiter und ermöglichte den Austausch politischer Bewertungen und die Förderung einer besseren Koordinierung am Boden.

63. Auch die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wurde intensiver. Unter dem Dach eines im Mai 2004 zwischen der Europäischen Kommission und 10 Einrichtungen des Systems der Vereinten Nationen geschlossenen Rahmenabkommens wurden bisher strategische Partnerschaftsabkommen mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), dem UNDP, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) geschlossen.

64. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union haben ihre Zusammenarbeit bei Friedensmissionen am Boden fortgesetzt, so insbesondere auch in der Demokratischen Republik Kongo und im Kosovo. Ergänzend dazu fand ein fortlaufender Dialog über Politikfragen statt, der auch Tagungen des Lenkungsausschusses der Vereinten Nationen und der Europäischen Union im November 2004 und im Juni 2005 und die Mitwirkung der Vereinten Nationen an einer Friedenssicherungs-Planübung der Europäischen Union im April 2005 umfasste.

65. Die Kontakte betreffend den Frieden und die Sicherheit in Südostasien zwischen den Vereinten Nationen und dem Verband Südostasiatischer Nationen haben zugenommen. Die Vereinten Nationen und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) strebten eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Konfliktprävention an. Das Büro der Vereinten Nationen für die Friedenskonsolidierung in Tadschikistan und das GUS-Exekutivsekretariat unterzeichneten eine dahin gehende Vereinbarung.

Terrorismus

66. Der Terrorismus bedroht alles, wofür die Vereinten Nationen stehen: die Achtung der Menschenrechte, die Herrschaft des Rechts, den Schutz von Zivilpersonen, die Toleranz zwischen Völkern und Nationen und die friedliche Beilegung von Konflikten. Die Vereinten Nationen müssen den Terrorismus laut und deutlich anprangern und ein wirksames internationales Forum zu seiner Bekämpfung sein.

67. Bei einer Rede auf dem internationalen Gipfeltreffen über Demokratie, Terrorismus und Sicherheit im März 2005 in Madrid stellte ich eine fünfteilige Strategie zur Terrorismusbekämpfung vor. Ich betonte, dass Terrorismus weder ein annehmbarer noch ein wirksamer Weg zur Förderung eines Anliegens ist, und forderte die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ein umfassendes Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus zu schließen. Ich betonte darüber hinaus, dass im Kampf gegen den Terrorismus die Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht verletzt werden dürfen.

68. Seit 2001 bin ich bestrebt gewesen, die Aktivitäten der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus zu priorisieren und strategische Anleitung zu geben, um sicherzustellen, dass das System der Vereinten Nationen im Kampf gegen den Terrorismus kohärenter und wirksamer arbeitet. Wie ich schon in Madrid anmerkte, können und müssen die Dienststellen und Einrichtungen des gesamten Systems der Vereinten Nationen zur Umsetzung einer umfassenden Strategie gegen den Terrorismus beitragen. Ich habe vor kurzem eine meinem Büro unterstellte Arbeitsgruppe zur Umsetzung eingerichtet, um diese Arbeiten zu koordinieren.

69. Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit zwischen den Organen der Vereinten Nationen zu, die am unmittelbarsten mit dem Kampf gegen den Terrorismus befasst sind – wie die Nebenorgane des Sicherheitsrats und ihre Sachverständigengruppen, das Exekutivdirektorium des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und die Unterabteilung Terrorismusverhütung im Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung. In diesem Sinne und angesichts der zunehmenden Verbindungen zwischen dem Terrorismus und dem Drogenhandel fordere ich die Mitgliedstaaten weiterhin nachdrücklich auf, die 13 bestehenden Übereinkommen gegen den Terrorismus zu unterzeichnen und zu ratifizieren, namentlich auch das von der Generalversammlung im April 2005 verabschiedete Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung von Akten des Nuklearterrorismus, und bei ihrer Durchführung eng zusammenzuarbeiten.

Wahlhilfe

70. Im vergangenen Jahr wurden mehrere als Meilensteine zu betrachtende Wahlen in Ländern durchgeführt, die sich in komplexen Übergangsprozessen zum Frieden befanden – Wahlen, bei denen die Vereinten Nationen eine Schlüsselrolle spielten, sowohl durch die Bereitstellung technischer Hilfe als auch durch die Moderation von Verhandlungen, die zur Schaffung von Wahleinrichtungen und Wahlgesetzen führten. Glaubhafte Wahlen sind zu einem wesentlichen Element der Friedensschaffung, Friedenskonsolidierung und Konfliktverhütung geworden.

71. Nach achtzehn Monaten intensiver Vorbereitungen konnten im Oktober 2004 die afghanischen Präsidentschaftswahlen erfolgreich durchgeführt werden. Obwohl extremistische Gruppen den Wahlprozess mit Drohungen und Einschüchterungen zu torpedieren suchten, war die Wahlbeteiligung selbst in den besonders gefährdeten Konfliktgebieten hoch. Frauen nahmen in großer Zahl teil, entschlossen, das politische Leben ihres Landes mitzugestalten; eine umfangreiche Wählerregistrierungsaktion und gezielte Informationskampagnen kamen ihnen dabei zugute. Aufbauend auf diesem Erfolg werden die Vereinten Nationen die bevorstehenden Parlaments- und Provinzwahlen, die wegen technischer und finanzieller Schwierigkeiten auf September 2005 verschoben werden mussten, unterstützend begleiten.

72. Wahlsachverständige der Vereinten Nationen leisteten auch bei der historischen Wahl zur irakischen Übergangsnationalversammlung am 30. Januar 2005 entscheidende Hilfestellung. Die hohe Wahlbeteiligung übertraf angesichts des Ausmaßes der Gewalt und der Einschüchterungen durch Aufständische, die den Prozess zu stören suchten, alle Erwartungen.

73. Wahlhilfe war für die Mandate von Friedenssicherungseinsätzen und für politische Vereinbarungen in zahlreichen Ländern, unter ihnen Burundi, Côte d'Ivoire, die Demokratische Republik Kongo, Haiti und Liberia, wichtig. Hilfe wurde geleistet bei der Schaffung und Weiterentwicklung von nationalen Wahleinrichtungen, bei der Einführung geeigneter Wahlgesetze und eines effektiven Beschwerde- und Rechtsmittelsystems, bei der Förderung

der Eintragung in Personenstands- und Wahlregister und bei der Durchführung von politischen Bildungs- und Medienkampagnen.

74. Natürlich kann eine Wahl allein, vor allem in einer durch Konflikte traumatisierten Gesellschaft, keine tief sitzenden Probleme lösen. Eine Studie der Universität der Vereinten Nationen zeigt, dass zu einem ungünstigen Zeitpunkt stattfindende oder schlecht konzipierte Wahlen in instabilen Situationen das Chaos sogar verstärken und Fortschritte in Richtung auf die Demokratie rückgängig machen können. Indem sie bestehende Spannungen verschärfen, können sie der Unterstützung für Extremisten Nahrung geben oder ein Wahlverhalten begünstigen, in dem sich Loyalitäten aus Kriegszeiten widerspiegeln.

Abrüstung

75. Neue Herausforderungen und Bedrohungen gaben der internationalen Gemeinschaft verstärkt Anlass zur Sorge über Massenvernichtungswaffen. Dazu zählen die Fälle der Nichteinhaltung von Verpflichtungen in Bezug auf die Nichtverbreitung von Kernwaffen, Hinweise auf die Existenz eines geheimen nuklearen Netzwerks, Ambivalenz beim Bekenntnis zur Abrüstung und die Gefahr, dass Massenvernichtungswaffen Terroristen in die Hände fallen. Die multilateralen Übereinkünfte zur Verhinderung der Proliferation und zur Förderung der Abrüstung müssen mit neuem Leben erfüllt werden, wenn sie auch in Zukunft einen Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit leisten sollen.

76. Die Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen im Mai 2005 konnte in keiner der Sachfragen Einigung erzielen. Die Chance, nicht nur auf die drängendsten Probleme des nuklearen Nichtverbreitungsregimes, sondern auch auf Fragen der internationalen Sicherheit im weiteren Sinn Antworten zu finden, wurde vertan. Ich lege den Mitgliedstaaten eindringlich nahe, in dieser wichtigen Frage mit größerer Entschlossenheit zu handeln und sie in den kommenden Monaten weiter zu überdenken.

77. Die Abrüstungskonferenz befindet sich weiterhin an einem toten Punkt. Sie wird ihre Bedeutung als das multilaterale Verhandlungsgremium für Abrüstungsverträge erst dann zurückgewinnen können, wenn die Mitgliedstaaten Sachverhandlungen zu Themen aufnehmen, die für das derzeitige internationale Sicherheitsumfeld relevant sind.

78. Die Staaten setzten ihre Erörterungen mit dem Ziel, eine bessere Durchführung des Übereinkommens über biologische Waffen zu fördern, fort. Bei der Vernichtung gemeldeter Chemiewaffenbestände sind zwar stetige Fortschritte erzielt worden, aber es bleibt noch sehr viel mehr zu tun. Weitere Anstrengungen müssen unternommen werden, damit der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen in Kraft treten kann. Fortschritte sind bei der Sachprüfung der 118 Staatenberichte zu verzeichnen, die bislang gemäß der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen vorgelegt wurden. Auf dem Weg zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentralasien konnten bedeutende Fortschritte erzielt werden.

79. Die geschätzten weltweiten Militärausgaben überstiegen im Jahr 2004 eine Billion Dollar, und ein weiterer Anstieg wird erwartet. Auch wenn die Beteiligung am Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen und am standardisierten Berichtssystem über Militärausgaben zugenommen hat, sind doch weitere Fortschritte in Richtung einer universellen Beteiligung, insbesondere was die Militärausgaben betrifft, erforderlich.

80. Ich bin erfreut darüber, dass kürzlich eine Einigung über den Wortlaut eines politisch verbindlichen internationalen Rechtsinstruments erzielt wurde, das den Staaten ermöglicht,

unerlaubte Kleinwaffen und leichte Waffen rechtzeitig und zuverlässig zu identifizieren und zurückzuerfolgen, und das der Generalversammlung auf ihrer sechzigsten Tagung zur Verabschiedung vorgelegt werden soll. Seine Annahme ist ein weiterer positiver Schritt auf dem Weg zur Umsetzung der politischen Zusagen, die im Rahmen des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten gemacht wurden. Ich fordere die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die frühzeitige und wirksame Durchführung dieser Übereinkunft sicherzustellen. Ihre Verabschiedung ist auch als positives Signal dafür zu werten, dass die Dynamik des aktiven Dialogs zwischen den Mitgliedstaaten in der Frage unerlaubter Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen aufrechterhalten werden kann.

81. Das Gipfeltreffen von Nairobi für eine minenfreie Welt im November und Dezember 2004 bot den Vertragsparteien erstmals Gelegenheit zu einer Überprüfung des Übereinkommens von 1997 über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung. Der aus dem Gipfel hervorgegangene Aktionsplan von Nairobi für die Jahre 2005-2009 räumte der Einhaltung der Fristen für die Minenräumung in verminten Gebieten höchste Priorität ein.

Sanktionen

82. Während des vergangenen Jahres setzte der Sicherheitsrat zwei neue Sanktionsausschüsse ein: einen gemäß Resolution 1572 (2004) für Côte d'Ivoire und einen gemäß Resolution 1591 (2005) für Sudan. Die mit diesen beiden Resolutionen verhängten Maßnahmen sollten Anreize für den Frieden bieten, indem sofortige Waffenembargos für das gesamte Hoheitsgebiet Côte d'Ivoires und für die Region Darfur in Sudan in Kraft gesetzt wurden, während Sanktionen gegen Einzelpersonen und mit ihnen in Verbindung stehende Einrichtungen (in Form von Reiseverboten und dem Einfrieren von Vermögenswerten) erst 30 Tage nach der Verabschiedung der jeweiligen Resolution in Kraft treten sollten. Diese Frist von einem Monat bot den Parteien einen Anreiz, sich schnell wieder an dem Friedensprozess zu beteiligen und so die Anwendung weiterer Sanktionsmaßnahmen zu verhindern. Auch wenn die Ausschüsse für Côte d'Ivoire und für Sudan bislang keine bestimmten Einzelpersonen oder Einrichtungen genannt haben, bedeutet die Möglichkeit, dass sie dies tun, weiterhin einen Anreizeffekt.

83. Listen für gezielte Sanktionen wurden vom Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschuss, vom Liberia-Sanktionsausschuss und von dem Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1518 (2003), der für mit der ehemaligen Regierung Iraks verbundene Einzelpersonen und Einrichtungen zuständig ist, erstellt und spielen in der Arbeit dieser Ausschüsse weiterhin eine wichtige Rolle. Ende 2004 wurden in den Sanktionsausschüssen für die Al-Qaida und die Taliban, für Liberia und für Côte d'Ivoire neue oder überarbeitete Leitlinien vorbereitet. Die Verabschiedung überarbeiteter Leitlinien würde den Ausschüssen helfen, Listen für gezielte Sanktionen einheitlich und transparent zu handhaben.

84. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung beschloss der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1566 (2004), eine Arbeitsgruppe zur Prüfung praktischer Maßnahmen einzusetzen, die gegen andere als die vom Al-Qaida/Taliban-Sanktionsausschuss bezeichneten Einzelpersonen, Gruppen oder Einrichtungen zu verhängen sind, die an terroristischen Aktivitäten beteiligt sind oder zu diesen Beziehungen aufweisen. In der Resolution wurde auch die Möglichkeit angesprochen, einen internationalen Fonds zur Entschädigung der Opfer terroristischer Handlungen und ihrer Angehörigen einzurichten.

85. Der Sicherheitsrat erhielt auch weiterhin detaillierte Informationen über seine Sanktionsregime von Sachverständigengruppen, die mit der Überwachung der Einhaltung der Sanktionen durch die Staaten und mit der Untersuchung mutmaßlicher Verstöße beauftragt waren. Zu ihnen zählten die Sachverständigengruppe für Somalia, das Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung in Bezug auf Al-Qaida und die Taliban, die Sachverständigengruppe für Liberia, die Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo, die Sachverständigengruppe für Côte d'Ivoire und die Sachverständigengruppe für Sudan. Der Umsetzung der wertvollen Empfehlungen dieser Sachverständigengruppen sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Kapitel II

Entwicklungszusammenarbeit

Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

86. Der mit der Millenniums-Erklärung und den acht Millenniums-Entwicklungszielen vorgegebene Rahmen für die Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen erhielt durch die Veröffentlichung des Berichts des Millenniums-Projekts der Vereinten Nationen *In die Entwicklung investieren: Ein praktischer Plan zur Erreichung der Millenniumsziele* und durch meinen Bericht "In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle" (A/59/2005 und Add.1-3) für die Plenartagung auf hoher Ebene schärfere Konturen und neue Impulse. Der Bericht des Millenniums-Projekts enthielt eine umfassende Analyse und einen Katalog von Vorschlägen, wie die Ziele auf einzelstaatlicher, regionaler und globaler Ebene zu erreichen sind. Ich begrüßte diese Vorschläge und nannte den Mitgliedstaaten eine Reihe von Prioritäten, um die Entwicklungsagenda voranzubringen.

87. In den vergangenen Monaten führen die Mitgliedorganisationen der Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen (UNDG) mit der Umsetzung ihrer Vier-Säulen-Strategie zur Förderung der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele fort. Diese vier Säulen sind: a) die Integration der Ziele in alle Aspekte der Arbeit des Systems der Vereinten Nationen auf Landesebene, b) Hilfe für die Entwicklungsländer bei der Erarbeitung von Fortschrittsberichten über die Ziele, c) die Zusammenarbeit mit dem Millenniums-Projekt und der Millenniums-Kampagne, um weltweite Unterstützung für die Ziele aufzubauen, und d) die Unterstützung von Informations- und Kampagnenarbeit und bewusstseinsbildenden Maßnahmen auf der Grundlage einzelstaatlicher Strategien und Bedürfnisse.

88. Die Millenniums-Kampagne hat politische Unterstützung für die Millenniums-Erklärung mobilisiert und verstärkt, indem sie mit parlamentarischen Netzwerken, Kommunen, den Medien, religiösen Organisationen, Jugendorganisationen, der Geschäftswelt, nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) und anderen Einrichtungen zusammenarbeitete. Im Jahr 2004 halfen die Kampagne und ihre zivilgesellschaftlichen Partner bei der Erzielung eines wichtigen Durchbruchs mit dem Aufruf zur Weltweiten Aktion gegen Armut, dem größten Bündnis, das sich in den letzten Jahren zu einer Kampagne gegen die Armut zusammengeschlossen hat. Die Millenniums-Kampagne war einer von mehreren Partnern, die diesen Erfolg möglich machten, leistete jedoch durch ihre Lobbyarbeit und moderierende Rolle einen maßgeblichen Beitrag zur Entstehung des Bündnisses.

89. Um Fortschritte auf globaler, regionaler und einzelstaatlicher Ebene zu verfolgen, wurde auch ein weitreichendes Überwachungs- und Berichtssystem eingeführt. Die Überwachung der Fortschritte bei den Zielen auf globaler Ebene erfolgte in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und Regionalkommissionen und in enger Absprache mit Sachverständigen und Statistikern aus den jeweiligen Ländern. Die Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele koordiniert die Maßnahmen von Einrichtungen der Vereinten Nationen, nationalen Statistikdiensten sowie regionalen und internationalen Statistikstellen, die nicht dem System der Vereinten Nationen angehören. Sie koordiniert die Zusammenstellung und Analyse der Indikatoren, überprüft Methoden und unterstützt Länder bei der Datenerhebung, Datenanalyse und Berichterstattung zu den Indikatoren für die Ziele. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in die Statistiken und die Analyse, die als Grundlage für meine Jahresberichte an die Generalversammlung

über die Umsetzung der Millenniums-Erklärung erarbeitet wurden, ebenso eingeflossen wie in die Länderreihen der Indikatoren für die Millenniumsziele, eine jährlich überarbeitete Datenbank mit den aktuellsten Datenreihen, welche die für den jeweiligen Indikator zuständige federführende Organisation liefert. Am 9. Juni stellte ich den *Millennium Development Goals Report 2005* vor, das umfassendste und aktuellste statistische Werk über Vorgaben und Indikatoren in Verbindung mit den Millenniumszielen, das von 25 Organisationen der Vereinten Nationen und globalen Organisationen gemeinsam zusammengestellt wurde.

90. Die Verfügbarkeit von statistischen Angaben hoher Qualität und die Fähigkeit von Regierungen, Gebern und internationalen Organisationen, zuverlässige Indikatoren systematisch zu messen, zu überwachen und zu dokumentieren, sind Kernelemente der Entwicklungspolitik und ein Schlüssel zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Ein wichtiger Beitrag zum Aufbau statistischer Kapazitäten in den Ländern ist die Arbeit der Organisation im Bereich der technischen Hilfe für nationale Statistikämter und der Ausbildung von inländischen Statistikern auf dem Gebiet der Erstellung und Nutzung von Indikatoren. DevInfo, eine vom System der Vereinten Nationen entwickelte Software für die Erhebung und Analyse von Standard- und nutzerdefinierten Indikatoren, findet breitere Anwendung. Regierungen, Landesteams der Vereinten Nationen, akademische Einrichtungen und andere Stellen nutzen diese Software zunehmend, um einheitliche und vergleichbare Berichte über die Ziele vorzulegen. Auch die Regionalkommissionen haben durch die Abhaltung von Arbeitstagungen und die Bereitstellung von Instrumenten, wie etwa einer arabischen Fassung des UNDG-Handbuchs über Indikatoren zur Überwachung der Ziele, den Aufbau nationaler Kapazitäten zur Überwachung und für die Berichterstattung über die Ziele unterstützt. Um in den Ländern Kapazitäten zur Fortschrittsüberwachung in Bezug auf die Ziele aufzubauen und den Einsatz von auf nachvollziehbare Daten gestützten Methoden für die Steuerung der Entwicklungspolitik zu verbessern, hat das UNDP ein Projekt zur Entwicklung von Kapazitäten und grundlegenden Statistikenkenntnissen für die Überwachung der Ziele auf Landesebene konzipiert, das nun in die Durchführungsphase eintritt.

91. Das UNDP ist die federführende Organisation für die Fortschrittsüberwachung auf Landesebene. Es hat Regierungen und Landesteams bei der Ausarbeitung und Verteilung ihrer Berichte Hilfe geleistet. Bis März 2005 hatten 93 Länder und Hoheitsgebiete – unter ihnen Länder mit mittleren Einkommen bis hin zu einigen der am wenigsten entwickelten Länder mit niedrigsten Einkommen – 104 derartige Berichte vorgelegt. Acht Länder (Ägypten, Albanien, Armenien, Bolivien, Kambodscha, Litauen, Mauritius und Senegal) haben bereits ihre zweiten Berichte erarbeitet, und zwei weitere Länder, Kamerun und Vietnam, haben ihre dritten Jahresberichte herausgegeben. In Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Vereinten Nationen wurden 2004 drei regionale Berichte über die Millenniums-Entwicklungsziele veröffentlicht, die die nationalen Berichte um Daten und Analysen zum aktuellen Stand und zu den Trends in den arabischen Staaten, in Mitteleuropa und in der karibischen Region ergänzten, womit sich die Gesamtzahl der bislang erarbeiteten regionalen Berichte nunmehr auf sechs beläuft.

92. Ein wichtiger Beitrag des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist die wachsende Zahl der laufenden und neuen interinstitutionellen Initiativen. Als Reaktion auf die Herausforderung, Hunger zu bekämpfen und Ernährungssicherheit herzustellen, haben Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisationen der Vereinten Nationen ihre Zusammenarbeit verstärkt. Gemeinsam verfolgen die Organisationen einen zweigleisigen Ansatz, indem sie Hungernden direkte Hilfe zur Deckung ihres unmittelbaren Nahrungsmittel- und Ernährungsbedarfs zu leisten suchen, während sie sich gleichzeitig – durch Förderung nachhaltigen Wachstums einschließlich verbesserter Infrastrukturen, einer vernünftigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und

eines erleichterten Zugangs zu Land, Wasser, Krediten und sozialen Diensten – um die Bewältigung längerfristiger Probleme im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung bemühen.

93. Die Mehrheit oder drei Viertel der armen Frauen, Männer und Kinder der Welt leben und arbeiten in ländlichen Gebieten. Um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, ist es unerlässlich, dass Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sich in erster Linie auf die ländlichen Armen konzentrieren und dass verstärkt in die ländliche und landwirtschaftliche Entwicklung investiert wird. Einige Teile des Systems der Vereinten Nationen verfolgen dieses Ziel, indem sie die Kapazitäten der Armen in ländlichen Gebieten und ihrer Organisationen stärken, für mehr Gerechtigkeit beim Zugang zu produktiven natürlichen Ressourcen und zu Technologie sorgen und den Zugang zu Finanzdienstleistungen und -märkten verbessern. Andere Teile des Systems investieren den größten Teil ihrer Mittel in den Ländern, die nach den Angaben der Vereinten Nationen bei der Erreichung der Millenniumsziele die größten Schwierigkeiten haben, und in Ländern, bei denen der Mangel an verfügbaren Daten auf große Kapazitätsprobleme schließen lässt.

94. Innovationsfähigkeit kann gefördert werden, damit sie einen Beitrag zu den Vorgaben der Millenniums-Entwicklungsziele für Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit leisten kann. Das Institut für neue Technologien der Universität der Vereinten Nationen in Maastricht (Niederlande) untersucht, wie dies zu bewerkstelligen ist, indem es erfolgreiche Beispiele betrachtet, etwa die Blumenproduktion in Kenia und Kolumbien, die Garnelenproduktion in Bangladesch und den Gartenbau in Ghana, die sich in 20 Jahren praktisch vom Nullpunkt zu Spitzenexportbranchen ihrer Länder entwickelt haben.

95. Handlungsbedarf besteht zweifellos im Hinblick auf die Armut in den Städten, die in ihrer Rolle als Zugkräfte wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Entwicklung gefördert werden müssen. Mehrere Organisationen im System der Vereinten Nationen arbeiten zusammen, um die Armut im städtischen Raum zu bekämpfen, eine nachhaltige Urbanisierung zu fördern und der industriellen Entwicklung Auftrieb zu geben.

96. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um Fortschritte bei der Erreichung der bildungsbezogenen Millenniums-Entwicklungsziele, namentlich der allgemeinen Grundschulbildung und des Abbaus von Geschlechterunterschieden bei der Grund- und Sekundarschulbildung, herbeizuführen. Verschiedene Organisationen im System der Vereinten Nationen haben sich zu gemeinsamen Aktivitäten zusammengeschlossen, um einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele zu leisten. Zahlreiche Initiativen wurden in Gang gesetzt, um weltweit langfristiges Engagement und anhaltende Unterstützung für die von der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) koordinierten Bemühungen um "Bildung für alle" auf Landesebene sicherzustellen. Zu diesen Initiativen zählen der Weltbericht "Bildung für alle", der mittlerweile zu einem Standard-Referenzdokument für alle Partner im Bildungsbereich geworden ist, der Kollektive Konsultationsmechanismus der NGOs über "Bildung für alle", nationale und regionale Foren über "Bildung für alle" sowie die Jahrestreffen der Hocharangigen Gruppe "Bildung für alle" und der Arbeitsgruppe "Bildung für alle". Weitere Initiativen sind die Schnellspurinitiative "Bildung für alle", die sich um mehr Effizienz bei der Mittelzuteilung für Leistungen der Grundschulbildung, die Systemerweiterung und die Systemfinanzierung und für Ausgaben für die Grundschulbildung bemüht, die Unterstützung der Initiative durch Schulspeisungen, die Heranziehung der bildungsbezogenen Indikatoren der Millenniumsziele, um sicherzustellen, dass alle Kinder in Flüchtlingslagern Zugang zu Grundschulunterricht haben, und eine neue Berichtsreihe des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) mit dem Titel "Fortschritt für Kinder",

die Auskunft über die Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsziele, soweit sie Kinder betreffen, gibt.

97. Im Lauf der Jahre haben die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Immunisierung von Kindern und bei der Senkung der Kindersterblichkeit wichtige Erfolge erzielt. Im Jahr 2004 wurde eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe für das integrierte Management von Kinderkrankheiten eingesetzt. Die Partnerschaft für das Überleben der Kinder ist eine weitere institutionsübergreifende Initiative mit dem Ziel, ein Forum für koordinierte Maßnahmen in Bezug auf die wichtigsten Bedingungen, die die Gesundheit von Kindern beeinflussen, zu schaffen. Diese Partnerschaft bietet Regierungen und anderen Interessenträgern die Möglichkeit und den Anreiz, sich auf einheitliche Ansätze zu einigen und sich mit vereinten Kräften um deren Durchführung zu bemühen.

98. Die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen haben ferner seit langem erkannt, dass extreme Armut und Hunger nicht gänzlich aus der Welt zu schaffen sind, solange Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der reproduktiven Gesundheit nicht wirksam angegangen werden. Die Zugänglichmachung von Leistungen auf dem Gebiet der sexuellen und reproduktiven Gesundheit für alle ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Ziele in den Bereichen Kinder- und Müttersterblichkeit, HIV/Aids und Gleichstellung von Mann und Frau zu erreichen und das Recht aller Frauen, Männer und Kinder auf den höchsten erreichbaren Gesundheitsstandard zu verwirklichen.

99. Stärkere Beachtung muss den Millenniums-Entwicklungszielen in Ländern gewidmet werden, die gerade einen Konflikt überwunden haben. Im Zusammenhang mit der gemeinsamen Bedarfsermittlung und Wiederaufbauplanung der Vereinten Nationen und der Weltbank liefern die Millenniumsziele auch wichtige Vorgaben und Indikatoren für die Planung der Übergangsphase nach dem Konflikt. So werden zum Beispiel entsprechende Vorgaben und Indikatoren der Millenniumsziele für die Bereitstellung humanitärer Hilfe für Flüchtlinge oder andere Vertriebene herangezogen. In Postkonfliktländern muss eine kürzerfristige humanitäre Hilfe dazu beitragen, das Fundament für längerfristige Entwicklungsmaßnahmen im Hinblick auf die Erreichung der Millenniumsziele zu schaffen.

Die Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen

100. Die Millenniums-Entwicklungsziele stellen eine überzeugende Plattform für die Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft dar, müssen jedoch als Teil einer umfassenderen Entwicklungsagenda verfolgt werden, die auch die Bedürfnisse der Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen, Fragen einer zunehmenden Ungleichheit und die menschliche Entwicklung in weiterem Sinn einschließt. Zu berücksichtigen sind gleichermaßen Fragen der sozialen Integration und Probleme, die langfristige Ansätze erfordern, etwa die unterschiedlichen Auswirkungen der Globalisierung und eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer an der Gestaltung der Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft.

101. Diese Fragen und das grundlegende Ziel, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltziele zu integrieren, wurden auf Konferenzen und Gipfeltreffen der Vereinten Nationen eingehend behandelt. Deren Ergebnisse sind Ausdruck eines breiten Konsenses darüber, dass die verschiedenen Teile des Systems der Vereinten Nationen das gesamte Spektrum der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, verfolgen sollen. Die Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der gesteckten Ziele werden Jahr für Jahr durch die Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats im Einzelnen überprüft, während der Rat selbst eine themenübergreifende, integrierte Perspektive einnimmt.

102. Auf ihrer dreiundvierzigsten Tagung vom 9. bis 18. Februar 2005 in New York prüfte die Kommission für soziale Entwicklung die in den letzten 10 Jahren erzielten Fortschritte bei den Verpflichtungen, die auf dem Weltgipfel für soziale Entwicklung eingegangen wurden, unter anderem die weltweiten Ergebnisse bei der Förderung der Vollbeschäftigung sowie produktiver Erwerbsmöglichkeiten. Verschiedene Stellen im System der Vereinten Nationen arbeiten an entsprechenden Projekten, bei denen es beispielsweise darum geht, das Thema Beschäftigung in die Landesprogrammplanung der Vereinten Nationen in den Entwicklungsländern zu integrieren, die ländliche Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und bei Qualifikationsmaßnahmen behilflich zu sein. Das Netzwerk für Jugendbeschäftigung, das ich 2001 gemeinsam mit den Leitern der Weltbank und der IAO ins Leben rief, hat die Ausarbeitung nationaler Aktionspläne für Jugendbeschäftigung in einer zunehmenden Anzahl von Ländern gefördert.

103. Die Förderung der sozialen Integration war eines der Kernthemen des Weltgipfels für soziale Entwicklung im Jahr 1995. Die Kopenhagener Erklärung, ein wesentliches Ergebnis des Gipfels, enthält eine ausdrückliche Verpflichtung, durch die Förderung von Gesellschaften, die stabil, sicher, gerecht und tolerant sind und die Diversität achten, Fortschritte im Bereich der sozialen Integration herbeizuführen. Die Millenniums-Erklärung bezieht soziale Integration in ihre Synthese von Frieden, Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechten ebenfalls mit ein. Obwohl durchaus gewisse Fortschritte in Bereichen wie dem Beitritt zu Übereinkünften über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und über die Beseitigung von Diskriminierung erzielt wurden, ist das Konzept der sozialen Integration noch nicht in vollem Umfang in den allgemeinen Entwicklungsdiskurs eingegangen. Die Herausforderung besteht nun darin, dafür Sorge zu tragen, dass das Konzept der sozialen Integration im Mittelpunkt aller Politiken steht, und praktische Mittel und Wege zur Verwirklichung einer "Gesellschaft für alle" zu finden.

104. Die Kommission für soziale Entwicklung wies nachdrücklich darauf hin, dass weitere integrierte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen und die weiter gefassten Verpflichtungen von Kopenhagen umzusetzen. Nach wie vor fehlt es an umfassenden und systematischen einzelstaatlichen Plänen, die auf die besonderen Anliegen der Jugend und schutzbedürftiger gesellschaftlicher Gruppen, einschließlich indigener Völker, älterer Menschen, Menschen mit Behinderungen und Binnenvertriebener, eingehen. Daher muss sichergestellt werden, dass politische Maßnahmen zur Erreichung derjenigen Millenniumsziele, die eine Halbierung der Armut und des Hungers zum Inhalt haben, den Bedürfnissen und Anliegen dieser besonders schutzbedürftigen Gruppen Rechnung tragen. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten unterstützt Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration, zur Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung und zur verstärkten Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an der nationalen Entwicklung und Entscheidungsfindung. Als Beitrag zur Durchführung des Aktionsplans von Madrid über das Altern, der das Hauptergebnis der Zweiten Weltversammlung über das Altern (8.-12. April 2002) war, half die Hauptabteilung den Regierungen, sicherzustellen, dass ältere arme Menschen ausdrücklich in Entwicklungsprozesse, auch in die Programme zur Erreichung der Millenniumsziele, einbezogen werden.

105. Die UNDG verabschiedete im Oktober 2004 einen Leitfaden zu dauerhaften Lösungen für Vertriebene. Erstmals legten damit Akteure der Vereinten Nationen im Entwicklungsbereich gemeinsame Leitlinien über die Bedeutung dauerhafter Lösungen für Vertriebene und über Wege zu ihrer Einbeziehung in gemeinsame Planungs- und Durchführungsstrategien fest. Der Leitfaden wurde in UNDG-Leitlinien für gemeinsame Landesbewertungen und in den Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen aufgenommen.

106. Auf ihrer neunundvierzigsten Tagung vom 28. Februar bis 11. März 2005 in New York prüfte die Kommission für die Rechtsstellung der Frau die Fortschritte auf dem Weg zur Umsetzung der Erklärung und Aktionsplattform von Beijing aus dem Jahr 1995 und der Ergebnisse der dreiundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung im Jahr 2000. Zehn Jahre nach der Konferenz von Beijing gibt es noch viele Bereiche, in denen keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Hohe Raten der Gewalt gegen Frauen zum Beispiel sind überall auf der Welt ein Problem, namentlich in Gebieten, in denen bewaffnete Konflikte herrschen. Die Zahl der Frauen mit HIV/Aids steigt, die Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen in der Beschäftigung dauern an, die Rechte in den Bereichen sexuelle und reproduktive Gesundheit sind nicht gewährleistet und ein rechtlich abgesicherter gleicher Zugang zu Land und Eigentum ist nicht gegeben, um nur einige Problembereiche zu nennen. In ihrer Schlussklärung wies die Kommission nachdrücklich darauf hin, dass eine vollständige und wirksame Umsetzung der Erklärung und Aktionsplattform von Beijing unverzichtbar ist, um die international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der in der Millenniums-Erklärung enthaltenen Ziele, zu erreichen.

107. Um alle sechs Ziele der "Bildung für alle" bis 2015 zu verwirklichen, müssen der Zugang zur Bildung und die Qualität von Bildung als voneinander untrennbare Fragen betrachtet, gemeinsam bearbeitet und sowohl durch nationale als auch internationale Initiativen verbessert werden. Bei dem Treffen der Hocharangigen Gruppe "Bildung für alle" im November 2004 in Brasilia stand die Qualität der Bildung im Mittelpunkt. Die Dekade der Vereinten Nationen "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" (2005-2014), im Nachgang zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, trägt zur Verbesserung der Qualität und der Relevanz der Bildung bei.

108. Bei der Verwirklichung der 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg (Südafrika) gesteckten Ziele werden durch die Anstrengungen des Systems der Vereinten Nationen und die Durchführung der verschiedenen multilateralen Umweltübereinkünfte weitere Fortschritte erzielt. An der dreizehnten Tagung der Kommission für nachhaltige Entwicklung vom 11. bis 22. April 2005 in New York nahmen mehr als 75 Minister verschiedenster Geschäftsbereiche, darunter Finanzen, Entwicklung, Planung, Handel, Wohnungswesen, Wasser, Gesundheit und Umwelt, teil. Im Mittelpunkt der Tagung standen die disziplinübergreifenden Fragen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie der menschlichen Siedlungen. Mehr als 150 Organisationen weiterer wichtiger Gruppen von Interessenträgern nahmen ebenfalls an der Tagung teil. Man erzielte Einigung über einen Katalog praktischer Politikoptionen zur Förderung der weltweiten Bemühungen, die Verpflichtungen von Johannesburg zur Bereitstellung von sauberem Wasser, grundlegenden sanitären Einrichtungen und menschenwürdiger Unterkunft umzusetzen.

109. Das in der Millenniums-Erklärung zugesagte Ziel, das Inkrafttreten des Protokolls von Kyoto zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen sicherzustellen, wurde schließlich im Februar 2005 mit der Ratifikation durch die Russische Föderation erfüllt, wodurch die Kontinuität der Bemühungen um eine Abschwächung der Klimaänderungen bis in die nächste Dekade gewährleistet ist. Die zehnte Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens vom 6. bis 17. Dezember 2004 in Buenos Aires konnte auf zehn Jahre der Tätigkeit im Rahmen des Übereinkommens zurückblicken und beschloss ein Maßnahmenbündel mit dem Ziel, den Ländern bei der Vorbereitung auf den Klimawandel zu helfen. Die erste Konferenz der Vertragsstaaten des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe fand vom 2. bis 6. Mai 2005 Punta del Este (Uruguay) statt und läutete den Beginn ehrgeiziger internationaler Bemühungen ein, die Welt von polychlorierten Biphenylen (PCBs), Dioxinen und Furanen und neun hochgefährlichen Pestiziden, darunter DDT, zu befreien.

110. Auf seiner dreiundzwanzigsten Tagung vom 21. bis 25. Februar 2005 in Nairobi erteilte der Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP)/Globales Ministerforum Umwelt der Umsetzung der Entwicklungsagenda in vielen Bereichen neue Impulse. Zudem verabschiedeten die Regierungen offiziell den Strategieplan von Bali für technische Unterstützung und Kapazitätsaufbau, der dazu beitragen wird, die Arbeit des UNEP, einschließlich der Unterstützung für die Entwicklungsländer, zielorientierter zu gestalten und damit seinem übergreifenden Ziel – der Armutsbekämpfung durch die Förderung des Konzepts "Umwelt für Entwicklung" – dienen wird.

111. Die Umsetzung des Konsenses von Monterrey, der das wesentliche Ergebnis der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung 2002 war, ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Förderung der weltweiten Entwicklungsagenda, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele. Im Konsens von Monterrey wurde anerkannt, dass wirtschaftlich wirksame und sozialverträgliche makroökonomische Politiken notwendig sind, um die Ergebnisse der Konferenzen der Vereinten Nationen umzusetzen.

112. Im April 2005 richtete der Wirtschafts- und Sozialrat seine jährliche Sondersitzung auf hoher Ebene mit den Bretton-Woods-Institutionen, der Welthandelsorganisation (WTO) und der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) aus. Das übergreifende Thema der Sitzung lautete "Kohärenz, Koordinierung und Kooperation im Kontext der Umsetzung des Konsenses von Monterrey: Auf dem Weg zur Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der in der Millenniums-Erklärung enthaltenen Ziele". Meiner Ansicht nach ist dieses jährliche Treffen eine einzigartige Plattform, um innerhalb des Systems Kohärenz bei wirtschaftlichen und finanziellen Fragen im Hinblick auf die Unterstützung der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, zu fördern. Der Dialog auf hoher Ebene über Entwicklungsfinanzierung, der am 27. und 28. Juni 2005 in New York stattfand, trug weiter dazu bei, die im Rahmen der Gesamtumsetzung des Konsenses von Monterrey bevorstehenden und im Vorlauf der Plenartagung auf hoher Ebene besonders wichtigen Aufgaben zu definieren.

113. Im Konsens von Monterrey wurde der Handel als starke Triebkraft für Wirtschaftswachstum und Armutsminderung anerkannt. Verschiedene Organisationen des Systems der Vereinten Nationen haben gemeinsam am Aufbau von handelsbezogenen Kapazitäten, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern, gearbeitet, damit diese Länder besser in die Weltwirtschaft integriert werden und aus der Globalisierung größeren Nutzen ziehen können. Ein bemerkenswertes Beispiel für diese Zusammenarbeit ist der Integrierte Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe, ein Ergebnis gemeinsamer Bemühungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), des Internationalen Handelszentrums UNCTAD/WTO (ITC), der UNCTAD, des UNDP, der Weltbank und der WTO in Partnerschaft mit bilateralen Gebern und Empfängerländern. Der Integrierte Rahmenplan unterstützt nationale Entwicklungspläne durch diagnostische Untersuchungen, bei denen ermittelt wird, wo auf dem Gebiet des Handels Entwicklungsbedarf besteht und wie darauf zu reagieren ist. Die Erfahrung zeigt, dass eine Reform der offiziellen Handelspolitik nicht ausreicht, um das Wachstum anzukurbeln. Es gilt, eine Reihe von Hindernissen aus dem Weg zu räumen, unter ihnen schwache Institutionen, unzulängliche Infrastrukturen und Handelsbarrieren auf wichtigen Märkten.

114. Der Konsens von Monterrey sah Kleinstkredite als innovative Quelle der Entwicklungsfinanzierung. Das Internationale Jahr der Kleinstkredite 2005, das von der Generalversammlung im November 2004 ausgerufen wurde, hat verschiedene Organisationen der Vereinten Nationen, Organisationen der Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft in dem Be-

mühen zusammengeführt, Mikrofinanzierungen und Kleinstkredite als wesentliche Instrumente für die Armutsbekämpfung und die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu fördern.

115. Ein wichtiges Querschnittsthema der Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen ist die Förderung guter Regierungsführung auf globaler und einzelstaatlicher Ebene. Mit seiner starken Ausrichtung auf demokratisches Regieren entspricht das UNDP einem wachsenden Unterstützungsbedarf seitens vieler Entwicklungsländer und erkennt die Bedeutung wirksamer und integrativer, der Rechenschaftspflicht unterliegender Institutionen und Prozesse für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele und der anderen international vereinbarten Entwicklungsziele an.

116. Auf seiner vierten Tagung vom 4. bis 8. April 2005 in New York hob der Sachverständigenausschuss der Vereinten Nationen für öffentliche Verwaltung die Wichtigkeit der Gewährleistung von Integrität, Transparenz und Rechenschaftspflicht bei jeder Politik zu Gunsten der Armen hervor. Nationale Armutsbekämpfungsstrategien bieten Raum für einen der Rechenschaftspflicht unterliegenden partizipatorischen Prozess, der sich an den Entwicklungszielen der Vereinten Nationen, einschließlich der in der Millenniums-Erklärung enthaltenen Ziele, ausrichtet, nämlich einem stabilen makroökonomischen Umfeld, einer starken Rolle der Privatwirtschaft im Einklang mit den Entwicklungszielen und einem Dialog mit der Zivilgesellschaft in dem Bemühen, die Anliegen der Armen in allen Bereichen der öffentlichen Politik durchgängig zu berücksichtigen.

117. Sowohl in der Erklärung von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung als auch im Konsens von Monterrey wurde ausdrücklich anerkannt, dass Korruption eine der großen Gefahren für die nachhaltige Entwicklung darstellt, und dazu aufgerufen, auf allen Ebenen mit Vorrang Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung zu ergreifen. Das erste globale und rechtsverbindliche Übereinkommen gegen Korruption, das von der Generalversammlung im Oktober 2003 verabschiedet wurde, ist bislang von 118 Ländern unterzeichnet und von 15 ratifiziert worden. Es wird mit der Hinterlegung der dreißigsten Ratifikationsurkunde in Kraft treten. Nach Ratifikation und Inkrafttreten des Übereinkommens werden die Vertragsstaaten dieses Instrument nutzen können, um Korruption auf nationaler wie auf internationaler Ebene effektiver zu verhüten, aufzudecken und zu bekämpfen.

118. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung leitete im Februar 1999 als Rahmen für die Bereitstellung technischer Hilfe für die Mitgliedstaaten ein Globales Programm gegen Korruption ein. Ziel dieses Programms ist die Festigung des rechtlichen und institutionellen Rahmens und die Entwicklung politischer Orientierungshilfen sowie eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den für Antikorruptionspolitik, Antikorruptionskampagnen und für die Rechtsdurchsetzung zuständigen Stellen. Derzeit ist das Programm für etwa 15 Projekte der technischen Hilfe verantwortlich, durch die die Mitgliedstaaten bei der Verhütung und Bekämpfung der Korruption unterstützt werden. Diese Projekte konzentrieren sich im Wesentlichen auf eine Stärkung der richterlichen Integrität und auf die Strafjustiz – eine besondere strategische Nische, vor allem in Postkonfliktländern, in denen mit Maßnahmen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit große Wirkung und ein insgesamt stabilisierender Effekt erzielt werden können. Das Büro unterstützte Mitgliedstaaten auch durch direkte technische Hilfe bei der Anwendung internationaler Normen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung.

119. Der unerlaubte Anbau von Drogenpflanzen ist nach wie vor ein ernstes Hindernis für die nachhaltige Entwicklung einiger Länder. Die Vereinten Nationen und Regierungen der Gastländer ergreifen gemeinsame Maßnahmen, um in den betroffenen Ländern jährliche Erhebungen über Drogenkulturen durchzuführen. Diese Erhebungen liefern der internationalen

Gemeinschaft Trendanalysen der unerlaubten Drogengewinnung. Sie stellen auch verlässliche Informationen bereit, auf die sich Entwicklungsstrategien stützen können, um Landwirten, die auf den unerlaubten Anbau solcher Pflanzen angewiesen sind, nachhaltige alternative Möglichkeiten der Existenzsicherung zu bieten.

Die besonderen Bedürfnisse Afrikas

120. Das System der Vereinten Nationen leistet weiterhin Unterstützung für die Entwicklung Afrikas. Die letztes Jahr von mir eingesetzte unabhängige Gruppe namhafter Persönlichkeiten, die den Auftrag hatte, mögliche Wege zur Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) zu empfehlen, legte im April 2005 ihren ersten Bericht vor.

121. Im Bemühen um eine verstärkte Beteiligung des Privatsektors an der Durchführung der NEPAD und um die Mobilisierung privatwirtschaftlicher Ressourcen organisierte das Büro des Sonderberaters für Afrika zwei Treffen, eine Podiumsdiskussion über die Förderung des inländischen Privatsektors im Oktober 2004 und, gemeinsam mit dem NEPAD-Sekretariat, eine Sachverständigengruppen-Tagung über den Beitrag des Privatsektors zur Umsetzung der NEPAD im März 2005. Die der letztgenannten Tagung vorgelegten Studien gingen im Einzelnen auf den Charakter und den Umfang der Einbindung des Privatsektors ein, beispielsweise in Form der Übernahme von Beteiligungen, des Aufbaus von öffentlich-privaten Partnerschaften oder der Förderung anderer Formen von Gemeinschaftsunternehmen.

122. Das technische Personal der Wirtschaftskommission für Afrika und des UNDP nahm in zahlreichen Ländern, darunter Ghana (Mai 2004), Ruanda (Juni 2004), Mauritius (Juni 2004), Kenia (Juli 2004) und Uganda (Februar 2005), aktiv an Unterstützungsmissionen des Afrikanischen Mechanismus der gegenseitigen Evaluierung (APRM) im Rahmen der NEPAD teil. Weitere Missionen sind in Mali, Mosambik und Südafrika geplant. Im Rahmen seiner institutionellen Unterstützungsmaßnahmen beteiligt sich das UNDP aktiv an der Planung und leistet direkte technische und administrative Unterstützung für das Gremium und das Sekretariat des Mechanismus. Es unterstützt alle Vorbereitungen der Mitgliedstaaten auf Landesebene, unter anderem durch institutionelle Unterstützungsmaßnahmen zu Gunsten der Koordinierungsstellen für den Mechanismus, den Aufbau einzelstaatlicher Strukturen zur Beaufsichtigung des Prozesses (zum Beispiel nationale Kommissionen des Mechanismus) sowie die Organisation von Sensibilisierungsseminaren.

123. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten hat ein breites Spektrum von technischen und Beratenden Diensten zur Unterstützung der NEPAD-Agenda auf dem Gebiet der Regierungsführung bereitgestellt und leistet in diesem Rahmen unter anderem Beiträge zur Konzeption der NEPAD-Programme für Regierungsführung und Kapazitätsaufbau in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Führung für einen leistungsstarken öffentlichen Sektor und Konfliktmanagement, zur Entwicklung von Strategien mit dem Ziel, Professionalität und ethische Grundsätze im afrikanischen öffentlichen Dienst fest zu verankern, zur Stärkung der afrikanischen Parlamente sowie zu dem Internetportal Regierungsführung und Verwaltungsführung für Afrika, das von der Hauptabteilung entwickelt wurde, die auch die Hauptorganisatorin der Panafrikanischen Konferenz der Minister für den öffentlichen Dienst war, eines zweijährlichen Treffens, das gemeinsam mit dem NEPAD-Sekretariat ausgerichtet wird.

124. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen beruft die Untergruppe der Vereinten Nationen für humanitäre Hilfe und Konfliktnachsorge ein, die sich für die Förderung und Durchführung integrierter Programme in Postkonfliktländern einsetzt, die

einen Beitrag zum Wiederaufbau und zur Wahrung von Frieden und Stabilität leisten. Das UNHCR analysiert derzeit 14 Übergangssituationen in Afrika, um festzustellen, wo es gravierende Lücken gibt und wie die Wirksamkeit seiner Maßnahmen erhöht werden kann. Die Ergebnisse der Analyse werden in künftige Programminitiativen einfließen und die Arbeit der NEPAD und verschiedener Stellen der Vereinten Nationen erleichtern.

125. Der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau stellte Unterstützung für die erste regionale Frauentagung bereit, die im Oktober 2004 in Kigali stattfand und der Vorbereitung auf die Internationale Konferenz über die Region der Großen Seen diente, die für November 2004 in Daressalam anberaumt wurde. Die Tagung befasste sich mit den besonderen Bedürfnissen der Frauen in Fragen von Frieden und Sicherheit, Demokratie und Regierungsführung, wirtschaftlicher und regionaler Integration sowie in humanitären und sozialen Angelegenheiten. Ergebnis der Tagung war die Erklärung von Kigali, die später in das auf der Internationalen Konferenz von den Staats- und Regierungschefs verabschiedete Ergebnisdokument von Daressalam integriert wurde.

126. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten unterstützte afrikanische Regierungen durch Beratende Dienste und Programme der technischen Zusammenarbeit bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften und Verträgen, unter ihnen die Aktionsplattform von Beijing und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Ziel dieser Maßnahmen war insbesondere die Erhöhung der innerstaatlichen Kapazitäten zur Durchführung des Übereinkommens und die Stärkung der Fähigkeit von Richtern, das Völkerrecht auf dem Gebiet der Menschenrechte auf innerstaatlicher Ebene anzuwenden. Die Hauptabteilung arbeitete außerdem mit nationalen Mechanismen zur Frauenförderung zusammen, um Ländern, die gerade einen Konflikt überwunden haben, bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Übereinkommen behilflich zu sein.

127. Das Welternährungsprogramm (WFP) führte gemeinsam mit der NEPAD eine Studie über nationale Bevorratungssysteme für Nahrungsmittel in Afrika durch und untersuchte in diesem Rahmen, wie die Systeme verbessert werden können, um die Ernährungssicherheit zu erhöhen und die Fähigkeiten zur Bewältigung von Nahrungsmittelkrisen zu stärken. Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) leistete Unterstützung bei der Entwicklung der Initiative zur Stärkung der Produktionskapazitäten Afrikas, die im Juli 2004 auf dem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union als politischer Rahmen für die industrielle Entwicklung Afrikas beschlossen wurde. Die UNESCO hat die Alphabetisierungsinitiative für ein selbstbestimmtes Leben entwickelt, die in Ländern mit einer Analphabetenquote von über 50 Prozent oder einer Analphabetenzahl von 10 Millionen durchgeführt werden soll. In Zusammenarbeit mit dem NEPAD-Sekretariat und der Afrikanischen Ministerkonferenz über Umweltfragen hilft das UNEP afrikanischen Ländern bei der Erarbeitung von fünf subregionalen Umweltaktionsplänen im Rahmen der NEPAD. Das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (VN-Habitat) erarbeitete das NEPAD-Städteprogramm als ein Mittel, schnelle Erfolge zu erzielen. Zur weiteren Stärkung dieses Programms einigte sich die Afrikanische Ministerkonferenz über Wohnungswesen und städtische Entwicklung, die vom 31. Januar bis 4. Februar 2005 in Durban (Südafrika) stattfand, auf einen verbesserten Rahmen zur Programmumsetzung, um die Herausforderungen in den Bereichen Wohnungswesen und Verstädterung zu bewältigen.

128. Eine Gruppe von Organisationen und Einrichtungen der Vereinten Nationen unterstützt ferner die NEPAD – durch Wissensmanagement, Informations- und Kampagnenarbeit und den Aufbau von Kapazitäten – in den Bereichen Landwirtschaft, Handel und Marktzugang. Nach wie vor bedeutet es für Organisationen der Vereinten Nationen in Afrika eine

große Herausforderung, ihre Wirksamkeit zu steigern, Doppelarbeit und Überschneidungen zu vermeiden, Kosten zu senken und, allgemeiner gesprochen, die politische und operative Kohärenz zu verbessern und den regionalen Koordinierungsmechanismus zur Unterstützung der Umsetzung der Prioritäten der NEPAD zu stärken.

Die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer

129. Die internationale Gemeinschaft richtet ihr Augenmerk weiterhin auf die Entwicklungsbedürfnisse und -probleme der schwächsten Länder. Zwar deuten die globalen Indikatoren für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer in vielerlei Hinsicht auf Verbesserungen hin, doch waren die Fortschritte unausgewogen. Beim derzeitigen Entwicklungstempo werden zahlreiche dieser Länder die Millenniums-Entwicklungsziele nicht erreichen können. Das Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer unterstützte mich weiterhin dabei, alle Teile des Systems der Vereinten Nationen zu mobilisieren, damit eine koordinierte Weiterverfolgung der Ergebnisse der zu diesen Ländergruppen durchgeführten Konferenzen und Gipfeltreffen gewährleistet ist.

130. Wenn der Handel die ihm gebührende Rolle bei der Armutsminderung in den am wenigsten entwickelten Ländern spielen soll, sind die Herausbildung einer einheimischen Unternehmerschicht, die Stärkung der Produktions- und Handelskapazität und eine dauerhafte Entschuldung unerlässlich. Die UNCTAD trug zu dieser Aufgabe auf vielfältige Weise bei. Nach der Veröffentlichung ihres Berichts über die am wenigsten entwickelten Länder für 2004, der sich den Wechselwirkungen zwischen Handel und Armutsminderung widmet, setzte die UNCTAD ihre Analyse der Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder in den Bereichen Handelspolitik, Entwicklungsfinanzierung und technische Zusammenarbeit fort. Die Unterstützung der UNCTAD für die am wenigsten entwickelten Länder erstreckte sich ferner auf umfassende Schulungen und den Aufbau von Kapazitäten auf dem Gebiet der Handelsverhandlungen und der Handelsdiplomatie, einschließlich Fragen, die den Beitritt zur WTO betreffen. Gemeinsam waren die UNCTAD, das UNDP, der IWF, die Weltbank, die WTO und das ITC einer Reihe der am wenigsten entwickelten Länder in ihrem Bemühen behilflich, den Handel zu einem festen Bestandteil der nationalen Entwicklungsstrategien zu machen, wobei sie sich auf ihren integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe stützten.

131. Die Unterstützung, die die FAO den am wenigsten entwickelten Ländern im Rahmen ihrer Feldprogramme zukommen ließ, deckte eine breite Palette von Bedürfnissen ab, die von Nothilfe und Sanierung der Landwirtschaft über Unterstützung in grundsatzpolitischen Fragen und Programmunterstützung zu Gunsten der Ernährungssicherheit bis hin zu nachhaltigem landwirtschaftlichem Wachstum und nachhaltiger ländlicher Entwicklung reichten. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der UNIDO zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder stand der Aufbau von Produktionskapazitäten, die diesen Ländern die Integration in die Weltwirtschaft ermöglichen sollen. So wurde die Initiative zur Stärkung der Produktionskapazitäten Afrikas von den afrikanischen Staatsoberhäuptern als NEPAD-Komponente für nachhaltige industrielle Entwicklung gebilligt.

132. Der Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen setzte den Ausbau und die Feinabstimmung seiner Programme fort, um die am wenigsten entwickelten Länder durch seine örtlichen Entwicklungs- und Mikrofinanzierungsprogramme stärker bei der Errei-

chung der Millenniums-Entwicklungsziele zu unterstützen. Allein im Bereich Mikrofinanzierung billigte der Fonds eine neue, auf sieben Jahre angelegte 42-Millionen-Dollar-Initiative, um Engpässe anzugehen und Möglichkeiten zur Belebung der Volkswirtschaften und zur Stärkung der Finanzsektoren in 20 afrikanischen am wenigsten entwickelten Ländern auszuschöpfen. Die Weltorganisation für geistiges Eigentum stand den am wenigsten entwickelten Ländern beim Aufbau technologischer Kapazitäten und in den Bereichen Gesetzgebungsberatung, kollektive Wahrnehmung von Urheber- und damit verbundenen Rechten sowie kleine und mittlere Unternehmen zur Seite. Aus dem Fonds der Globalen Umweltfazilität für die am wenigsten entwickelten Länder erhielten sie Mittel zur Stärkung ihrer Anpassungsfähigkeit und zur Umsetzung ihrer nationalen Anpassungs-Aktionsprogramme sowie Zuschüsse für ihre Umweltprojekte.

133. Auf der regionalen Ebene setzte die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik ihre Unterstützung der schwächsten Länder durch vielfältige Aktivitäten fort, etwa das regionale Armutsmilderungsprogramm, das Projekt zur Stärkung nationaler Armutsmilderungskapazitäten und Konfliktverhandlungskompetenzen, ein Lobbyprojekt zu Gunsten sektorübergreifender Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids in Asien, den Aufbau von Kapazitäten für die wirksame Beteiligung am multilateralen Handelssystem und für das Management von Auslandsschulden.

134. Mit ihrer geringen Einwohnerzahl, den oft langen See- und Luftverkehrswegen und ihren von Monokulturen geprägten Landwirtschaften sind die kleinen Inselentwicklungsländer sowohl den Auswirkungen der Wirtschaftstrends in den übrigen Ländern der Welt als auch den Folgen von Naturereignissen in besonderem Maße ausgesetzt. Der Tsunami vom Dezember 2004, der viele Kategorien von Ländern betraf, ließ die besondere Anfälligkeit der kleinen Inselentwicklungsländer erkennen, die gewaltige Personen- und Sachschäden erlitten. Die Katastrophe machte deutlich, wie wichtig es ist, Warnsignalen Beachtung zu schenken, sich schon im Vorfeld einer Katastrophe zusammenzuschließen und ein kollektives Vorgehen durchzuhalten, um menschliches Elend zu beenden und solide Grundlagen für Frieden und Entwicklung zu schaffen. Ich habe daher zur Einrichtung eines globalen Warnsystems aufgerufen, das nicht nur Tsunamis, sondern auch andere Naturkatastrophen wie Sturmfluten und Wirbelstürme erfasst.

135. Im Gefolge der Tsunami-Katastrophe reagierten die Vereinten Nationen und ihre verschiedenen Organisationen, Fonds und Programme rasch mit koordinierten Maßnahmen, indem sie humanitäre Soforthilfe bereitstellten – Nahrungsmittelhilfe, Wasseraufbereitungssets, Medikamenten- und Hygienepakete, Notunterkünfte, Material für die geburtshilfliche Notversorgung und sichere Bluttransfusionen sowie Impfungen – und die Maßnahmen für die langfristige Rehabilitation und den schließlichen Wiederaufbau der betroffenen Gebiete koordinierten.

136. Unmittelbar im Anschluss an diese Tragödie kam die Internationale Tagung zur Überprüfung der Durchführung des Aktionsprogramms für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern, die im Januar 2005 von der Regierung von Mauritius mit Unterstützung des Büros des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer, der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, der UNCTAD, der regionalen Wirtschaftskommissionen und des UNDP ausgerichtet wurde, zum richtigen Zeitpunkt und gab der internationalen Gemeinschaft Gelegenheit, gemeinsam ihre Unterstützung für diese Länder zu erneuern. Die Tagung, der beträchtliche internationale Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde, fand unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und anderer Interessenträger statt. Dabei wurde die soziale, wirtschaftliche und ökologische An-

fälligkeit der kleinen Inselentwicklungsländer erneut unterstrichen, und Geber wurden um Unterstützung gebeten, um die Durchführung des vereinbarten internationalen Programms für diese Länder fortzusetzen. Mit der Erklärung und der Strategie von Mauritius ist ein klarer Kurs für die internationalen und nationalen Anstrengungen zur Entwicklung der kleinen Inselstaaten vorgegeben. Die Organisationen der Vereinten Nationen und die kleinen Inselentwicklungsländer gehen nun an die Ausarbeitung ihrer Pläne zur Umsetzung der Strategie.

137. Die Tagung auf hoher Ebene über die Rolle der internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen bei der Durchführung des Aktionsprogramms von Almaty für Binnenentwicklungsländer, die vom Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer im März 2005 in Almaty (Kasachstan) einberufen wurde, verabschiedete ein Gemeinsames Kommuniqué, in dem internationale und regionale Partner weitere Maßnahmen zur Unterstützung von Binnenentwicklungsländern im Rahmen koordinierter Strategien aufzeigten.

138. Binnenentwicklungsländern entstehen auf Grund ineffizienter Verkehrsinfrastrukturen, die unmittelbar mit ihrer geografisch benachteiligten Lage zusammenhängen, erhebliche zusätzliche Kosten für den Transport ihrer Ein- und Ausfuhren. Im vergangenen Jahr stärkten die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ihre Partnerschaft zur Durchführung des Aktionsprogramms von Almaty: Befriedigung der besonderen Bedürfnisse der Binnenentwicklungsländer innerhalb eines Neuen weltweiten Rahmenplans für die Zusammenarbeit im Transitverkehr zwischen Binnen- und Transitentwicklungsländern. Nach Untersuchungen der UNCTAD machen die bei Einfuhren afrikanischer Binnenländer anfallenden internationalen Transportkosten durchschnittlich 20,7 Prozent des Werts der Einfuhren aus, während es im Weltdurchschnitt 5,1 Prozent und im gesamt afrikanischen Durchschnitt 12,7 Prozent sind. Im Jahr 2004 ergriffen mehrere Binnenentwicklungsländer mit beratender Unterstützung der Regionalkommissionen und anderer Einrichtungen der Vereinten Nationen Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz des Transitverkehrs.

Bekämpfung von HIV/Aids

139. HIV/Aids ist nicht nur eine unmittelbare Krise, sondern auch ein langfristiges Entwicklungsproblem. Die Epidemie droht, frühere und gegenwärtige Bemühungen um die Erreichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der Millenniums-Entwicklungsziele, zunichte zu machen, und muss somit konsequent und prioritär angegangen werden.

140. Auf ihrer achtunddreißigsten Tagung im April 2005 in New York befasste sich die Kommission für Bevölkerung und Entwicklung schwerpunktmäßig mit HIV/Aids und seinem Zusammenhang mit Armut. Dabei wurde die Notwendigkeit unterstrichen, als einen notwendigen Schritt zur Bekämpfung der HIV/Aids-Epidemie die Verknüpfungen und die Koordinierung zwischen Politiken und Programmen in den Bereichen HIV/Aids sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit zu vertiefen und sie in die nationalen Entwicklungspläne, einschließlich der Armutsbekämpfungsstrategien, zu integrieren. Aus dem der Kommission vorgelegten Bericht über die Auswirkungen von Aids ging hervor, dass seit der Diagnose des ersten Aids-Falls im Jahr 1981 mehr als 20 Millionen Menschen an der Krankheit gestorben sind. Ende 2004 gab es etwa 39,4 Millionen Menschen mit HIV. Die Aids-Epidemie fordert zahlreiche Opfer unter Frauen und weiblichen Jugendlichen, die etwa 57 Prozent aller Menschen mit HIV in Afrika südlich der Sahara repräsentieren, während es im weltweiten Durchschnitt etwa 50 Prozent sind. Tiefere Ursachen für die Verbreitung der Aids-Epidemie sind beispielsweise die Entmündigung der Frauen sowie die Stigmatisierung und Dis-

kriminierung von Menschen mit HIV. Darüber hinaus hat die überwiegende Mehrheit der behandlungsbedürftigen Menschen keinen Zugang zu erschwinglichen antiretroviralen Medikamenten.

141. Die Vereinten Nationen arbeiten weiter an gemeinsamen und umfassenden Ansätzen zur Bekämpfung von HIV/Aids, namentlich in den Bereichen Prävention, Behandlung, Pflege, Kampf gegen Diskriminierung und Folgenmilderung. Mit der "3 bis 5"-Initiative der WHO, in deren Rahmen bis Ende 2005 drei Millionen Menschen mit HIV/Aids in Entwicklungsländern und Ländern mit mittlerem Einkommen eine lebensverlängernde antiretrovirale Therapie erhalten sollen, wurde die Ausweitung der Behandlung erheblich vorangebracht. Die Zahl der Menschen, die eine solche Behandlung erhalten, stieg zwischen Dezember 2003 und Juni 2005 von 400.000 auf etwa 1 Million und hat sich damit mehr als verdoppelt. Parallel dazu trägt das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) durch eine breit angelegte Initiative dem Bestreben Rechnung, der Prävention auch weiterhin Vorrang einzuräumen; sie wird ergänzt durch eine unter der Federführung der UNESCO eingeleitete Globale Initiative "Bildung und HIV/Aids", die sich für eine größere Rolle des Bildungssektors beim Vorgehen gegen die Epidemie einsetzt. Die siebzehnte Tagung des UNAIDS-Programmkoordinierungsrats (27.-29. Juni) billigte neue Präventionspolitiken mit dem Ziel, die derzeitige HIV-Präventionslücke, insbesondere bei Frauen und jungen Menschen, zu schließen.

142. Die Vereinten Nationen arbeiten in enger Partnerschaft mit dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria daran, die Kapazitäten auf der einzelstaatlichen Ebene zu stärken. Als Ausdruck dieser Partnerschaft habe ich zugestimmt, den Vorsitz der Konferenz über die Wiederauffüllung des Globalen Fonds am 5. und 6. September in London zu übernehmen, die die Bemühungen des Fonds um die Mobilisierung von Ressourcen berechenbarer machen soll.

143. Die gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der vielfältigen sich aus HIV/Aids ergebenden Herausforderungen umfassen eine breite Palette von Aktivitäten, die von Bewusstseinsbildung und Kampagnenarbeit über Ressourcenmobilisierung und Kapazitätsaufbau bis hin zur Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen reichen. Die FAO, das UNICEF und das WFP unterstützten die Verbesserung der Nahrungsmittel- und Ernährungssicherheit sowie die Betreuung von Waisen und anderen Kindern mit HIV/Aids im südlichen Afrika. Im Rahmen der Kapazitätsaufbau-Initiative für das südliche Afrika bemühte sich das UNDP gemeinsam mit Organisationen der Vereinten Nationen wie dem Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen und der WHO darum, dem durch HIV/Aids verursachten verheerenden Kapazitätsverlust im staatlichen Sektor, in der Zivilgesellschaft und im Privatsektor entgegenzuwirken. Die IAO unterstützte und erleichterte die Bewältigung von HIV/Aids und die Milderung der Folgen am Arbeitsplatz in Zusammenarbeit mit ihren nationalen dreigliedrigen Mitgliedsgruppen, nämlich Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmerorganisationen.

144. Im Jahr 2004 wurde das UNHCR die zehnte Trägerorganisation des UNAIDS und verabschiedete im März 2005 einen dreijährigen Strategieplan zur Bekämpfung von HIV/Aids bei Rückkehrern, Flüchtlingen und anderen Vertriebenen.

145. Am 2. Juni prüfte die Generalversammlung auf ihrer Tagung auf hoher Ebene über HIV/Aids die Fortschritte in Bezug auf die Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids, die von der Sondertagung der Generalversammlung im Juni 2001 verabschiedet worden war. Am 18. Juli befasste sich der Sicherheitsrat auf seiner Sitzung zu HIV/Aids vor allem mit der engen Zusammenarbeit zwischen dem UNAIDS und der Hauptabteilung Friedenssicherungs-

einsätze bei der Aufgabe, die Einbindung der HIV-Prävention in sämtliche Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen zu gewährleisten.

146. Mit Beginn des Jahres 2005 wurde die seit 1997 unter der Ägide des UNAIDS stehende Welt-Aids-Kampagne zu einer Bewegung der globalen Zivilgesellschaft, die sich die Förderung der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids zum Ziel gesetzt hat. Die Kampagne wird nun von einer globalen Lenkungsgruppe von Vertretern der Zivilgesellschaft geleitet, in der das UNAIDS als nicht stimmberechtigtes Mitglied vertreten ist. Ich begrüße diesen Meilenstein in der Einbindung der Zivilgesellschaft in die globale Steuerung von Entwicklungsfragen.

147. Eine noch bestehende Herausforderung ist die Vereinfachung des Zugangs zu den Hilfs- und Unterstützungsmechanismen des Systems der Vereinten Nationen. Im Dezember 2004 stellten die UNDG und das UNAIDS-Sekretariat weitere Leitlinien für die Pläne der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Durchführung einzelstaatlicher Maßnahmen gegen HIV/Aids bereit. Im März 2005 verständigten sich führende Vertreter der Regierungen von Geber- und Entwicklungsländern, der Zivilgesellschaft, der Organisationen der Vereinten Nationen sowie anderer multilateraler und internationaler Einrichtungen auf die Schaffung einer globalen Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, einen Katalog von Empfehlungen zur Verbesserung des institutionellen Rahmens für die Bekämpfung von HIV/Aids zu erarbeiten, um die Belastung für die betroffenen Länder zu verringern. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppe wurden im Juni 2005 vom UNAIDS-Programmkoordinierungsrat gebilligt.

148. Auch im vergangenen Jahr unterstützten mich meine Sonderbotschafter für HIV/Aids in vier Regionen der Welt – Afrika, Asien, der Karibik und Osteuropa – bei der Förderung zentraler Belange und im Engagement für ein stärkeres Vorgehen gegen HIV/Aids in ihren Regionen.

Kapitel III

Erfüllung humanitärer Verpflichtungen

149. Eine Reihe anhaltender Krisen und humanitärer Notsituationen in der ganzen Welt verursachen nach wie vor umfassendes menschliches Leid, etwa in Kolumbien und der Demokratischen Republik Kongo. Gleichzeitig sind in Nepal und der Region Darfur in Sudan immer mehr Menschen von Konflikten und Unsicherheit betroffen. Im vergangenen Jahr ereigneten sich auch mehrere verheerende Naturkatastrophen, darunter Hurrikane in der Karibik, eine Heuschreckenplage im Sahel und der Tsunami im Indischen Ozean.

150. Die Welle der internationalen Unterstützung für Hilfs- und Wiederaufbaumaßnahmen in den vom Tsunami betroffenen Ländern war sowohl großzügig als auch in ihrem Umfang beispiellos. Leider werden zahlreiche andere Krisen weiterhin von der Öffentlichkeit vernachlässigt. Bis Dezember 2004, ein Jahr nach dem verheerenden Erdbeben in Bam (Islamische Republik Iran), wurden nur 11 Prozent der zugesagten Mittel ausgezahlt. In Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo und in Somalia liegt die Finanzierung nach wie vor weit unter dem erforderlichen Maß, obwohl die Organisationen der Vereinten Nationen und ihre Partner sich nach Kräften bemühten, den Bedarf besser einzuschätzen und die Aktivitäten nach Prioritäten zu ordnen. Ich appelliere erneut an die Gebergemeinschaft, dafür zu sorgen, dass die Finanzmittel ausgewogener auf alle humanitären Notsituationen verteilt und den Erfordernissen aller Sektoren, auch im Bereich des Schutzes, besser gerecht werden.

Schutz und Unterstützung von Flüchtlingen und Vertriebenen

151. Die Konsolidierung des Friedens in einer Reihe von Konflikten im Jahresverlauf 2004 begünstigte die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in ihre Heimat. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge bei ihrer freiwilligen Heimkehr unterstützt, 35 Prozent mehr als 2003. Nach Schätzungen des UNHCR ging die Zahl der Flüchtlinge 2004 weltweit auf 9,2 Millionen zurück und erreichte damit ihren tiefsten Stand seit 1980. Diese Zahl enthält allerdings nicht die etwa 4,2 Millionen Palästinaflüchtlinge, die weiterhin Hilfs- und Dienstleistungen vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) beziehen, darunter schätzungsweise 1,6 Millionen Menschen in dem besetzten palästinensischen Gebiet. Trotz des Rückgangs der Flüchtlingszahl stieg die Gesamtzahl der Personen unter der Obhut des UNHCR zwischen Ende 2003 und Ende 2004 von 17 Millionen auf 19,2 Millionen. Darin inbegriffen sind auch 4,8 Millionen Binnenvertriebene, ein Bruchteil der weltweiten Gesamtzahl von 25 Millionen Menschen, die infolge von Konflikten oder Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land vertrieben wurden.

152. Die größte Zahl von Rückkehrern war im vergangenen Jahr mit allein mehr als 940.000 Personen in Afghanistan zu verzeichnen. Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die erfolgreiche Abhaltung von Wahlen hatten positive Auswirkungen auf die Maßnahmen zur Wiedereingliederung der mehr als 4,1 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen, die seit Ende 2001 zurückkehrten. Die Rückkehr und die Hilfeleistung werden weiterhin durch Antiminenprogramme erleichtert, durch die wichtige Zufahrtswege zu gefährdeten Gemeinden wieder befahrbar werden. Mittels eines gemeindeorientierten Ansatzes, der die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung sicherstellen soll, trägt das UNICEF den besonderen Bedürfnissen heimkehrender Kindersoldaten Rechnung. Mehr als 4.000 minderjährige Soldaten wurden demobilisiert und mit Programmen, die informelle

Bildung, Qualifizierungsmaßnahmen und psychosoziale Unterstützung kombinieren, in ihre Gemeinden reintegriert. Trotz der Fortschritte können in Afghanistan jedoch weiterhin etwa 160.000 Vertriebene wegen Unsicherheit oder Dürre nicht in ihre Heimorte zurückkehren. Schätzungsweise eine Million Afghanen verbleiben in der Islamischen Republik Iran, während weitere 960.000 in Lagern in Pakistan untergebracht sind. Darüber hinaus leben in städtischen Gebieten Pakistans einer amtlichen Zählung vom Februar 2005 zufolge 1,9 Millionen Afghanen, unter denen sich möglicherweise einige Flüchtlinge befinden.

153. Auch in Afrika setzten sich die Rückkehrbewegungen fort. Das Programm des UNHCR für eine organisierte Rückkehr ermöglichte 2004 nahezu 90.000 Angolanern die Heimreise – ein Zuwachs von 43.000 gegenüber 2003 –, womit seit der Beendigung des Konflikts in dem Land im ersten Quartal 2002 insgesamt mehr als 338.000 zurückkehrten. In Burundi kehrten 2004 etwa 90.000 Flüchtlinge im Rahmen von UNHCR-Programmen für die unterstützte Rückführung in die Heimat zurück, womit sich die Gesamtzahl der Heimkehrer, denen das UNHCR Hilfe gewährte, seit der Schaffung des Programms im April 2002 auf 226.000 erhöhte. In Liberia kehrten seit Oktober 2004 insgesamt 269.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene heim. In Sierra Leone ist die Rückführung von Flüchtlingen abgeschlossen. Seit Beendigung des Konflikts kehrten etwa 270.000 Flüchtlinge zurück, von denen schätzungsweise 179.000 Unterstützung vom UNHCR erhielten.

154. In Ostafrika öffnete der Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung die Tür für umfangreiche Rückkehrbewegungen. Bis Mitte März 2005 waren etwa 600.000 Sudanesen nach Hause zurückgekehrt, davon 200.000 Personen, die spontan aus Nachbarländern heimkehrten, und 400.000 Personen aus anderen Gebieten Sudans. In der Region Nuba wurde die Wiederansiedlung der Rückkehrer durch Minenaufklärung und -räumung begünstigt. Es ist zu erwarten, dass in den kommenden Monaten nicht weniger als 550.000 Flüchtlinge aus Nachbarländern zurückkehren, in denen sie vom UNHCR für die organisierte Rückführung registriert werden. Um weiterhin wirksam Schutz und Hilfe zu gewähren, hat das UNHCR seine Präsenz im südlichen Sudan ausgebaut.

155. Der Optimismus, den die Beilegung des Konflikts im südlichen Sudan auslöste, wurde indessen durch die anhaltende Gewalt in Darfur gedämpft, wo seit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen mehr als 1,6 Millionen Menschen aus ihren Heimstätten geflohen sind. Das UNHCR betreut weiterhin mehr als 200.000 sudanesischen Flüchtlinge in 12 Lagern in Tschad. Im Zuge einer UNICEF-Kampagne wurden 81.000 Flüchtlings- und einheimische Kinder gegen Masern geimpft.

156. Der Konflikt in Kolumbien führt weiter zu neuen Vertreibungen: Mehr als 138.000 Kolumbier flohen im vergangenen Jahr aus ihren Wohnorten, um sich anderswo im Land in Sicherheit zu bringen. Da eine Verhandlungsregelung für den Konflikt noch nicht in Sicht ist, kann für 2005 kaum mit dauerhaften Lösungen für die schätzungsweise 2 Millionen Binnenvertriebenen und mehr als 40.000 kolumbianischen Flüchtlinge gerechnet werden. Erfreulicher ist hingegen, dass die Regierungen von 20 lateinamerikanischen Ländern im November 2004 den zwanzigsten Jahrestag der Erklärung von Cartagena begingen und sich erneut zu den darin enthaltenen umfassenden Flüchtlingsschutzstandards bekannten.

157. Zur Stärkung des Vorgehens gegen Binnenvertreibungen gab der Ständige interinstitutionelle Ausschuss im September 2004 ein Paket von Leitlinien für die gemeinsame Reaktion auf Binnenvertreibungen heraus. Die an humanitäre und residierende Koordinatoren sowie Landesteamts der Vereinten Nationen gerichteten Leitlinien legen die Schritte für die gemeinsame Reaktion fest. Auch das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

setzte sich über seine interinstitutionelle Abteilung für Binnenvertriebene weiterhin für eine wirksame gemeinsame Reaktion ein.

158. Die Sicherheit von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen wirksam zu gewährleisten ist auch künftig eine dringende und wichtige Notwendigkeit, wie es das Massaker an 156 kongolesischen Flüchtlingen im Lager Gatumba in Burundi im August 2004 und der fortwährende Einsatz von sexueller Gewalt als Mittel der Kriegführung in Gebieten wie Darfur und dem östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo gezeigt haben. Im Rahmen der "Konvention plus"-Initiative, die 2003 vom UNHCR zur Ergänzung des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge ins Leben gerufen wurde, wurden im Jahr 2004 Instrumente zur Ausweitung der Staatenverantwortlichkeit und der internationalen Lastenteilung beim Flüchtlingsschutz entwickelt. Mit derartigen Instrumenten, wie beispielsweise den Multilateralen Rahmenleitlinien für Neuansiedlungen, lässt sich die internationale Zusammenarbeit in Flüchtlingsfragen solider und wirksamer gestalten.

159. Um geschlechtsspezifischer Gewalt zu begegnen, verabschiedete der Ständige interinstitutionelle Ausschuss im Januar 2005 eine Verpflichtungserklärung über Maßnahmen mit dem Ziel, geschlechtsspezifische Gewalt zu verhüten, eine angemessene Opferbetreuung zu gewährleisten und die Täter schließlich zur Rechenschaft zu ziehen. Zur Verhütung von geschlechtsspezifischer Gewalt überträgt das UNHCR mehr Frauen leitende Positionen in Lagerräten und ist bemüht, mehr Frauen in die Bewertung seiner Programme zur Stärkung seiner geschlechtsspezifischen Schutzmaßnahmen einzubeziehen. Mit Blick auf eine bessere Unterstützung für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt haben das UNHCR und der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) in der Vereinigten Republik Tansania ein Pilotprogramm für die Bereitstellung von postexpositioneller Prophylaxe gestartet. Der UNFPA hat außerdem ein Schulungsprogramm für das klinische Management von Vergewaltigungsopfern erarbeitet.

160. In der Demokratischen Republik Kongo war die Inzidenz sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt erschreckend hoch. Im Hinblick auf die Verhütung solcher Vorfälle und die Behandlung der Opfer haben die Regierung Belgiens und das System der Vereinten Nationen das erste umfassende Programm zu den Schwerpunkten Gesundheit, Justizreform, psychosoziale Hilfe und Existenzsicherung eingeleitet. An dem vierjährigen Projekt, das 25.000 Frauen, Jugendlichen und Kindern in drei Provinzen zugute kommen wird, werden die wichtigsten kongolesischen Ministerien, Militär und Polizei sowie örtliche nichtstaatliche Organisationen beteiligt sein, die besondere Kenntnisse im Umgang mit sexueller Gewalt haben. Auch das UNICEF weitete seine Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von sexueller Gewalt aus, indem es mehr als 15.000 Opfern – Kindern und Frauen – in den am stärksten betroffenen östlichen Gebieten des Landes Hilfe gewährte. Alle diese Maßnahmen sind jedoch vorwiegend reaktiv. Mehr Anstrengungen sind erforderlich, um präventiv tätig zu werden, gegen die Straflosigkeit vorzugehen und Täter stärker zur Rechenschaft zu ziehen.

Humanitäre Hilfe

161. Die letzten drei Jahre waren für die humanitären Organisationen sehr turbulent, wurde doch ihre Fähigkeit, eine wirksame und angemessene Reaktion zu gewährleisten, durch die Konflikte in Afghanistan, Irak und Darfur sowie die Katastrophe im Indischen Ozean auf den Prüfstand gestellt. Da davon auszugehen ist, dass große Krisen auch in Zukunft immer größere Anforderungen an die Kapazität und Qualität der humanitären Hilfe und die diesbezügliche Rechenschaftspflicht stellen werden, müssen die Vereinten Nationen ihre bestehenden

Systeme, Instrumente und Zuständigkeiten überprüfen und stärken. Dazu hat das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten eine Überprüfung des Systems für internationale humanitäre Maßnahmen in Auftrag gegeben.

162. In Afrika wurden mehr als 1,6 Millionen Menschen durch den Konflikt in Darfur (Sudan) zu Binnenvertriebenen. Weitere 200.000 Menschen wurden über die Grenze nach Tschad vertrieben. Die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen versorgen derzeit fast 2 Millionen Menschen mit monatlich nahezu 28.000 Tonnen Lebensmitteln. Sie förderten darüber hinaus Maßnahmen, die 850.000 Binnenvertriebenen den Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen, und unterstützten die Regierung bei einer umfangreichen Immunisierungskampagne in Darfur, in deren Verlauf mehr als zwei Millionen Kinder gegen Masern geimpft wurden. Ein in ganz Darfur eingerichtetes Frühwarn- und Reaktionssystem soll den möglichen Ausbruch von Krankheiten melden, und die rasche Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion wird ebenso unterstützt wie auf Gemeindeebene angesiedelte Initiativen zur Förderung der Tiergesundheit, eine Reform des Grundbesitzsystems und die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. In Darfur wurde ein Mineninformationsbüro eingerichtet, das den humanitären Hilfsorganisationen Hilfestellung für die sichere Abwicklung ihrer Einsätze leisten soll.

163. In Uganda waren im Juni 2005 2,1 Millionen in Siedlungen lebende Vertriebene auf Nahrungsmittelhilfe des WFP angewiesen. Das UNICEF unterstützte den Bau von 27 Notschulen in Binnenvertriebenenlagern, schulte 800 vertriebene Lehrer in psychosozialer Beratung und richtete 18 Zentren für frühkindliche Entwicklung ein. Das UNICEF stellt außerdem Notunterkünfte und Haushaltsgegenstände bereit und sorgt für Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen für nahezu 12.000 "Nachtpendler", Kinder, die jeden Abend aus gefährdeten ländlichen Gebieten in die sichereren Städte fliehen, um der Verschleppung durch die Widerstandarmee des Herrn zu entgehen.

164. Im März wurde die im Norden Angolas gelegene Provinz Uige vom größten Ausbruch von Marburg-Fieber in der Geschichte heimgesucht. Die WHO und andere Partner reagierten rasch und unterstützten das angolische Gesundheitsministerium bei seinen Maßnahmen zur Eindämmung des gefährlichen Virus. In Liberia war das UNICEF maßgeblich an der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung von in bewaffneten Kräften eingegliederten Kindern beteiligt. Bislang wurden mehr als 11.780 Kinder in entsprechenden Programmen demobilisiert. Die UNICEF-Kampagne "Zurück zur Schule" ermöglichte mehr als 600.000 Kindern die Rückkehr zur Schule und vermittelte damit zahlreichen städtischen und ländlichen Gemeinden ein Gefühl von Stabilität und Hoffnung. In der Demokratischen Republik Kongo unterstützen die laufenden Hilfsprogramme der FAO die Ernährungssicherung und die Existenzgrundlagen von nahezu 500.000 vom Konflikt betroffenen bäuerlichen Haushalten. Um Märkte für die Menschen auf dem Lande zu erschließen, saniert die FAO ferner Hunderte von Kilometern kleiner Straßen, während das WFP die Projektmitarbeiter mit Verpflegungsrationen versorgt.

165. Im Nahen Osten arbeiten die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und das irakische Gesundheitsministerium gemeinsam daran, die Gesundheitsversorgung des Landes durch Reparatur, Bestandsauffüllung und Wiederinbetriebnahme der wichtigsten Einrichtungen erneut in Gang zu bringen. Irakisches Gesundheitspersonal wird geschult, Leitlinien und Vorschriften zur Wasserqualität werden erstellt und Wasseranalyssysteme werden aktualisiert. Ferner werden Projekte mit einem Etat von 60 Millionen Dollar in den Bereichen Bewässerung, Veterinärdienste, Tierproduktion und Familienhandwerksbetriebe durchgeführt.

166. In derselben Region setzt das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten sein reguläres Hilfsprogramm für die 4,2 Millionen in Jordanien, Libanon, der Syrischen Arabischen Republik sowie im Westjordanland und im Gazastreifen registrierten Palästinaflüchtlinge fort. Das Hilfswerk ermöglicht etwa 500.000 Kindern in 652 Schulen den Schulbesuch, betreibt 125 Krankenstationen, unterstützt 250.000 arme Flüchtlinge, kooperiert mit 102 Gemeindezentren und verwaltet ein umfangreiches Kleinstkreditprogramm. Ferner setzt es seine Nothilfe für Palästinenser in dem besetzten palästinensischen Gebiet fort, wo die Armutsquoten bei bis zu 70 Prozent liegen. So gewährte das Hilfswerk im Jahr 2004 mehr als 1,1 Millionen Palästinensern in dem besetzten palästinensischen Gebiet Nahrungsmittelhilfe. Darüber hinaus errichtete es etwa 300 neue Unterkünfte im südlichen Gaza, wo israelische Streitkräfte mehr als 730 Unterkünfte zerstört hatten. Zudem nahm das VN-Habitat ein Sonder-Siedlungsprogramm für das palästinensische Volk in Angriff. Trotz dieser Bemühungen wurde die sich verschlechternde sozioökonomische Lage der palästinensischen Bevölkerung durch Entwicklungen wie den Ausbau der von Israel im Westjordanland errichteten Barriere weiter verschärft.

167. In diesen und 27 weiteren Notsituationen unterstützt das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten die Landesteamer der Vereinten Nationen durch residierende und humanitäre Koordinatoren. 2004 förderte das Amt die Vorbereitung und den Erlass konsolidierter humanitärer Hilfsappelle für 18 Krisen. In den im November erlassenen Hilfsappellen erbat die Vereinten Nationen und ihre Partner 4,4 Milliarden Dollar für den unmittelbaren Hilfs- und Wiederaufbaubedarf von etwa 35 Millionen Menschen. Sechs Monate nach dem Erlass dieser Appelle war dieser Bedarf jedoch nur zu 38 Prozent gedeckt. Lässt man die großzügige Reaktion auf den Hilfsappell für die vom Tsunami betroffenen Gebiete außer Betracht, beträgt der gedeckte Bedarf bei den verbleibenden Appellen nur 24 Prozent. Bei acht der 14 Hilfsappelle für Afrika waren bis Mai 2005 weniger als 20 Prozent der erforderlichen Hilfe eingegangen.

168. Die Fähigkeit der Vereinten Nationen, rasch, wirksam und grundsatztreu zu reagieren, ist auch davon abhängig, wie humanitäre Krisen finanziert werden. Die Ereignisse im Berichtszeitraum lassen deutlich erkennen, dass es zahlreiche Situationen gibt, in denen Krisen schnell entstehen oder eskalieren, in denen die rasche Entsendung von Mitarbeitern in kritische Sektoren geboten ist oder in denen die Bedürfnisse in Notsituationen oder Sektoren, über die in den Medien nicht ausreichend berichtet wird, unbemerkt bleiben können, in denen aber dennoch umfangreiche Unterstützung nötig ist. Mit einer zeitnahen, adäquaten und berechenbaren Finanzierung können die Vereinten Nationen besser eine den Erfordernissen am Boden angemessene Reaktionsfähigkeit aufrechterhalten und weiterentwickeln.

169. Der rasche Wiederaufbau ist ein häufig unterfinanzierter Sektor, vor allem wenn es darum geht, den Aufbau der Kapazitäten einzelstaatlicher Institutionen zu unterstützen. Für einen dauerhaften Übergang vom Konflikt zum Frieden ist es jedoch erforderlich, die durch den Konflikt beschädigten nationalen Kapazitäten schnell wiederherzustellen. Dieses Ziel steht im Mittelpunkt mehrerer Aktivitäten des UNDP. So unterstützte das UNDP die Regierung Guinea-Bissaus bei der Einrichtung eines Wirtschaftsführungs-Notfonds als Beitrag zur Finanzierung von Beamtenegehältern, wodurch die Regierung ihrerseits Schwerpunktbeirichte der öffentlichen Verwaltung stabilisieren und die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen wiederaufnehmen konnte.

Management von Naturkatastrophen

170. Die im Zusammenhang mit Naturgefahren auftretenden Katastrophen werden immer häufiger und verheerender. Nach Untersuchungen des Forschungszentrums für Katastrophen-Epidemiologie (CRED) starben infolge von Naturkatastrophen zwischen April 2004 und April 2005 mehr als 246.000 Menschen. Weitere 157 Millionen erlitten Verletzungen, wurden vertrieben oder auf andere Weise geschädigt. Darüber hinaus kam es zu Sachschäden in Höhe von schätzungsweise 100 Milliarden Dollar, die in vielen Ländern mühsam erzielte Entwicklungserfolge zunichte machten. Die Ursache für die Zunahme der Häufigkeit und des Ausmaßes von Naturkatastrophen sind wahrscheinlich anhaltende Klimaänderungen, Umweltzerstörung und ungeplante Verstädterung sowie Folgenbegrenzungssysteme, die diesen Faktoren nicht angemessen Rechnung tragen.

171. Von den Katastrophen des vergangenen Jahres waren das Erdbeben und der Tsunami im Indischen Ozean am 26. Dezember 2004 die weitaus größten. Im unmittelbaren Anschluss an den Tsunami leitete das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten die Vorbereitung und den Erlass eines interinstitutionellen Blitzappells in die Wege, der den dringenden Bedarf von etwa 5 Millionen Menschen für sechs Monate decken sollte. Von der erforderlichen 1 Milliarde Dollar wurden bis Mai 2005 nahezu 90 Prozent zugesagt. Dank der schnellen und großzügigen Unterstützung von Regierungen und Privatpersonen aus aller Welt gelang es, die unmittelbare humanitäre Situation in den betroffenen Gebieten nach kurzer Zeit zu stabilisieren. Es kam zu keinen größeren Ausbrüchen von übertragbaren Krankheiten, und die betroffenen Gemeinden erhielten die benötigte Nahrungsmittel- und sonstige Hilfe. Da die örtliche Infrastruktur stark beschädigt war, verzögerten sich die allerersten Hilfsmaßnahmen. Dank der zur Verfügung gestellten militärischen Ressourcen aus über 17 Ländern wurde jedoch rasch eine gewaltige logistische Operation eingeleitet, die den lokalen Behörden und humanitären Organisationen die Unterstützung der betroffenen Gemeinschaften ermöglichte. Dieser Einsatz war einer der komplexesten in der Geschichte des WFP, das die Logistik im Auftrag des Systems der Vereinten Nationen über das gemeinsame Logistikzentrum koordinierte. Wenige Tage später flogen Hubschrauber Dauereinsätze, um Nahrungsmittel an die schwer getroffene Westküste Sumatras zu bringen. Bis zum 7. Januar hatte das WFP 750.000 Menschen in Sri Lanka mit Nahrungsmitteln versorgt; bis zum 3. Mai hatte es in der gesamten Region nahezu 1,9 Millionen Menschen erreicht und 90.000 Tonnen Nahrungsmittel gesandt. Das UNHCR stellte Zelte, Plastikplanen, Decken, Kochutensilien und andere Haushaltsgüter für mehr als 100.000 Menschen in Sumatra und 160.000 Menschen in Sri Lanka zur Verfügung.

172. Die WHO reagierte auf den Tsunami, indem sie eine umfassende, organisationsübergreifende Bedarfsermittlung für die Gesundheitsversorgung an der Westküste von Aceh koordinierte. In den betroffenen Gebieten wurden rasch Frühwarnsysteme eingerichtet, und der Globale Verbund zur Warnung und Reaktion bei Krankheitsausbrüchen wurde aktiviert. Kliniken, Krankenhäuser und Laboratorien gaben wöchentliche Zahlen und tägliche Warmmeldungen zu übertragbaren Krankheiten heraus. Das UNICEF verteilte Güter zur medizinischen Notversorgung für 800.000 Menschen und versorgte bis Mitte Mai 850.000 Menschen mit sauberem Trinkwasser. Ferner bauten und erneuerten das UNICEF und seine Partner sanitäre Einrichtungen für 550.000 Menschen. Etwa 400.000 Kinder wurden gegen Masern geimpft und erhielten Vitamin-A-Zusätze. Das UNICEF und seine Partner unterstützten darüber hinaus die Registrierung von unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern, die Suche nach ihnen und die Familienzusammenführung. Dank der Wachsamkeit der internationalen Gemeinschaft und der betroffenen Regierungen wurden Kinder vor Ausbeutung und Kinderhandel bewahrt.

173. Gegenwärtig vollzieht sich der Übergang von Nothilfe- zu Wiederaufbaumaßnahmen. Mit ersten Beiträgen des UNHCR in einigen Ländern und der Unterstützung des VN-Habitat haben Programme zur Wiederherstellung von Unterkünften begonnen. Die FAO ist den betroffenen Ländern dabei behilflich, die Sanierung der Sektoren Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft zu koordinieren und zu planen, wobei das Hauptaugenmerk auf die Wiederherstellung dauerhafter Existenzgrundlagen zur Steigerung der Ernährungssicherheit und der Einkommen gerichtet ist. Um den Übergang zum Wiederaufbau zu erleichtern, habe ich einen Sonderbotschafter für den Tsunami-Wiederaufbau ernannt, der bemüht ist, das Interesse der Weltöffentlichkeit wachzuhalten und die fortgesetzte weltweite Zusammenarbeit beim langfristigen Wiederaufbau sicherzustellen.

174. In Afrika wurden im Sommer 2004 trotz zahlreicher Warnungen, die schon neun Monate zuvor eingesetzt hatten, 10 west- und nordafrikanische Länder von einer massiven Invasion von Wüstenheuschrecken heimgesucht, die Millionen Hektar Ackerland gefährdete. Zum Schutz der Ernte behandelten die FAO und die Regierungen der betroffenen Länder in einer umfassenden Bekämpfungsaktion mehr als 12 Millionen Hektar befallene Flächen.

175. Zwischen August und Oktober 2004 ereigneten sich in der Karibik mehrere Hurrikane, die erhebliche Schäden anrichteten. Ivan, der seit zehn Jahren stärkste Hurrikan in dieser Region, beschädigte 90 Prozent der Häuser in Grenada und machte etwa 60.000 Menschen obdachlos. Der Hurrikan Jeanne brach über Haiti herein und forderte etwa 1.500 Todesopfer. Weitere 300.000 Menschen erlitten Verletzungen oder waren von Sachschäden betroffen. Die FAO hilft in der gesamten Region mit verschiedenen Maßnahmen bei der Wiederherstellung der land- und fischereiwirtschaftlichen Produktion, etwa mit der Reparatur von Fischereiboote, der Verteilung von Werkzeugen, Samen und Düngemitteln sowie der Sanierung der Bewässerungsinfrastruktur. Auch das UNDP unterstützt die Wiederaufbaumaßnahmen in fünf karibischen Ländern. Hauptziel dabei ist es, sicherzustellen, dass die Risiken vermieden werden, die zu der Katastrophe möglicherweise überhaupt erst beigetragen haben, wie die Bebauung stark gefährdeter Gebiete unter Anwendung ungeeigneter Konstruktionsverfahren.

176. Risikominderung durch Stärkung des Katastrophenmanagements muss ein wesentliches Ziel der internationalen Gemeinschaft sein. Zu diesem Zweck organisierten die Vereinten Nationen und die Regierung Japans im Januar 2005 in Kobe (Japan) die Weltkonferenz für Katastrophenvorsorge, aus der der Hyogo-Rahmenaktionsplan 2005-2015: Stärkung der Widerstandskraft von Nationen und Gemeinwesen gegen Katastrophen hervorging. Die Umsetzung dieses Rahmenplans in konkrete Ergebnisse wird das System der Vereinten Nationen sowie Regierungen, regionale Stellen und NGOs vor erhebliche Herausforderungen stellen. In dem Rahmenplan wird eine gezielte Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe und der einzelstaatlichen Haushalte zur Verringerung der zugrunde liegenden Risiken gefordert. Das Sekretariat der Internationalen Strategie zur Katastrophenvorsorge koordiniert die strategischen Maßnahmen zur Unterstützung nationaler und regionaler Bemühungen über die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe für Katastrophenvorsorge.

177. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten arbeitet weiter an der Verbesserung des Katastrophenmanagements und weitet dazu die Beteiligung an den Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams aus. In diesen Teams sind zunehmend Notfallmanager aus katastrophengefährdeten Ländern vertreten. Dadurch können die Vereinten Nationen die örtliche Reaktionskapazität aufbauen und eine größere Zahl von Katastrophen in kürzerer Zeit bewältigen. So entsandten die Vereinten Nationen während der Stürme in der Karibik im Jahr 2004 gleichzeitig vier dieser Teams, denen insgesamt 24 Mitglieder aus 12 Ländern und Organisationen mit drei Arbeitssprachen angehörten, in die Do-

minikanische Republik, nach Grenada, Haiti, Jamaika und zu den Kaimaninseln. Bei dem Tsunami im Indischen Ozean einige Monate später wurden fünf Katastrophenabschätzungs- und Koordinierungsteams mit insgesamt 44 Mitgliedern aus 16 Ländern und vier internationalen Organisationen nach Indonesien, zu den Malediven, nach Somalia, Sri Lanka und Thailand entsandt. Das Katastrophenmanagement und die Anstrengungen zur Risikominderung wurden auch durch die Einrichtung der Internetseite des Humanitären Frühwarnendienstes (www.hewswb.org) im Dezember 2004 auf eine solidere Grundlage gestellt. Die vom WFP im Namen des Ständigen interinstitutionellen Ausschusses entwickelte Internetseite bietet der Öffentlichkeit bequem Zugang zu Frühwarnanalysen und -prognosen für die verschiedensten Naturgefahren.

178. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass bei Naturkatastrophen auch ein Schutzbedarf für betroffene Bevölkerungsgruppen entsteht, doch wird dieser Bereich nach wie vor weitgehend vernachlässigt. Unmittelbar nach dem Tsunami beispielsweise herrschte Besorgnis über den Handel mit verwaisten Kindern. Die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften ist bestrebt, die Naturkatastrophen betreffenden Rechtsvorschriften im Rahmen eines Projekts über Katastrophenhilfe-Völkerrecht zu kodifizieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Rahmen für den Schutz der Opfer von Naturkatastrophen jedoch weniger gut entwickelt als für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten.

Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten

179. In den letzten Jahren hat sich international immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass materielle Hilfe zum Schutz des Lebens und der Existenzgrundlagen von Zivilpersonen in vielen humanitären Krisen nur ein Element der von den betroffenen Bevölkerungsgruppen benötigten Unterstützung ist. Eine Reihe von Krisen – einige regionalen Ausmaßes wie in Westafrika, andere länderspezifisch wie in Darfur – wurden als "Schutzkrisen" gewertet. Das System der Vereinten Nationen, die Mitgliedstaaten und die Zivilgesellschaft gelangten daher zunehmend zu der Einsicht, dass der bestehende internationale Rahmen erweitert werden muss, um den komplexen Notsituationen, denen wir heute gegenüberstehen, besser gerecht zu werden. Zu diesem Zweck erließen die Generalversammlung, der Wirtschafts- und Sozialrat und der Sicherheitsrat eine Reihe von Resolutionen, in denen sie die Mitgliedstaaten und andere Konfliktparteien nachdrücklich auffordern, die ihnen aus dem humanitären Völkerrecht, dem Flüchtlingsvölkerrecht und den internationalen Menschenrechten erwachsenden internationalen Verpflichtungen voll einzuhalten.

180. Immer mehr gilt es nun, den allgemeinen rechtlichen und politischen Rahmen im Feld in die Praxis umzusetzen. Ich freue mich, berichten zu können, dass im Berichtszeitraum diesbezüglich beachtliche Fortschritte erzielt wurden. Der Sicherheitsrat beispielsweise integriert Belange des Schutzes zunehmend in die Mandate von Friedenssicherungsmissionen. Vor allem aber verfügen diese Missionen nun über eine bessere personelle Ausstattung und Struktur, damit sie dem Schutzbedarf stärker gerecht werden. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten sucht mit mehreren derzeit oder früher von bewaffneten Konflikten betroffenen Ländern nach gemeinsamen Ansätzen zur Schaffung eines sichereren Umfelds für Zivilpersonen. In Uganda verständigten sich Regierung, humanitäre Organisationen, betroffene Parteien, Militär und Zivilgesellschaft auf einen einheitlichen Ansatz sowie auf gemeinsame und einander ergänzende Maßnahmen, die jeder Beteiligte ergreifen wird, um den Schutz von Zivilpersonen zu verbessern. Dies bewirkte konkrete und positive Veränderungen am Boden im nördlichen Uganda, darunter die Erweiterung des Zu-

gangs für humanitäres Personal. Im Nordkaukasus wurde ein ähnlicher Dialog aufgenommen, der Fragen des Schutzes in der Konfliktfolgezeit behandeln soll.

181. Anhand der jüngsten Entwicklungen wurde auch deutlich, wie wichtig die Zusammenarbeit mit regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen in Fragen des Schutzes ist. In Darfur beispielsweise wuchs mit der Verschärfung des Konflikts die Gefahr, dass Frauen, die Brennholz außerhalb ihrer Dörfer sammelten, vergewaltigt oder sexuell missbraucht wurden. Die Afrikanische Union, die mit dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten in Schutzfragen kooperiert, stellte ihre Beobachter und Soldaten entlang der von den Frauen genutzten Wege auf und trug so dazu bei, dass die Zahl der Vergewaltigungen und anderen Übergriffe zurückging.

182. Die Unterstützung der nationalen Regierungen in ihrem Bemühen um die Stärkung des innerstaatlichen Justizsystems und die Reform des Sicherheitssektors ist entscheidend dafür, dass die während der Krise erzielten Fortschritte in Schutzfragen konsolidiert und auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden. Im Rahmen seines Nothilfeprogramms für Darfur bildet das UNDP im Verbund mit örtlichen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen mehr als 1.400 Interessenträger in der Region aus, darunter Richter, sudanesishe NGOs und Sicherheitspersonal. Bestandteil der Ausbildung ist eine Einführung in internationale Menschenrechtsnormen, Strafrecht, humanitäres Recht, Geschlechtergerechtigkeit, Kinderschutz und Verhaltenskodizes.

Kapitel IV

Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte

Entwicklungen auf dem Gebiet der Menschenrechte

183. In der Folge zu meinem Bericht vom September 2002 "Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen" (A/57/387 und Corr.1) und der daran anschließenden "Maßnahme 2"-Initiative legte das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) größeres Gewicht auf die Stärkung nationaler Systeme zum Schutz der Menschenrechte. Dies führte zu größerem Engagement auf Landesebene, insbesondere über die Zusammenarbeit mit den Landesteams der Vereinten Nationen und den Kapazitätsaufbau für diese. In allen Teilen der Welt wurden auch weiterhin technische Zusammenarbeit und Beratende Dienste gewährt, unter besonderer Berücksichtigung der Aufstellung einzelstaatlicher Aktionspläne auf dem Gebiet der Menschenrechte, der Menschenrechtserziehung und der Verstärkung der Kapazität nationaler Menschenrechtsinstitutionen.

184. Auf ihrer Tagung im Jahr 2005 kam die Menschenrechtskommission überein, es akkreditierten nationalen Menschenrechtsinstitutionen zu gestatten, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats zu allen Tagesordnungspunkten vor der Kommission das Wort zu ergreifen. Dies ist eine bedeutende Entwicklung, die den Status der nationalen Institutionen innerhalb des internationalen Menschenrechtssystems verbessert und ihre Wirksamkeit steigert.

185. In dem Bemühen, gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen und größeren Schutz zu fördern, führte das OHCHR weiterhin Überwachungs- und Ermittlungsmissionen durch. Mit einem am 10. April 2005 unterzeichneten Abkommen zwischen der Hohen Kommissarin für Menschenrechte und der Regierung Nepals wurde ein OHCHR-Büro in Nepal mit dem breit gefassten Mandat errichtet, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern, so auch durch Überwachungstätigkeiten im ganzen Land. Die Hohe Kommissarin wird der Menschenrechtskommission, der Generalversammlung und mir in regelmäßigen Abständen analytische Berichte über die Menschenrechtssituation in Nepal vorlegen.

186. Was Sudan betrifft, so entsandte das OHCHR Mitte August 2004 als Teil des 90-Tage-Krisenaktionsplans der Vereinten Nationen Menschenrechtsbeobachter nach Darfur. In seiner Resolution 1564 (2004) genehmigte der Sicherheitsrat die Schaffung der Internationalen Untersuchungskommission für Darfur, der das OHCHR fachliche und administrative Unterstützung gewährte. Die Kommission legte mir am 25. Januar 2005 einen Bericht mit ihren Erkenntnissen vor.

187. Das OHCHR unterstützte die Untersuchungskommission in Côte d'Ivoire, die im Einklang mit dem Abkommen von Linas-Marcoussis auf Ersuchen der Regierung Côte d'Ivoires und des Sicherheitsrats in der Erklärung seines Präsidenten vom 25. Mai 2004 (S/PRST/2004/17) eingerichtet wurde. Die Kommission legte ihren Bericht im Dezember 2004 vor. Im Oktober legte die Kommission für Wahrheit und Aussöhnung in Sierra Leone, deren Tätigkeit vom OHCHR voll unterstützt wurde, dem Präsidenten Sierra Leones ihren Bericht vor. Die Umsetzung der Empfehlungen der Kommission wird vom OHCHR fortlaufend unterstützt.

188. Die Mechanismen für besondere Verfahren der Menschenrechtskommission leisteten auch weiterhin einen wertvollen Beitrag zum Schutz der Menschenrechte. So wurden der Kommission etwa 100 Berichte zu einer Vielzahl von Menschenrechtsfragen vorgelegt; über

1.000 vertrauliche Mitteilungen mit der Aufforderung zu raschem Handeln ergingen an die Regierungen von etwa 140 Ländern, und Mandatsträger statteten 40 Ländern im Rahmen ihrer Ermittlungstätigkeit Besuche ab.

189. Auf ihrer einundsechzigsten Tagung schuf die Menschenrechtskommission neue besondere Verfahren betreffend den Einsatz von Söldnern, Minderheitenfragen, die Menschenrechte und internationale Solidarität, die Menschenrechte und transnationale Unternehmen, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Bekämpfung des Terrorismus und die Menschenrechtssituation in Sudan. Nach 15-jähriger Arbeit verabschiedete die Kommission außerdem die Grundprinzipien und Leitlinien betreffend das Recht der Opfer von groben Verletzungen internationaler Menschenrechtsnormen und schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht auf Rechtsschutz und auf Wiedergutmachung. Außerdem aktualisierte die Unabhängige Sachverständige der Menschenrechtskommission für Strafflosigkeit den Grundsatzkatalog für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte durch die Bekämpfung der Strafflosigkeit.

190. Die Tätigkeit der gemäß den Menschenrechtsverträgen geschaffenen Sachverständigengremien ist auch weiterhin von ausschlaggebender Bedeutung. Zwischen August 2004 und Juli 2005 behandelten der Menschenrechtsausschuss, der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, der Ausschuss für die Rechte des Kindes, der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und der Ausschuss gegen Folter die Berichte von 94 Vertragsstaaten. Die Vertragsorgane fahren damit fort, ihre Arbeitsmethoden zu harmonisieren und zu prüfen, wie sie den Vertragsstaaten bei der Erfüllung ihrer sachbezogenen Verpflichtungen und ihrer Berichtspflichten behilflich sein können. Im vergangenen Jahr haben die Vertragsorgane außerdem weit über 100 Beschlüsse und Auffassungen zu einzelnen Fällen verabschiedet.

191. Die einundsechzigste Tagung der Menschenrechtskommission hatte zwar über 3.000 Teilnehmer, darunter die Rekordzahl von 88 hochrangigen Regierungsbeamten, die während des Tagungsteils auf hoher Ebene das Wort ergriffen, doch geben die Politisierung der Debatten der Kommission und die fehlende Auseinandersetzung mit bestimmten Situationen, in denen es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt, weiterhin Anlass zu tiefer Besorgnis. Das hohe Interesse an einer Reform kam in einer von der Kommission veranstalteten informellen Sitzung über die Abschnitte meines Berichts "In größerer Freiheit" zum Ausdruck, in denen es um Menschenrechtsfragen geht. Mitgliedstaaten aus allen Regionalgruppen ebenso wie nichtstaatliche Organisationen äußerten eine breite Vielfalt von Auffassungen zu meinen Vorschlägen, insbesondere zu der Schaffung eines neuen Menschenrechtsrats.

192. Im Anschluss an das Erscheinen des genannten Berichts stellte das OHCHR am 20. März 2005 einen Aktionsplan vor, der einen strategischen Plan zur Stärkung und besseren Zielorientierung der Tätigkeit des Amtes enthält. Das OHCHR rüstet sich weiter für ein Programm des wirksamen Dialogs und Engagements mit den Ländern, bei dem die Umsetzung im Vordergrund steht und das unter anderem durch höhere Sachkompetenz auf geografischem und thematischem Gebiet, mehr Einsätze auf regionaler und subregionaler Ebene und eine höhere Zahl von Landesbüros unterstützt werden wird. Der Schutz der Menschenrechte und die Befähigung der Menschen zur Selbsthilfe werden die Hauptziele des OHCHR sein, wenn es die Führungsrolle dabei übernimmt, die Menschenrechtsagenda aus dem Bereich der Rhetorik in die Realität zu überführen.

Internationaler Strafgerichtshof

193. Mit ihrer Resolution 58/318 billigte die Generalversammlung das Abkommen über die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und dem Internationalen Strafgerichtshof, das am 7. September 2004 von der Versammlung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs gebilligt worden war. Das Beziehungsabkommen, das am 4. Oktober 2004 in Kraft trat, bildet den rechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Gerichtshof mit dem Ziel, die wirksame Wahrnehmung ihrer jeweiligen Verantwortlichkeiten zu erleichtern.

194. Mit dem Beziehungsabkommen verpflichten sich die Vereinten Nationen, unter gebührender Berücksichtigung ihrer Verantwortlichkeiten und ihrer Zuständigkeit nach der Charta und vorbehaltlich ihrer Regeln mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten. Auf Ersuchen des Gerichtshofs oder des Anklägers können die Vereinten Nationen für die Arbeit des Gerichtshofs relevante Informationen und Unterlagen bereitstellen. Darüber hinaus können die Vereinten Nationen sich bereit erklären, auf andere Weise mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten oder ihn zu unterstützen. Das Beziehungsabkommen sieht außerdem den Abschluss von Zusatzvereinbarungen zur Umsetzung seiner Bestimmungen vor. Auf der Grundlage solcher Vereinbarungen haben die Vereinten Nationen der Anklagebehörde bereits in einigen Fällen Hilfe gewährt.

195. Mit ihrer Billigung des Beziehungsabkommens beschloss die Generalversammlung ferner, dass der Internationale Strafgerichtshof als Beobachter der Arbeit der Generalversammlung beiwohnen und daran teilnehmen kann. Alle etwaigen Kosten, die den Vereinten Nationen auf Grund der Durchführung des Beziehungsabkommens entstehen, werden der Organisation vollständig erstattet.

196. Mit seiner Resolution 1593 (2005) beschloss der Sicherheitsrat, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta, "die Situation in Darfur seit dem 1. Juli 2002 dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs zu unterbreiten". Gemäß diesem Beschluss stellte ich dem Ankläger mehrere Dokumente zur Verfügung, einschließlich eines versiegelten Umschlags mit einer Liste von Verdächtigen, den ich von dem Vorsitzenden der Internationalen Untersuchungskommission für Darfur (siehe Ziffer 186) erhalten hatte.

Internationale Ad-hoc-Strafgerichtshöfe

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

197. Während des Berichtszeitraums ergriff der Gerichtshof auch weiterhin Maßnahmen, um die Erfüllung seines Mandats bis 2010 sicherzustellen. Er leitete den Prozess der Rückübertragung von Fällen an die Staaten des ehemaligen Jugoslawien ein. Gegenwärtig sind 10 Anträge mit 18 Angeklagten anhängig. Durch die Errichtung der Kammer für Kriegsverbrechen im Staatsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina im Jahr 2005 wurden weitere Kapazitäten für die Aburteilung von Kriegsverbrechen in der Region geschaffen. Zusätzlich wurden Ermittlungsakten an den Staatsanwalt Bosnien und Herzegowinas übergeben. Auf Grund der Übertragung von Fällen an lokale Gerichte wurde Regel 11 *bis* der Verfahrens- und Beweisordnung geändert. Auch die Regeln 98 *bis* und 124 wurden geändert.

198. Mit Stand vom 23. Juni 2005 waren bei den Strafkammern des Gerichtshofs sechs Verfahren mit insgesamt neun Angeklagten anhängig. Gleichzeitig befanden sich 30 weitere Fälle mit 51 Angeschuldigten in der Vorverfahrensphase. Die Strafkammern fällten insgesamt drei Urteile, die Berufungskammer vier. Zum 23. Juni 2005 waren 58 Personen in der

Haftanstalt des Gerichtshofs in Gewahrsam, und weitere 21 Personen befanden sich vorläufig auf freiem Fuß. Der Gerichtshof überstellte drei Verurteilte zur Verbüßung ihrer Strafe an Dänemark, Spanien beziehungsweise das Vereinigte Königreich. Eine Rekordzahl von 23 Beschuldigten wurde während des Zeitraums von Oktober 2004 bis April 2005 von dem Gerichtshof in Gewahrsam genommen. Die Zahl der noch auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten ist damit auf 10 zurückgegangen. Darunter befinden sich allerdings noch immer hochrangige Amtsträger wie Radovan Karadžić und Ratko Mladić, die seit nahezu 10 Jahren auf freiem Fuß sind. In dieser Hinsicht ist die Kooperation der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der Staaten des ehemaligen Jugoslawien weiterhin unverzichtbar, um die Beschuldigten vor Gericht zu stellen. Trotz alledem macht der Gerichtshof weiter Fortschritte bei der Erfüllung seines Mandats, das darin besteht, zu gewährleisten, dass alle 163 Beschuldigten vor Gericht gestellt werden.

Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda

199. Mit der bisher höchsten Zahl laufender Verfahren arbeiten die Strafkammern gegenwärtig auf Hochtouren. Dank des vollen Einsatzes der neun Ad-litem-Richter, die neben den neun ständigen Richtern tätig sind, sowie eines vierten, von den Regierungen Norwegens und des Vereinigten Königreichs finanzierten Gerichtssaals konnte der Gerichtshof eine wachsende Zahl von Fällen abschließen. Gegen 25 Angeklagte ergingen Urteile, und gegen 25 weitere laufen Verfahren. In zwei dieser Verfahren mit 10 Angeklagten ist die Verteidigung im Begriff, ihr Beweismaterial vorzulegen. In einem weiteren Verfahren mit vier Angeklagten hat der Ankläger alle Zeugen aufgerufen. Sechzehn Personen befinden sich in Untersuchungshaft. Ihre Verfahren werden anlaufen, sobald die Kapazität der Strafkammern dies zulässt. Die Berufungskammer fällte während des Berichtszeitraums drei Urteile betreffend vier Angeklagte sowie eine Vielzahl von Zwischenentscheidungen.

200. Die Anklagebehörde schloss ihre Ermittlungen in Bezug auf die Personen ab, die im Verdacht stehen, Völkermordhandlungen verübt zu haben. Es wird erwartet, dass die letzten Anklageschriften bis Mitte 2005 zur Bestätigung an die Kammern gehen. Mit der von dem Ankläger im Februar 2005 vorgenommenen Übergabe von 15 Schriftsätzen zu Personen, gegen die Ermittlungen im Gange waren, an die Regierung Ruandas hat der Prozess der Übertragung von Fällen an die innerstaatliche Gerichtsbarkeit begonnen. Größere Anstrengungen werden unternommen, um flüchtige Personen aufzuspüren und festzunehmen. Die Fahndungsgruppe der Anklagebehörde wurde neu organisiert und verstärkt und ihre Arbeitsweise revidiert. Es besteht ein aktives Programm mit dem Ziel, mittels Kontakten, die der Ankläger mit Behörden in verschiedenen Ländern aufnimmt, die Zusammenarbeit mit den Staaten zu erweitern.

201. Durch die Betreuung der anderen Organe des Gerichtshofs und der Verteidigung gewährt die Kanzlei auch weiterhin standhafte Unterstützung zu Gunsten des Rechtssprechungsprozesses. Sie bemüht sich im Interesse des reibungslosen Ablaufs der Verfahren außerdem um den Beistand von Staaten beziehungsweise internationalen Institutionen. Mit Staaten und Institutionen werden Vereinbarungen geschlossen, um die nicht durch den ordentlichen Haushalt gedeckten Tätigkeiten zu finanzieren, die Verbringung von Zeugen und ihre Sicherheit zu gewährleisten und Orte zu finden, an denen verurteilte Personen ihre Strafe verbüßen werden.

Sondergerichtshof für Sierra Leone

202. Beim Sondergerichtshof für Sierra Leone, der nun in sein viertes Tätigkeitsjahr geht, sind Strafverfahren gegen alle neun in Freetown in Gewahrsam befindlichen Personen im Gang. Am 17. Januar 2005 wurden drei Richter zur zweiten Strafkammer ernannt, und das Verfahren gegen den Revolutionsrat der Streitkräfte wurde am 7. März eröffnet. In der Zwischenzeit behandelt die erste Strafkammer auch weiterhin abwechselnd die Verfahren gegen die Zivilverteidigungskräfte und die Revolutionäre Einheitsfront, die am 3. Juni beziehungsweise am 5. Juli 2004 begannen. Zwei weitere Fälle sind noch bei dem Gerichtshof anhängig. Der Aufenthaltsort von Johnny Paul Koroma, dem Vorsitzenden des Revolutionsrats der Streitkräfte, ist nach wie vor unbekannt. Charles Taylor trat am 11. August 2003 von seinem Amt als Präsident Liberias zurück und hält sich seither in Nigeria auf.

203. Im Oktober 2004 verabschiedete der Gerichtshof seine Arbeitsabschlußstrategie, die der Präsident dem Sicherheitsrat am 24. Mai 2005 vorlegte. Der Kanzler unterzeichnete mit zwei Ländern Vereinbarungen über die Strafvollstreckung, und mit einer Reihe weiterer Länder sind die Verhandlungen noch im Gang. In der Phase nach dem Abschluss wird der Gerichtshof, der dann nicht mehr in seiner gegenwärtigen Form besteht und nicht mehr über seine jetzige Kapazität verfügt, bestimmte "Restaktivitäten" fortsetzen.

204. Bislang hat der Gerichtshof von 33 Staaten etwa 54,9 Millionen Dollar an freiwilligen Beiträgen erhalten, gegenüber einem Vierjahreshaushalt von 104 Millionen Dollar. Um die Deckungslücke bei den freiwilligen Beiträgen zu schließen, bemühte ich mich für den Zweijahreszeitraum 2004-2005 um eine Subvention von bis zu 40 Millionen Dollar. In ihrer Resolution 59/276 ermächtigte mich die Generalversammlung, zur Ergänzung der Finanzmittel des Gerichtshofs für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2005 Verpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 20 Millionen Dollar einzugehen. In meinem Bericht vom 18. April 2005 (A/59/534/Add.4) schlug ich eine zusätzliche Subvention von bis zu 13 Millionen Dollar zur Finanzierung der ersten sechs Monate des vierten Jahres der Tätigkeit des Gerichtshofs bis Dezember 2005 vor und erklärte meine Absicht, eine weitere Subvention von bis zu 7 Millionen Dollar für den Gerichtshof für 2006 vorzuschlagen. Am 22. Juni 2005 verabschiedete die Generalversammlung die Resolution 59/294, in der sie für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2005 eine Verpflichtungsermächtigung von bis zu 13 Millionen Dollar genehmigte.

Stärkung der Herrschaft des Rechts

205. Am 6. Oktober 2004 hielt der Sicherheitsrat eine öffentliche Sitzung ab, um meinen Bericht über Rechtsstaatlichkeit und Aufarbeitung von Unrecht in Konflikt- und Postkonfliktgesellschaften (S/2004/616) zu erörtern. Der Rat betonte, wie wichtig und dringlich es ist, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit in Postkonfliktgesellschaften wiederherzustellen, nicht nur, um ihnen bei der Bewältigung vergangenen Unrechts zu helfen, sondern auch, um die nationale Aussöhnung zu fördern und einen Rückfall in den Konflikt zu verhindern. Der Rat unterstrich, dass es geboten ist, Lösungen auf die örtlichen Gegebenheiten zuzuschneiden, und, was noch wichtiger ist, lokale Akteure einzubeziehen. Er hob demzufolge die Notwendigkeit hervor, die gesamte Bandbreite der Mechanismen zur rechtsstaatlichen Vergangenheitsbewältigung in Betracht zu ziehen, nicht nur die Gerichte. Was schließlich konkrete Maßnahmen anbelangt, so forderte der Rat das Sekretariat nachdrücklich auf, Vorschläge zur Umsetzung der verschiedenen praxisorientierten Empfehlungen in meinem Bericht abzugeben.

206. Im Laufe des vergangenen Jahres war ich weiterhin bemüht, die notwendigen Vorkehrungen für das Inkrafttreten des Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und der Königlichen Regierung Kambodschas über die nach kambodschanischem Recht durchzuführende Verfolgung der in der Zeit des Demokratischen Kampuchea begangenen Verbrechen zu schaffen. Im Dezember 2004 entsandte ich eine dritte Planungsmission nach Phnom Penh, um die Ermittlung der voraussichtlichen Erfordernisse der Außerordentlichen Kammern abzuschließen.

207. Am 28. März berief ich eine Beitragsankündigungskonferenz ein, um die 43 Millionen Dollar aufzubringen, die zur Finanzierung der Verpflichtung der Vereinten Nationen nach dem Abkommen benötigt werden, und erhielt Beiträge und Beitragszusagen, die ausreichten, um die Zahlungsverpflichtungen der Organisation zu decken. Am 28. April unterrichtete ich daher die Regierung Kambodschas davon, dass die Vereinten Nationen die sie betreffenden rechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt hätten, und das Abkommen trat sodann am folgenden Tag in Kraft.

208. Auf das Ersuchen der Regierung Burundis hin, der Sicherheitsrat möge eine internationale gerichtliche Untersuchungskommission einsetzen, wie in dem Abkommen von Arusha für Frieden und Aussöhnung in Burundi vorgesehen, entsandte ich eine Lagebeurteilungsmmission mit dem Auftrag, zu prüfen, ob es ratsam und durchführbar ist, eine solche internationale Kommission einzurichten, um die Wahrheit ans Licht zu bringen und die Verantwortlichen für die in Burundi seit seiner Unabhängigkeit begangenen Verbrechen des Völkermords, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vor Gericht zu stellen. Die Lagebeurteilungsmmission empfahl die Schaffung eines doppelten Mechanismus: einer nicht-gerichtlichen Rechenschaftsinstanz in Form einer Wahrheitskommission und einer gerichtlichen Rechenschaftsinstanz in Form einer Sonderkammer innerhalb des Gerichtssystems Burundis.

209. Für Sudan setzte ich im Einklang mit Sicherheitsratsresolution 1564 (2004) eine internationale Untersuchungskommission mit dem Auftrag ein, Berichte über Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und gegen die Menschenrechte in Darfur durch alle Parteien umgehend zu untersuchen, außerdem festzustellen, ob Völkermordhandlungen stattgefunden hatten oder nicht, und die Urheber solcher Verstöße zu ermitteln, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. In ihrem Bericht (S/2005/60) befand die Kommission, dass es sich bei den in Darfur verübten Verbrechen nicht um Völkermord handele, und wertete sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Fernerhin empfahl sie dem Sicherheitsrat, die Situation in Darfur dem Internationalen Strafgerichtshof zu unterbreiten.

210. In Bezug auf Timor-Leste setzte ich am 11. Januar 2005 eine unabhängige Sachverständigenkommission ein, die die Strafverfolgung der 1999 in Timor-Leste verübten schweren Menschenrechtsverletzungen prüfen und die von dem indonesischen Ad-hoc-Menschenrechtstribunal in Jakarta sowie von der Abteilung für schwere Verbrechen und den Sondergerichten für schwere Verbrechen in Dili erzielten Fortschritte bewerten sollte. Die vom OHCHR unterstützte Kommission legte am 26. Mai 2005 ihren Bericht vor.

211. Im Einklang mit dem Ziel, die Herrschaft des Rechts auf internationaler Ebene voranzubringen und zu umfassenderer Beteiligung an dem Rahmenwerk der multilateralen Verträge anzuregen, leitete ich im Jahr 2000 jährliche "Zeremonien der Verträge" ein. Im März lud ich die Regierungen zur Teilnahme an der diesjährigen Veranstaltung "Fokus 2005: Antwort auf globale Herausforderungen" ein, die während der Plenartagung auf hoher Ebene der sechzigsten Tagung der Generalversammlung stattfinden soll. Während des Berichtszeitraums kamen zu den bei mir bereits hinterlegten 506 aktiven Verträgen drei neue multilate-

rale Verträge hinzu. Darüber hinaus traten 11 Verträge in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Fernmeldewesen und Verkehr in Kraft.

212. Eine von der Universität der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit dem Bereich Rechtsangelegenheiten veranstaltete Sachverständigentagung kam zu dem Ergebnis, dass die realen Fortschritte in der internationalen Strafrechtspflege mitunter durch den Druck der aktuellen Probleme in den Hintergrund gedrängt werden. Vor 15 Jahren hätte kein politischer Führer Grund gehabt, eine internationale Strafverfolgung zu befürchten. Heute kann keiner dieser Führer mehr auf Straflosigkeit vertrauen. Dies stellt einen erstaunlichen Fortschritt dar, der in einem historisch bemerkenswert kurzen Zeitraum erzielt wurde.

Rechtsangelegenheiten

213. Auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung verabschiedete die Generalversammlung im Konsens das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunitäten der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit (Resolution 59/38) und das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung von Akten des Nuklearterrorismus (Resolution 59/290). Die Verabschiedung des letztgenannten Übereinkommens stellt einen bedeutenden Schritt nach vorn bei der Stärkung des völkerrechtlichen Rahmens zur Terrorismusbekämpfung dar. Des Weiteren billigte die Generalversammlung am 8. März die Erklärung der Vereinten Nationen über das Klonen von Menschen (Resolution 59/280) und schloss damit ihre Erörterung eines hoch komplexen Themas ab, das sich seit 2001 auf ihrer Tagesordnung befunden hatte.

214. Was das Seerecht angeht, so erörterte der Offene informelle Beratungsprozess der Vereinten Nationen über Ozeane und Seerecht auf seiner sechsten Tagung die Fischerei und ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Auf seiner ersten Tagung im Januar 2005 richtete das Netzwerk der Vereinten Nationen für Ozeane und Küstengebiete, der allgemeine Mechanismus für die interinstitutionelle Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Meeresangelegenheiten, vier Arbeitsgruppen ein, die sich unter anderem mit der Tsunami-Katastrophe und mit der biologischen Vielfalt in Meeresgebieten außerhalb des nationalen Hoheitsbereichs befassen. Eine wichtige Initiative war die Schaffung eines neuen Teams für den Kapazitätsaufbau, das ein Ausbildungshandbuch zu Artikel 76 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen sowie über die Vorlage der Unterlagen für die Kommission zur Begrenzung des Festlandssockels erarbeitete.

215. Während des vergangenen Jahres gewährte der Bereich Rechtsangelegenheiten auch weiterhin Rechtsberatung und Hilfe in Bezug auf eine breite Vielfalt von Tätigkeiten der Organisation. Was die Präsenz der Vereinten Nationen in Irak angeht, beriet mich der Bereich zu Fragen, die sich aus dem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad am 19. August 2003 ergaben, zu dem Abschluss des Programms "Öl für Lebensmittel", darunter auch zu Fragen im Zusammenhang mit dem Unabhängigen Untersuchungsausschuss, sowie zu der Tätigkeit der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak. In Bezug auf die Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen im Allgemeineren gewährte der Bereich auch weiterhin Beratung und Hilfe betreffend die Auslegung und Durchführung der Mandate, die Aufstellung der Einsatzrichtlinien und die Aushandlung und Durchführung von Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen.

216. Die Abteilung Internationales Handelsrecht gewährte Unterstützung bei der Annahme eines Rechtsleitfadens über Insolvenzrecht, der den Ländern dabei behilflich sein soll, faire und transparente Systeme für das Verfahren bei Unternehmenskonkursen aufzustellen. In internen Angelegenheiten trug der Bereich Rechtsangelegenheiten zu einer umfassenden Überprüfung der Allgemeinen Vertragsbedingungen der Vereinten Nationen bei, half bei der

Ausarbeitung allgemeiner Grundsätze für die Annahme kostenfreier Güter und Dienstleistungen, erstellte Leitlinien für die Nutzung von Ressourcen und Daten der Informations- und Kommunikationstechnologien, überarbeitete die Finanzordnungen bestimmter Fonds der Vereinten Nationen und vertrat den Generalsekretär vor dem Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen.

Kapitel V

Management

Verwaltung und Management

217. Die Organisation legte weiterhin großes Gewicht auf eine stärkere Kundenorientierung bei der Erbringung von Dienstleistungen und führte Maßnahmen zu Erzielung besserer Ergebnisse in allen Bereichen durch, wobei ein Schwerpunkt erneut auf der Rechenschaftspflicht lag, sowohl durch Leistungsmessung als auch durch verstärkte Berichterstattung. Im Rahmen der Bemühungen um die Erhöhung der Rechenschaftspflicht durch wirksamere Berichterstattung über die Umsetzung der von den Aufsichtsorganen abgegebenen Empfehlungen und durch die Analyse der Entscheidungen des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen wurden die entsprechenden Aufgabenbereiche der Hauptabteilung Management gestrafft und konsolidiert.

218. Der von der Organisation ausgerichtete Gipfel von Führungspersönlichkeiten des Globalen Paktes im Juni 2004 ließ die paradoxe Tatsache deutlich werden, dass auch das Sekretariat selbst mehr tun könnte, um die volle Übereinstimmung seiner eigenen Verwaltungspraktiken mit den Grundsätzen des Globalen Paktes sicherzustellen. Die Hauptabteilung Management berief demzufolge eine Arbeitsgruppe ein, die Maßnahmen traf, um Veränderungen in den Lieferantenbeziehungen und beim Gebäudemanagement herbeizuführen und praktische Maßnahmen in Bezug auf die Investitionen der Pensionskasse und die Personalpolitik zu untersuchen, durch die die treuhänderische Verantwortung, unsere eigenen Vorschriften und die Grundsätze des Globalen Paktes miteinander in Einklang gebracht würden.

219. Die Organisation schuf neue Kapazitäten und traf konkrete Maßnahmen, um die Sicherheit des Personals und des Eigentums der Vereinten Nationen zu gewährleisten. In institutioneller Hinsicht am bedeutsamsten war die im Anschluss an einen internen Überprüfungsprozess und umfangreiche Gespräche mit den Mitgliedstaaten vorgenommene Zusammenfassung der Sicherheitsaufgaben der Vereinten Nationen in einer neuen Hauptabteilung Sicherheitsfragen. Ein Sicherheitsplan für das Personal wurde aufgestellt und im Amtssitzkomplex in Kraft gesetzt, fälschungssichere holografische Zugangsausweise wurden eingeführt, an allen Dienstorten wurde ein Krisenmanagementplan in Kraft gesetzt, und alle Fenster im Sekretariatsgebäude und in den Nebengebäuden in New York wurden mit Splitterschutzfolien beschichtet.

220. Mehrere Übungen für den Gefahrenfall, darunter eine vollständige Evakuierung, dienten dazu, den aktualisierten und in seiner Gültigkeit bestätigten Krisenmanagement-Einsatzplan für den Amtssitzkomplex zu erproben. Im Laufe dieses Jahres wird der Gebäudekomplex der Vereinten Nationen alle Mindestnormen der operationellen Sicherheit erfüllen. Mit Sicherheit ist mehr verbunden als greifbare Präventivmaßnahmen, und in diesem Sinne stellte die Organisation die Mittel bereit, um 40 ausgewählte leitende Mitarbeiter, die an ihren Dienstorten für die Sicherheit verantwortlich sind, und ihre Sicherheitsmanagementteams zu schulen. Darüber hinaus führten die Beratungsdienste in 34 Ländern Missionen zur Erteilung von Stressbewältigungstraining durch und gewährten 3.500 Bediensteten beziehungsweise deren Angehörigen persönliche Stressberatung.

Gemeinsame Unterstützungsdienste

221. Die Organisation nutzte auch weiterhin Gelegenheiten, um durch Mengenrabatte Kosten zu sparen und durch geänderte Verfahrensabläufe die Effizienz der Dienstleistungen zu steigern. Das neu geschaffene Interinstitutionelle Reise-Netzwerk fördert eine globale Vereinbarung für Flugreisen, die mit einer großen internationalen Fluglinie geschlossen wurde und die erstmals Rabatte für kleinere Dienststellen möglich macht. Die Postverwaltung der Vereinten Nationen konnte durch die Einführung des elektronischen Handels für ihre Philatelieprodukte und durch andere Innovationen erstmals seit 1994 Gewinne erzielen. Mit dem Ausbau des neuen Marktprofils der Postverwaltung wird eine weitere Einnahmensteigerung erwartet.

Strategie für Informations- und Kommunikationstechnologie

222. Im Zuge der laufenden Bemühungen um die Modernisierung der Weitverkehrsnetz-Infrastruktur wurde die Netzwerkausstattung im Sekretariatsgebäude auf den neuen Standard angehoben, und die Pläne für die Aufrüstung der elektrischen Anlagen in den Nebengebäuden wurden fertiggestellt. Im ersten Quartal 2005 waren die Dienststellen am Amtssitz ebenso wie außerhalb des Amtssitzes zur Nutzung dieser außerordentlich kostenwirksamen Methode bereit, die eine engere Zusammenarbeit zwischen Dienststellen in der ganzen Welt ermöglicht. Sobald diese Verbesserungen abgeschlossen sind, kann die Organisation mit der Konsolidierung von Verwaltungsfunktionen beginnen, die derzeit noch dezentralisiert sind und in allen Außenstellen repliziert werden. Durch die Bildung des Projektprüfungsausschusses für Initiativen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie werden alle Dienststellen einem Prozess unterzogen, der die Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsanalyse zur Rechtfertigung von Investitionen und zur Gewährleistung der Einhaltung technischer Normen vorsieht. Unsere Informatiker optimierten das sekretariatsweite Intranet und schufen einen neuen Intranet-Auftritt mit dem Ziel, die Produktivität und Effizienz des Personals zu erhöhen, indem sie den Organisationseinheiten ermöglichten, auch ohne technische Spezialkenntnisse Informationen auszutauschen.

Personalmanagement

223. Der Hauptschwerpunkt lag auf der weiteren Integration und umfassenderen Anwendung der Grundsätze der Reform des Personalmanagements im Sekretariat. Erhöhte Aufmerksamkeit galt Fortschritten in Bezug auf die geografisch und geschlechtlich ausgewogene Vertretung, der Harmonisierung der Beschäftigungsbedingungen des Personals in Feld-einsätzen, der Straffung der Verwaltungsverfahren und Effizienzsteigerungen bei bestehenden IT-Systemen im Personalbereich, wie dem elektronischen Leistungsbeurteilungssystem und dem elektronischen Stellenbesetzungssystem "Galaxy". Im Rahmen der verbesserten interinstitutionellen Zusammenarbeit betreffend HIV/Aids-Fragen wurden für Personal des Sekretariats sowie der Fonds, Programme und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Orientierungsveranstaltungen über HIV/Aids am Arbeitsplatz konzipiert und durchgeführt. Ein neues Programm für hochrangige weibliche Führungskräfte sowie neue Instrumente zur Organisationsentwicklung, die effektive Manager und Abteilungen als Vorbilder vorstellen, wurden eingeführt.

224. Die Vorbereitungen für die Mobilität, darunter eine umfassende sekretariatsweite Kommunikationskampagne, ein planmäßiges Versetzungsprogramm auf freiwilliger Grundlage, Fragen der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und die Entwicklung von Lauf-

bahnförderungsprogrammen, nahmen eine wichtige Vorrangstellung ein. Die Überwachung des Personalwesens wurde gestärkt, wie aus der Aufstellung von Personal-Aktionsplänen für 26 Hauptabteilungen und Bereiche ersichtlich ist. Die Anwendung delegierter Befugnisse für die Personalverwaltung wurde in sechs Hauptabteilungen und Bereichen sowie bei zwei Gerichtshöfen und drei Friedenssicherungsmissionen vor Ort überwacht.

Sanierungsgesamtplan

225. Während umfangreiche technische Arbeiten an der Gestaltung, Bauplanung und Büroflächen-Programmierung im Zusammenhang mit der dringenden und unvermeidlichen Renovierung des Amtssitzkomplexes weitergingen, wurden viele der Annahmen, die dem von der Generalversammlung im Jahr 2003 genehmigten Vorhaben des Sanierungsgesamtplans und den damit verbundenen Kostenansätzen zugrunde liegen, durch ein politisches und finanzielles Kräftespiel in Frage gestellt. Die Renovierung des Kernkomplexes kann nur voranschreiten, wenn eine vorübergehende Unterbringung – ein "Ausweichquartier" – für Personal und Tätigkeiten, darunter für die Aufgaben des Sekretariats und für den Konferenzbetrieb, beschafft wird, doch scheint der ursprünglich vorgeschlagene Standort nicht verfügbar zu sein. Eine Reihe von Alternativen wird zurzeit sondiert. In der Zwischenzeit soll die Generalversammlung einen Beschluss über das Kreditangebot des Gastlandes über 1,2 Milliarden Dollar fassen, verbunden mit der von mir erbetenen Ermächtigung, ein Abkommen zu schließen, das den Vereinten Nationen vollen Ermessensspielraum bei der Aufnahme und Inanspruchnahme von Mitteln lässt.

Finanzmanagement

226. Die Struktur des Haushaltsverfahrens der Vereinten Nationen wird nach und nach logischer, was mit erheblichen Vorteilen für die strategische Planung verbunden ist. Die Koordinierung der Aufstellung des neuen Haushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 2006-2007 ist klar an den neuen Zweijahres-Programmplan geknüpft. Planungs- und Haushaltsverfahren wurden angeglichen und vereinfacht, indem sowohl für den Haushaltsplan als auch den Zweijahres-Programmplan der gleiche logische Rahmen, nämlich das ergebnisorientierte Haushaltsverfahren, verwendet wurde. Für Programmleiter spielte die Haushalts-Webseite nach wie vor eine wichtige Rolle, indem sie die Verfügbarkeit wichtiger Planungs- und Haushaltsdaten sicherstellte.

227. Was die Friedenssicherungshaushalte angeht, so enthielten die Haushaltspläne für die Finanzperiode 2004-2005 messbarere Zielerreichungsindikatoren und Produkte sowie bessere Verbindungen zwischen den ergebnisorientierten Haushaltsrahmen und dem Ressourcenbedarf. Die Haushaltspläne der Friedenssicherungseinsätze wiesen erstmals aus, wie viel Personal – Militär-, Polizei- und Zivilpersonal, das durchschnittlich 69 Prozent der Gesamtressourcen ausmacht – einzelnen Programmkomponenten zuzurechnen ist. Abweichungen im Personalbestand wurden unter Hinweis auf spezifische Elemente der ergebnisorientierten Haushaltsrahmen gerechtfertigt. Des Weiteren wurden für den Unterstützungsanteil von Friedenssicherungshaushalten messbare Produkte für jede der wichtigsten Kategorien operationeller Kosten (beispielsweise Gebäude, Bodentransport, Lufttransport, Informationstechnologie und Fernmeldewesen) identifiziert.

228. Auf einem weiteren Gebiet mit Auswirkungen auf Feldeinsätze wurde die erste Phase eines umfassenden Kassenverwaltungsprojekt durchgeführt, nämlich die Automatisierung der Auszahlungen. Für die Auslandskonten des Amtssitzes, die das SWIFT-Netzwerk für in-

ternationalen Zahlungsverkehr nutzen, wurden die elektronischen Systeme aufgerüstet und integriert. Darüber hinaus hat der Finanzdienst ein Paket an Maßnahmen durchgeführt, um Friedenssicherungseinsätzen dabei behilflich zu sein, die lokalen Bankgebühren zu reduzieren, alternative Wege für den Transport von Geld durch Bedienstete der Vereinten Nationen in die Einsatzgebiete und innerhalb derselben zu erschließen und die Versicherungsprämien für Geldtransporte zu reduzieren.

229. Innerhalb des Sekretariats legten die Abteilungen für Rechnungswesen und Gehaltsbuchhaltung bei ihren Dienstleistungen für das Personal das Gewicht auf Kundenorientierung. Die Verfahren zur Prüfung und Konsolidierung von Daten wurden verbessert, was die Erstellung der abschließenden zusammengefassten Rechnungsabschlüsse erleichterte, und neue Systeme für Steuerrückerstattungen und vierteljährliche Steuervorauszahlungen wurden eingerichtet.

Finanzlage

230. Die Finanzlage der Vereinten Nationen ist nach wie vor sehr prekär. Obwohl die Rückstände bei den Beiträgen zu dem ordentlichen Haushalt und den Ad-hoc-Gerichtshöfen 2004 niedriger waren, blieben Beiträge in beträchtlicher Höhe, zu deren Entrichtung die Mitgliedstaaten rechtlich verpflichtet sind, unbezahlt. In der Folge kam es regelmäßig zur Erschöpfung unserer Rücklagen, und die Organisation konnte nicht umhin, die Kostenrückerstattung an die Mitgliedstaaten, die Truppen und Gerät für Friedenssicherungseinsätze gestellt hatten, zu verzögern. Ferner sah sich die Organisation gelegentlich gezwungen, für den ordentlichen Haushalt, die Ad-hoc-Gerichtshöfe und einige laufende Friedenssicherungseinsätze Anleihen bei den Konten abgeschlossener Friedenssicherungseinsätze aufzunehmen. Diese Praxis ist an sich schon nicht erstrebenswert, und darüber hinaus sind die Mittelbestände in diesen Konten begrenzt und nehmen in dem Maße ab, wie den Mitgliedstaaten die überschüssigen Mittel rückerstattet werden. Die fortdauernde Finanzmisere der Organisation lässt sich dadurch lösen, dass die Mitgliedstaaten ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Vereinten Nationen vollständig und rechtzeitig erfüllen.

Sicherheit des Personals der Vereinten Nationen

231. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Feld sind die Bediensteten der Vereinten Nationen auch weiterhin schwerwiegenden, oftmals eskalierenden Bedrohungen ausgesetzt. In Afghanistan beispielsweise wurden Bedienstete entführt, ermordet oder zu Opfern improvisierter Sprengkörper. Eine Situation, bei der Bedienstete der Vereinten Nationen in Afghanistan lange Zeit als Geiseln gehalten wurden, wurde im Oktober und November 2004 erfolgreich beigelegt. Ebenfalls im November ließ die zugespitzte Sicherheitssituation in Côte d'Ivoire die Umsiedlung von Familienangehörigen und die Evakuierung von nicht unverzichtbaren Mitarbeitern der Vereinten Nationen erforderlich werden. Im Februar 2005 wurden neun Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen in Bunia (Demokratische Republik Kongo) brutal ermordet. Im vergangenen Jahr waren die bei der Krise in Darfur (Sudan) eingesetzten humanitären Helfer in einem höchst risikoreichen Umfeld tätig. Freiheitsentziehungen, Geiselnahme, Mord und Plünderung von Hilfsgütern kennzeichnen die dortigen Sicherheitsverhältnisse in zunehmendem Maße.

232. Vor diesem Hintergrund konkretisierten sich die von mir seit langem unternommenen Bemühungen um die Stärkung der Sicherheitsstruktur der Vereinten Nationen durch die Schaffung der Hauptabteilung Sicherheitsfragen, die für die Sicherheit von über 100.000 Be-

diensteten der Vereinten Nationen und schätzungsweise 300.000 Familienangehörigen an mehr als 150 Dienstorten weltweit zuständig ist. Mein Bericht an die neunundfünfzigste Tagung der Generalversammlung über ein verstärktes und einheitliches System für das Sicherheitsmanagement der Vereinten Nationen wurde von der Generalversammlung mit Resolution 59/276 unterstützt, durch die mit Wirkung vom 1. Januar 2005 die Hauptabteilung Sicherheitsfragen eingerichtet wurde. In der neuen Hauptabteilung, der ein Untergeneralsekretär vorsteht, gehen das vormalige Büro des Sicherheitskoordinators der Vereinten Nationen, der Wach- und Sicherheitsdienst und der Sicherheitsanteil der Hauptabteilung Friedenseinsätze auf.

233. Die Hauptabteilung Sicherheitsfragen hat die Aufgabe, die Führung, operative Unterstützung und Aufsicht für das System für das Sicherheitsmanagement bereitzustellen, um die möglichst gefahrlose und effiziente Abwicklung der Programme und Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen zu erleichtern. Unter der Führung des neuen Untergeneralsekretärs, der sein Amt im Februar 2005 antrat, wird alles getan, um die wesentlichen Bestandteile der Hauptabteilung bis zur sechzigsten Tagung der Generalversammlung einzurichten und einsatzfähig zu machen. Übergreifendes Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass die Hauptabteilung über die operative Fähigkeit verfügt, den Vereinten Nationen an den schwierigsten Einsatzorten der Welt die Wahrnehmung ihres Mandats zu ermöglichen.

234. In ihrer Resolution 59/276 nannte die Generalversammlung konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit des Systems der Vereinten Nationen, wozu Sicherheitsvorkehrungen im Feld an allen Dienstorten weltweit sowie die Zusammenfassung der einzelnen Sicherheitsstrukturen zur Hauptabteilung Sicherheitsfragen zählten. Zu den derzeit laufenden strukturellen Veränderungen gehören die Schaffung eigener Kapazitäten für Grundsatzentscheidungen, Planung und Koordinierung; Vollzug, Evaluierung und Überwachung sowie Ausbildung und Standardisierung und ferner die Stärkung der Gruppe Posttraumatische Stressbewältigung. Die Verwaltungskapazität der Hauptabteilung wird durch die Schaffung einer Verwaltungsstelle gestärkt. Eine Abteilung Wach- und Sicherheitsdienste am Amtssitz wurde eingerichtet, um großen Dienstorten und Regionalkommissionen Grundsatz- und operative Leitlinien vorzugeben und Personenschutzaufgaben zu koordinieren. Eine Abteilung Regionale Einsätze, die über erhöhte Kapazitäten zur Bedrohungs- und Risikobewertung und ein rund um die Uhr operierendes Kommunikationszentrum verfügt, wird die Vereinten Nationen besser in die Lage versetzen, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten.

Rechenschaftspflicht und Aufsicht

235. Im Anschluss an die Fünfjahresüberprüfung des Mandats des Amtes für interne Aufsichtsdienste verabschiedete die Generalversammlung in ihrer Resolution 59/272 neue Maßnahmen mit dem Ziel, die Unabhängigkeit und den Berichterstattungsmechanismus des Amtes zu stärken. Zusammen mit der von mir angekündigten Einrichtung eines Ausschusses für Managementaufsicht und anderen Initiativen zur Stärkung der Integrität, der Rechenschaftspflicht und der Aufsicht schafft dies solide Grundlagen für einen verbesserten internen Verwaltungsrahmen für die Organisation. Darüber hinaus war das Amt für interne Aufsichtsdienste dabei behilflich, die ersten Leitlinien der Organisation für den Schutz von Informanten über Missstände zu entwerfen, die unter anderem die Schaffung eines Ethik-Büros vorsehen, das Berichte über Vergeltungsmaßnahmen oder Drohungen gegen Beschwerdeführer und Zeugen, die bei einer Untersuchung kooperieren, entgegennehmen soll.

Überwachung, Evaluierung und Beratung

236. Das Amt für interne Aufsichtsdienste fuhr mit der Stärkung der Überwachung und Evaluierung im Kontext des ergebnisorientierten Managements fort, unter anderem durch die Erteilung von Schulungen und die Bereitstellung eines Evaluierungshandbuchs auf seiner Internetseite. Das Amt richtete eine sekretariatsweite Arbeitsgruppe für Überwachung und Evaluierung ein, die der Stellvertretenden Generalsekretärin Vorschläge zur Stärkung und Überwachung des Programmvollzugs und der Programmevaluierung unterbreitete, die auch in dem Bericht des Amtes an die Generalversammlung (A/60/73) enthalten sind, der in Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Inspektionsgruppe verfasst wurde.

237. In der von ihm durchgeführten Evaluierung des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (VN-Habitat) (E/AC.51/2005/3) empfahl das Amt, den Tätigkeitsbereich des Programms zu verengen und das Management einiger seiner Tätigkeiten zu verbessern. Das Amt nahm außerdem Evaluierungen des Freiwilligen Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter (E/CN.4/2005/55) sowie im Zuge eines Pilotprojekts eine themenbezogene Evaluierung vor, die auf die Verbindungen zwischen den am Amtssitz und im Feld durchgeführten Tätigkeiten zur Armutsbeseitigung abstellte (E/AC.51/2005/2). Das Amt stellte auch weiterhin Beratungsdienste für Veränderungsmanagement bereit, so auch für die Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement, mit dem Ziel, die Wirksamkeit des Terminsystems für Dokumente zu erhöhen. Wegen seiner begrenzten Ressourcen war das Amt nicht in der Lage, gewisse notwendige Verbesserungen an dem integrierten Informationssystem über den Programmvollzug vorzunehmen und Personal an Dienststellen außerhalb des Amtssitzes zu schulen.

Innenrevision

238. Das Amt führte etwa 16 Prüfungen durch und legte der Generalversammlung sieben Berichte vor, die ein weites Themenfeld abdeckten, darunter Friedenssicherungseinsätze, Sicherheit, das verwaltungsrechtliche Beschwerdeverfahren, die Beschaffung von Lufttransportdiensten für Friedenssicherungsmissionen, den Sanierungsgesamtplan, Informationstechnologien, die Tätigkeiten des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, die Bibliotheken der Vereinten Nationen und die Unterhaltszulage für Feldmissionen.

239. Im Anschluss an den Bombenanschlag auf das Büro der Vereinten Nationen in Bagdad führte das Amt eine umfassende weltweite Prüfung des Sicherheitsmanagements am Amtssitz und bei 20 Feldmissionen durch (A/59/702). Der Innenrevisionsdienst Friedenssicherungseinsätze führte eine Reihe von Prüfungen durch, so auch zur Beschaffung, zum Anteil unbesetzter Stellen und zu der bei verschiedenen Missionen herrschenden Disziplin. Eine Managementprüfung des Beschwerdeverfahrens am Amtssitz sowie in den Büros der Vereinten Nationen in Genf, Wien und Nairobi (A/59/408) ergab, dass die Dauer der Beschwerdeverfahren an den meisten Dienstorten durch eine Straffung des Ablaufs verkürzt werden könnte. Prüfungen der Hilfeinsätze des UNHCR in Burundi, Sudan und Tschad zeigten die Notwendigkeit auf, die Beschaffung und die allgemeine Verwaltung zu verbessern. Begrenzte Ressourcen hinderten das Amt daran, horizontale Wirtschaftlichkeitsprüfungen vorzunehmen, so etwa eine Prüfung der Tätigkeiten des Systems der Vereinten Nationen zu HIV/Aids oder zur Förderung der Frau.

Disziplinaruntersuchungen

240. Dem Amt wurden insgesamt 560 Angelegenheiten vorgelegt, und es gab 91 Untersuchungsberichte heraus, darunter 20 über sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch bei der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo. Die Generalversammlung bestätigte die Notwendigkeit einer umfassenden Strategie zur künftigen Beseitigung sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs bei Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen. Im Anschluss an ihre Prüfung des Berichts des Amtes über die Stärkung der Disziplinaruntersuchungsfunktion bei den Vereinten Nationen (A/58/708) übertrug die Generalversammlung dem Amt die spezifische Verantwortung für die Untersuchung von schweren Verfehlungen einschließlich sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs und ersuchte mich, einen Verwaltungsmechanismus zu schaffen, über den Programmleiter mutmaßliche Verfehlungen an das Amt zu melden haben (Resolution 59/287). Wie schon erwähnt, habe ich bereits eine Null-Toleranz-Politik gegenüber solchen Verfehlungen in Kraft gesetzt.

241. Mit der Bearbeitung der Fälle sexueller Ausbeutung bei der MONUC, der Bereitstellung von Verbindungsdiensten für den von Paul Volcker geleiteten Unabhängigen Untersuchungsausschuss und der Aufarbeitung des Rückstands bei den Fällen aus Friedenseinsätzen waren die Ressourcen des Amtes bis aufs Äußerste belastet.

Stärkung der Vereinten Nationen

242. Wie ich im vergangenen Jahr berichtete, sind meisten der in meiner "Agenda für weitere Veränderungen" aus dem Jahr 2002 enthaltenen Reformmaßnahmen nunmehr durchgeführt worden. Einige Vorteile sind bereits sehr deutlich geworden: ein grundlegend überarbeiteter Programmhaushaltsplan für 2004-2005, ein kürzerer, effizienterer Planungs- und Haushaltszyklus, eine geringere Zahl von Berichten und Sitzungen und die verbesserte Integration von Menschenrechtskomponenten in die Arbeit der Landesteam der Vereinten Nationen. Auf einer Reihe weiterer Gebiete stellten sich Fortschritte jedoch nur schleppend ein. Unter anderem aus diesem Grund habe ich 2005 einen zweiteiligen Maßnahmenkatalog zur Reform des Sekretariats auf den Weg gebracht. Den einen Teil dieser Maßnahmen treibe ich kraft meiner eigenen Autorität energisch selbst voran; der zweite soll auf der Plenartagung auf hoher Ebene im September im Zusammenhang mit den umfassenderen Vorschlägen in meinem Reformbericht "In größerer Freiheit" behandelt werden. Ich hoffe, dass beide Maßnahmenpakete unter Beweis stellen, dass ich entschlossen bin, kontinuierliche Verbesserungen vorzunehmen und die Organisation so zu stärken, dass sie den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.

243. Die gegenwärtige Reformphase setzt zu einer für die Vereinten Nationen besonders kritischen Zeit ein. Das Sekretariat war mit einer nie gekannten Abfolge organisatorischer Herausforderungen konfrontiert, die Mängel in seinen Arbeitsmethoden aufdeckten. Ich veranlasse daher ein Bündel kleiner, aber bedeutsamer Maßnahmen zur sofortigen Durchführung und gehe davon aus, dass die meisten dieser Maßnahmen im September vollständig umgesetzt sein werden. Die Vorarbeiten für viele dieser Maßnahmen gehen zwar auf die Zeit vor den im vergangenen Jahr aufgedeckten Problemen zurück, doch sind die Initiativen auch ausdrücklich darauf gerichtet, den von Bediensteten der Vereinten Nationen in der Erhebung über Integrität zum Ausdruck gebrachten ernststen Besorgnissen sowie den Empfehlungen des

Unabhängigen Untersuchungsausschusses für das Programm "Öl für Lebensmittel" Rechnung zu tragen. Sie lassen sich grob in die nachstehenden vier Kategorien unterteilen:

- Verbesserung der Führungsleistung des hochrangigen Leitungspersonals
- Verstärkung der Aufsicht und Rechenschaftspflicht
- Gewährleistung ethischen Verhaltens und
- Erhöhung der Transparenz.

244. Die von mir bei meinem Amtsantritt eingesetzte Hochrangige Managementgruppe, ein internes Instrument für den Informationsaustausch und die Koordinierung, hat sich als zu groß für eine wirksame und rasche Entscheidungsfindung erwiesen. Daher wurden zwei kleinere hochrangige Ausschüsse – einer für Grundsatzfragen, der andere für Management- und Reformfragen – geschaffen. Darüber hinaus habe ich ein wesentlich transparenteres System für die Auswahl neuer hochrangiger Führungskräfte der Vereinten Nationen eingeführt, das einen offenen Auswahlprozess auf der Grundlage zuvor festgelegter Kriterien vorsieht. Ferner führe ich ein viel stärker strukturiertes System zur Einweisung in den Arbeitsbereich ein, um sicherzustellen, dass leitende Mitarbeiter gebührend über das umfassende Gefüge der bei den Vereinten Nationen bestehenden Regeln, Vorschriften, Verhaltenskodizes und Managementsysteme unterrichtet werden.

245. Darüber hinaus zeigte sich, dass bessere Mechanismen zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht notwendig sind. Ich habe einen kleinen Beirat für Managementleistung geschaffen, der die Leistung der einzelnen hochrangigen Führungskräfte systematisch bewerten und mich, soweit erforderlich, in Bezug auf vorgeschlagene Korrekturmaßnahmen beraten soll. Des Weiteren wird ein neuer Aufsichtsausschuss eingerichtet, der sicherstellen soll, dass entsprechende Managementmaßnahmen ergriffen werden, um die Empfehlungen der verschiedenen Aufsichtsorgane umzusetzen.

246. In der 2004 veranstalteten Erhebung über Integrität brachte das Personal Besorgnisse in Bezug auf Fairness und Integrität zum Ausdruck. Wir sind dabei, mit einer Reihe von Maßnahmen auf ein ethischeres Verhalten hinzuwirken. Erstens führe ich eine robuste neue Politik für den Schutz von Informanten über Missstände ein, damit Mitarbeiter sich sicher genug fühlen können, ihre Besorgnisse über bestimmtes Verhalten anzumelden, ohne Vergeltungsmaßnahmen befürchten zu müssen. Zweitens unternimmt die Organisation umgehende Schritte, um in allen Fällen, in denen nachweislich Sexualvergehen begangen wurden, angemessene Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung, zur Aufstellung einheitlicher Verhaltensnormen, zur Schaffung glaubwürdiger Beschwerdemechanismen und zur Überprüfung der Bedürfnisse des Feldpersonals in Bezug auf sein Wohlbefinden und seine Freizeit bereits weit vorangeschritten. Drittens wird es künftig weiter reichende Vorschriften in Bezug auf die Offenlegung der Vermögensverhältnisse leitender Mitarbeiter geben, und die Vorschriften des Verhaltenskodex werden weiter verbreitet.

247. Was erhöhte Transparenz angeht, so ist die Organisation dabei, eine klare und schlüssige Politik betreffend die Freigabe verschiedener Kategorien von Informationen der Vereinten Nationen zu entwickeln, wodurch die Transparenz unserer Arbeit unter Wahrung der gebotenen Vertraulichkeit erhöht wird. Außerdem sind wir im Begriff, unser Beschaffungssystem zu validieren, um sicherzustellen, dass es den strengsten weltweiten Normen genügt, sowie Grundsatzleitlinien für die Bereitstellung kostenfreier Güter und Dienstleistungen zu entwickeln.

248. Gleichzeitig hoffe ich, dass die Ergebnisse der Plenartagung auf hoher Ebene im September eine grundlegendere Stärkung des Sekretariats ermöglichen werden. In meinem Be-

richt vom März 2005 (A/59/2005) schlug ich drei wesentliche Reformschritte vor, die im Falle ihrer Genehmigung erheblich zur Erhöhung der Effizienz und Wirksamkeit der Organisation beitragen würden. Erstens habe ich vorgeschlagen, dass alle Mandate, die älter als fünf Jahre sind, von den Mitgliedstaaten im Hinblick auf ihre mögliche Streichung überprüft werden. Zweitens, und mit der Mandatsüberprüfung unauflöslich verbunden, habe ich ein einmaliges Abfindungsprogramm für Mitarbeiter der Vereinten Nationen vorgeschlagen, deren Fähigkeiten und Qualifikationsprofil den neuen Bedürfnissen des Sekretariats nicht mehr entsprechen. Drittens habe ich die Generalversammlung gebeten, eine eingehende Überprüfung aller Haushalts- und Personalvorschriften des Sekretariats zu billigen. Meiner Ansicht nach sind diese Reformen längst überfällig und könnten bei sachgerechter Durchführung maßgebliche Auswirkungen auf die Modernisierung und die Flexibilität der Organisation haben.

Kapitel VI

Partnerschaften

Kommunikation

249. Das vergangene Jahr stellte für die Kommunikatoren der Vereinten Nationen fraglos eine Herausforderung dar, und obwohl die Wahrnehmung der Vereinten Nationen in der öffentlichen Meinung einiger Mitgliedstaaten während dieser Zeit nicht besonders positiv war, bin ich der Auffassung, dass unsere Kommunikationsprozesse flüssiger geworden sind und dass sich unsere Kommunikatoren diesen Herausforderungen mit beachtlichem Geschick gestellt haben.

250. In meinem letztjährigen Bericht bezeichnete ich das Jahr 2003 als ein Jahr der Konsolidierung für die Hauptabteilung Presse und Information. Die Neuausrichtung der Hauptabteilung sowie die weiteren von mir eingeleiteten Veränderungen ihrer Struktur wurden von der öffentlichen Meinung ohne Zweifel auf den Prüfstand gestellt. Die Kapazität der Hauptabteilung zur raschen und effizienten Mobilisierung von Ressourcen für die Auseinandersetzung mit vorrangigen Fragen wurde dringend benötigt und ist nunmehr gefestigt. Im Laufe des vergangenen Jahres hat sie bei zahlreichen dringenden Projekten Beratungs-, Unterstützungs- und Informationsarbeit geleistet, um sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit über unsere Anstrengungen zur Bewältigung von Managementproblemen am Amtssitz und im Feld unterrichtet wird.

251. Angesichts einer Reihe von Krisen sowie erbitterter und oft ungerechter Kritik intensivierte die Hauptabteilung ihre Medienbeobachtung und verstärkte ihre Kapazität zur Reaktion auf die Medien. Es wurden mehrere Initiativen zur Information der Öffentlichkeit in die Wege geleitet, um Falschinformationen in den Medien entgegenzuwirken, und es wurde ein Krisenkommunikationsteam eingesetzt, das leitende Bedienstete aus meinem Büro, dem Büro des Sprechers und der Hauptabteilung umfasst. Dieses Team legt die täglichen Prioritäten fest, die der Organisation nicht nur für ihre Reaktion auf Medienanliegen, sondern auch für ihre Förderung wichtiger internationaler Fragen als Orientierung dienen.

252. Diese Strategie leitet die hochrangigen Sprecher in ihrem Bemühen, die Ansichten der Vereinten Nationen mittels Radio- und Fernsehauftritten und der Veröffentlichung von Meinungsartikeln, Interviews und Briefen in Printmedien mit hoher Öffentlichkeitswirkung bekannt zu machen. Informationen fließen nun rasch zu unseren Partnern in der Zivilgesellschaft, wenn diese ein Interesse daran bekunden, die Öffentlichkeit für die Auseinandersetzung mit vorrangigen Fragen zu gewinnen. Darüber hinaus kommt das Netzwerk der Informationszentren der Vereinten Nationen zum Einsatz, um durch Interviews und die Platzierung von Artikeln in den lokalen Medien der von ihnen bedienten Regionen sicherzustellen, dass unsere Botschaft auf der ganzen Welt Gehör findet.

253. Ich bin immer mehr zu der Überzeugung gelangt, dass die Organisation mehr tun muss, um zu gewährleisten, dass ihre Bediensteten über die Anstrengungen informiert sind, mit denen wir bestimmte Themen fördern und unseren Kritikern begegnen. Die Hauptabteilung Presse und Information hat eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der internen Kommunikation übernommen; sie bedient sich zu diesem Zweck einer neuen Intranetseite mit dem Titel "Hot Issues, Cold Facts" und erarbeitet und verteilt Informationsmaterial zu wichtigen Themen für das Personal im Feld und am Amtssitz.

254. Im Laufe des Jahres ging die Hauptabteilung mit mehreren Initiativen an die Öffentlichkeit, die die Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Förderung von Toleranz und Verständigung stärkten, darunter insbesondere drei wichtige Seminare zu konkreten Erscheinungsformen der Intoleranz. Das erste dieser Seminare unter dem Motto "Intoleranz verlieren" fand im Juni 2004 zum Thema Antisemitismus statt und rückte ein wichtiges Problem in den Vordergrund, das die Hauptabteilung Anfang 2005 erneut aufnahm, als sie parallel zur Sondertagung der Generalversammlung zum Gedenken an die Befreiung der Vernichtungslager eine bedeutende Ausstellung der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zeigte. Das zweite Seminar stellte das Thema Islamophobie in den Mittelpunkt und zog eine ebenso angesehene Riege von Sachverständigen aus dem gesamten religiösen und politischen Spektrum an.

255. Die Hauptabteilung hat es sich außerdem zur vorrangigen Aufgabe gemacht, sicherzustellen, dass die Zivilgesellschaft über den im Gang befindlichen Neubelebungs- und Reformprozess der Vereinten Nationen unterrichtet ist und soweit möglich daran mitwirkt. Die verschiedenen Vorschläge in den von mir in Auftrag gegebenen oder angeregten Berichten, namentlich dem Bericht der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel und dem Bericht des Millenniums-Projekts *In die Entwicklung investieren*, wurden durch energische Informationstätigkeit bekannt gemacht. Seit der Veröffentlichung meines eigenen Berichts "In größerer Freiheit" im März 2005 hat sich der Schwerpunkt darauf verlagert, den Akteuren der Zivilgesellschaft Informationen zu den Empfehlungen dieses Berichts bereitzustellen, um ihnen eine effektive Mitwirkung am Überprüfungsprozess zu ermöglichen.

256. Wie ich bereits an anderer Stelle erklärt habe, bilden die Millenniums-Entwicklungsziele meiner Ansicht nach den Rahmen, an dem die Entwicklungsaktivitäten der Vereinten Nationen ausgerichtet sein müssen. Zusätzlich zur Bereitstellung von Informationen über wichtige Ereignisse zu diesem Thema, beispielsweise über den Gipfel von Führungspersonlichkeiten des Globalen Paktes und die in Mauritius abgehaltene Tagung über die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselentwicklungsländer, leitete die Hauptabteilung in Zusammenarbeit mit dem Büro für die Millenniums-Kampagne eine neue Kampagne mit einem eigens dafür entworfenen Logo und dem Slogan "Das Versprechen halten" in die Wege, um Unterstützung für die Entwicklungsziele zu mobilisieren.

257. Die Millenniums-Entwicklungsziele und die Rolle der Zivilgesellschaft bei ihrer Verwirklichung waren die Hauptthemen der Gespräche auf der siebenundfünfzigsten jährlichen Konferenz der Hauptabteilung Presse und Information und der NGOs im September 2004, an der 2.000 Vertreter nichtstaatlicher Organisationen aus der ganzen Welt teilnahmen. Eine noch höhere Beteiligung wird für die Konferenz 2005 erwartet, die sich mit Möglichkeiten zur Neubelebung der Architektur des internationalen Systems befassen wird, in dessen Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen.

258. Im Bewusstsein der Notwendigkeit, zu einer Zeit, in der sich die Vereinten Nationen einem beispiellosen Anstieg der Nachfrage nach Friedenssicherungseinsätzen gegenübersehen, die Unterstützung der Öffentlichkeit zu sichern, arbeitete die Hauptabteilung Presse und Information zusammen mit der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze an Strategien zur Unterrichtung der Mitgliedstaaten, der Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit über unsere Einsätze. Kommunikationsexperten vom Amtssitz wurden zu den Friedenssicherungsmissionen entsandt, um deren Informationsprogramme zu überprüfen, ihren jeweiligen Ressourcenbedarf zu ermitteln und festzustellen, wie der Amtssitz sie am besten dabei unterstützen könnte, wirksam zur Erfüllung des Mandats ihrer jeweiligen Mission beizutragen. Darüber hinaus wurden Informationskampagnen eingeleitet, um den Bediensteten der Vereinten

Nationen, den truppenstellenden Ländern und den Friedenssicherungskräften meine feste Entschlossenheit deutlich zu machen, unannehmbares Verhalten von Friedenssicherungspersonal zu verhindern, und es wurden Informationen über Verhaltensnormen erstellt und an alle Missionen verteilt.

259. Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt im Jahr 2004 zur Schulung von Informationsbediensteten für Friedenssicherungseinsätze fand im Mai 2005 ein zweiter Schulungskurs statt. Ziel dieser Aktivitäten ist es, die Vereinten Nationen verstärkt zu befähigen, zu Beginn neuer Friedenssicherungsmissionen wirksame Informationskampagnen durchzuführen. Ich beabsichtige, diese Schulungen fortzusetzen, um zu gewährleisten, dass die Vereinten Nationen bei Bedarf über einen soliden Grundstock an vielseitigen und gut ausgebildeten Mitarbeitern für die Öffentlichkeitsarbeit verfügen.

260. Meine Prüfung des Netzwerks der Informationszentren der Vereinten Nationen geht weiter, um es besser in die Lage zu versetzen, seine Aufgaben wirksam wahrzunehmen. Dabei sind mehrere beträchtliche Hindernisse aufgetreten, die verdeutlichen, dass in anderen Regionen keine Regionalzentren nach dem Modell Westeuropas errichtet werden können. Folglich habe ich meine Vorschläge von 2004 neu ausgerichtet und eine neue Vorgehensweise dargelegt, um das Netzwerk von Zentren auf der Grundlage strategischer Kommunikationserfordernisse (siehe meinen Bericht an den Informationsausschuss, A/AC.198/2005/3) zu straffen. Im Hinblick auf diese neue Vorgehensweise erwarte ich den Rat der Generalversammlung.

261. Die Interessen Afrikas gehörten weiterhin zu den vordringlichen Anliegen der Hauptabteilung Presse und Information. Ihre neu gestaltete Publikation *Africa Renewal* erreicht jetzt – in englischer oder französischer Sprache – mehr als eine Million Menschen, und das reguläre Hörfunkangebot der Hauptabteilung wurde um zwei neue Programme erweitert, die sich speziell mit Afrika befassen.

262. Neue Partnerschaften mit den Medien und der Zivilgesellschaft spielen eine Schlüsselrolle bei den Bemühungen der Hauptabteilung, die Reichweite ihrer Informationsprodukte auszudehnen. Auf der Grundlage einer im letzten Jahr ausgehandelten Vereinbarung wird die Internationale Vereinigung der Hochschulrektoren bis Ende 2005 100 ihrer 700 angeschlossenen Mitglieder weltweit mit Hörfunkprogrammen der Vereinten Nationen versorgen.

263. Darüber hinaus wurden rund um die Welt neue Partnerschaften mit Hörfunk-, Fernseh- und Kabelsendern sowie Medienproduktionsunternehmen eingegangen. Eine dieser Partnerschaften hat dazu geführt, dass täglich ein Videopakete mit Nachrichtenmaterial der Vereinten Nationen über Satellit an mehr als 500 Fernsehanstalten weltweit übertragen wird. Das im Rahmen dieser Vereinbarung vertriebene Filmmaterial aus dem Feld wird derzeit zum großen Teil vom UNICEF und anderen Organisationen produziert, ich erwarte jedoch, dass dieses Material mit dem Ausbau der technischen Kapazitäten der Hauptabteilung durch Videoberichte von den Friedenssicherungsmissionen ergänzt wird. Gleichzeitig dürfte ein neues digitales Speichersystem, das inzwischen im Einsatz ist, die Bereitstellung professioneller Fotos mit hoher Auflösung auf der Internetseite der Vereinten Nationen ermöglichen.

264. Im Rahmen ihrer fortlaufenden Bemühungen, auf besonders wichtige Entwicklungen aufmerksam zu machen, die nicht von den Medien aufgegriffen werden, gab die Hauptabteilung ihre zweite jährliche Liste von 10 Geschichten heraus, über die die Welt mehr erfahren sollte. Diese Liste enthielt Berichte über besorgniserregende humanitäre Notstände und instabile Postkonfliktsituationen sowie ermutigende Berichte über Menschenrechte, Gesundheit und Entwicklung. Die Aufmerksamkeit, die das Projekt der 10 besten Geschichten in der

Presse geweckt hat, sowie die positiven Rückmeldungen aus Mitgliedstaaten und von anderer Seite zeigen, dass es sich zu einem nützlichen Instrument entwickelt hat, um die Medien und die gesamte Weltgemeinschaft auf dringende Fragen von internationalem Interesse aufmerksam zu machen.

265. Die Internetseite der Vereinten Nationen nimmt immer mehr an Umfang zu und enthält nun etwa 1 Million Informationsseiten in allen sechs Amtssprachen, die täglich von Benutzern überall auf der Welt abgerufen werden – ein 50-prozentiger Anstieg gegenüber 2002. Die Aufhebung der Zugangsbeschränkung zum Elektronischen Dokumentenarchiv (ODS) auf dem Internet war ein bedeutender Schritt in Richtung der Mehrsprachigkeit auf der Internetseite. Jeder, der einen Internetzugang hat, kann nun offizielle Dokumente in allen sechs Amtssprachen elektronisch abrufen.

266. Da das Internet als Nachrichtenquelle immer wichtiger wird, setzt die Hauptabteilung den Ausbau ihres zentralen Online-Nachrichtenportals, des "UN News Centre", weiter fort, auf dem sie aktuelle Meldungen über die Tätigkeiten der Organisation bereitstellt sowie ein breites Spektrum einschlägiger Quellen leicht zugänglich macht. Das Nachrichtenzentrum ist einer der meistbesuchten Bereiche der Internetseite der Vereinten Nationen und wird von großen Medienagenturen oft als Quelle angegeben. Die Liste der Abonnenten, die per E-Mail an den Nachrichtendienst angeschlossen sind, wächst ständig, ebenso wie die Zahl der Internetseiten von Nachrichtenmedien, die mit dem Nachrichtenzentrum der Vereinten Nationen direkt verlinkt sind.

267. Internetübertragungen von Veranstaltungen der Vereinten Nationen sind inzwischen ein fester Bestandteil ihres Tagesgeschäfts. Neben den täglichen Übertragungen der Generalversammlungs- und Sicherheitsratssitzungen sowie der Pressekonferenzen meines Sprechers strahlt die Hauptabteilung Presse und Information jetzt auch Veranstaltungen im Zusammenhang mit Konferenzen außerhalb des Amtssitzes über das Internet aus. Diese Übertragungen verschaffen nicht nur Millionen von Benutzern einen sofortigen virtuellen Zugang zu den beratenden und beschlussfassenden Organen der Vereinten Nationen, sondern sie sind nun auch im Internet archiviert; zurzeit werden täglich mehr als 10.000 Videoclips aus diesen Archiven abgerufen.

268. Die Mitwirkung der Vereinten Nationen an dem Spielfilm *Die Dolmetscherin* fand in der Uraufführung des Films im April 2005 ihren krönenden Abschluss. Gemessen an der großen Zahl der Interviewanfragen und der allgemeinen Reaktion in den Medien wurde das gewünschte Ergebnis – die Vereinten Nationen einem breiten Publikum näher zu bringen – zweifelsohne erreicht.

269. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde die Verbindungsarbeit zu Bildungseinrichtungen mit der Herstellung neuer Partnerschaften mit Universitäten und anderen Schulen fortgesetzt. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war, dass die Zahl der Teilnehmer an Führungen durch das Amtssitzgebäude wieder den Stand der Zeit vor dem 11. September 2001 erreicht hat (360.000 im Jahr 2004). Der größte Anstieg in der Besucherzahl war unter den Schülern und Studenten zu verzeichnen, die nun 42 Prozent der Gesamtbesucherzahl ausmachen. Um auf das sechzigjährige Bestehen der Vereinten Nationen aufmerksam zu machen, hat die Hauptabteilung Presse und Information neue Werbekampagnen gestartet, die Schulen dazu animieren sollen, an den Führungen teilzunehmen und sich auf andere kreative Weise mit der Organisation zu befassen.

270. Die spezielle Internetseite der Vereinten Nationen für Schüler, der "Cyberschoolbus", wurde als eine der 101 besten Internetseiten für Lehrer ausgewählt. Sie enthält nun die umfassendste Informationsseite zu den Millenniums-Entwicklungszielen, die ausdrücklich für

ein jüngeres Zielpublikum entwickelt wurde. Neu hinzugekommen ist "GA Newsflash", eine Seite mit Informationen für ein jüngeres Publikum über die neunundfünfzigste Tagung der Generalversammlung. Die Dokumentarberichte und Internetreportagen des preisgekrönten Programms "Die UNO arbeitet" werden ebenfalls an Schulen und Pädagogen verteilt.

271. Die derzeit durchgeführte interne Reform der Dag-Hammarskjöld-Bibliothek wird eine Kultur des Wissensmanagements in der gesamten Organisation fördern, die Effektivität der Bibliothek erhöhen und Aktivitäten, Dienste und Leistungen stärker mit den Gesamt- und Einzelzielen der Organisation in Einklang bringen.

Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften

272. Die erfolgreiche Partnerschaft zwischen dem Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften (UNFIP) und der Stiftung für die Vereinten Nationen (UNF) ging im März 2005 in ihr achttes Jahr. Zwischen dem Beginn dieser Partnerschaft im Jahr 1998 und Ende 2004 wurden insgesamt 637 Millionen Dollar zur Finanzierung von 324 Projekten mit Aktivitäten in 122 Ländern und unter Beteiligung von 37 Stellen der Vereinten Nationen zugewiesen. Die Gesamtsumme aller von anderen Finanzierungspartnern, beispielsweise multilateralen und bilateralen Gebern, bereitgestellten Mittel betrug 237 Millionen Dollar, mehr als ein Drittel des Gesamtbetrags. In den folgenden Programmbereichen wurden Projekte durchgeführt: Gesundheit von Kindern, Bevölkerung und Frauen, biologische Vielfalt, erneuerbare Energie und Klimawandel sowie Frieden, Sicherheit und Menschenrechte.

273. Die Partnerschaft zwischen der UNF und dem UNFIP konzentrierte sich weiterhin auf die Gewährung von Zuschüssen und auf Aufklärungsarbeit über die Programme und Projekte sowie die Arbeit der Vereinten Nationen an sich. Die UNF nimmt auch weiterhin eine wichtige Rolle als Fürsprecherin der Organisation wahr und trägt so unter anderem zur Stärkung der Beziehungen zwischen den Vereinten Staaten und den Vereinten Nationen bei. Die Beiträge der Stiftung können auf ganz andere Weise eingesetzt werden, als dies für die Basisressourcen der Organisation möglich wäre, und Innovationen und kreative Lösungen erschließen. Als Antwort auf die von der UNF bereitgestellte 50-prozentige Mitfinanzierung konnten neue Kooperationspartner gewonnen und das Engagement der bestehenden Partner auf Tätigkeitsgebieten der Vereinten Nationen wie der humanitären Nothilfe und der HIV/Aids-Prävention erhöht werden.

274. Aufbauend auf einer Reihe innovativer Initiativen richteten die UNF, die Koalition für umweltverantwortliche Wirtschaft und der UNFIP im Mai 2005 das zweite Gipfeltreffen institutioneller Investoren über Klimarisiken aus. Auf dem Gipfel trafen Manager internationaler Pensionsfonds, Regierungsbeamte, Unternehmensleiter und Finanzverwalter – die zusammen für die Verwaltung von Vermögenswerten in Höhe von weit über 5 Billionen Dollar verantwortlich sind – mit Vertretern nichtstaatlicher Organisationen und hochrangigen Bediensteten der Vereinten Nationen zusammen, um dem Zusammenhang zwischen Klimarisiken und treuhänderischer Verantwortung nachzugehen. Der Gipfel mündete in einen Aktionsaufruf zur Bewältigung von Klimarisiken und zur Nutzung von Chancen.

275. Das wachsende Interesse des Privatsektors sowie von Stiftungen an der Arbeit der Vereinten Nationen hat zu einem erheblichen Anstieg von Anfragen bezüglich Partnerschaften mit Stellen des Systems der Vereinten Nationen geführt; wöchentlich gehen im Schnitt fünf Sachanfragen von Unternehmen, Stiftungen, Philanthropen, akademischen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft beim UNFIP ein. Das UNFIP-Büro fungiert nunmehr als zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von Partnerschaften zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Es hat zur Schaffung innovativer Allianzen mit einer Reihe von Institu-

tionen, Stiftungen und Unternehmen, unter anderem mit Domini, Vodafone und der Handelskammer der Vereinigten Staaten, beigetragen. Der Fonds vermittelte eine Partnerschaft zwischen den Produzenten des Spielfilms *Hotel Ruanda*, der UNF und dem UNDP und richtete den Internationalen Fonds für Ruanda ein, über den Gewinne aus der Film- und Unterhaltungsbranche zur Unterstützung des Wiederaufbaus und der Aussöhnung in diesem Land weitergeleitet werden.

276. Im Dezember 2004 richtete der UNFIP eine Veranstaltung für Mitglieder des Europäischen Stiftungszentrums aus, um eine engere Zusammenarbeit zwischen europäischen Stiftungen und den Vereinten Nationen anzuregen. Darüber hinaus leitete der Fonds in Zusammenarbeit mit dem US-amerikanischen Zentrum für Bildungsentwicklung eine Initiative für fortgeschrittene Anwender von Informations- und Kommunikationstechnologien ein, mit deren Hilfe das Potenzial technisch begabter Jugendlicher weltweit erschlossen werden soll. Als Antwort auf den Tsunami im Indischen Ozean stellte die UNF 5 Millionen Dollar aus ihren Basisressourcen bereit und konnte mit Unterstützung des UNFIP weitere 35 Millionen Dollar von mehreren Partnern, einschließlich des amerikanischen Roten Kreuzes, mobilisieren.

277. Das Internationale Jahr des Sports und der Leibeserziehung (2005) hat dem UNFIP eine nützliche Gelegenheit zur Förderung von Feldprojekten eröffnet, bei denen der Sport als Mittel zur Entwicklungsförderung eingesetzt wird; gleichzeitig unterstützt der Fonds weiterhin seinen Sonderberater für Sport im Dienste von Entwicklung und Frieden.

Projektdienste

278. 2004 war erneut ein Jahr des Übergangs und der Neubelebung für das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS). Die Umstrukturierung des Büros mit dem Ziel, kundennähere Dienste zu erbringen, wurde fortgesetzt, und es wurde ein umfassendes Programm eingeleitet, um die Finanzlage und den internen Kontrollrahmen zu verbessern sowie die Abläufe und Technologien im Hinblick auf die kostenwirksame und effiziente Deckung des sich wandelnden Bedarfs seiner Klienten und des Marktes zu straffen. Das UNOPS verzeichnete eine wachsende Nachfrage nach seinen Diensten, insbesondere nach Projektmanagementdiensten zur Unterstützung groß angelegter, komplexer Programmtätigkeiten in Postkonflikt- und Übergangssituationen. Der Kundenstamm des Büros hat sich weiter diversifiziert, und der Exekutivrat von UNDP und UNFPA billigte Resolutionen zur Erweiterung der UNOPS-Tätigkeit auf regionale und subregionale Entwicklungsbanken sowie auf Gastregierungen für die Bereitstellung von Diensten für Infrastruktur- und öffentliche Arbeitsprogramme.

279. Im Rahmen seines Programmvollzugs 2004 akquirierte das UNOPS Neuaufträge im Wert von 739 Millionen Dollar, den höchsten Stand an Neuaufträgen seit 1998. 2004 wurden Projekte im Gesamtwert von 495,22 Millionen Dollar durchgeführt; den Einnahmen in Höhe von 45,27 Millionen Dollar stehen Ausgaben von 57,08 Millionen Dollar gegenüber. Zusätzlich zu den laufenden Verwaltungskosten umfassen die Ausgaben einmalige Investitionen für den Start von ATLAS, einem neuen Programm für Unternehmensressourcen, das gemeinsam von UNDP, UNFPA und UNOPS durchgeführt wird, sowie Ausgaben im Zusammenhang mit Veränderungsinitiativen, um das UNOPS zu einer finanziell tragfähigen, kundenorientierten Organisation zu machen.

Zivilgesellschaft und Unternehmenspartnerschaften

280. Seit der Gründung der Vereinten Nationen vor 60 Jahren ist die Zivilgesellschaft stets ein wichtiger Partner der Organisation gewesen, ob im Zusammenhang mit der Erbringung humanitärer Hilfe auf Landesebene oder im Rahmen der Mitwirkung an zwischenstaatlichen Debatten auf globaler Ebene. Die Präsenz und Teilhabe der Zivilgesellschaft hat die Legitimität, die Rechenschaftspflicht und die Transparenz der Vereinten Nationen eindeutig verstärkt.

281. Die exponentielle Zunahme der Zahl und des Einflusses zivilgesellschaftlicher Akteure in den vergangenen beiden Jahrzehnten veranlasste mich dazu, die Gruppe namhafter Persönlichkeiten für die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft einzurichten, mit dem Auftrag, das Zusammenwirken der Vereinten Nationen mit der Zivilgesellschaft zu analysieren, Lehren daraus zu ziehen und Verbesserungsmöglichkeiten zu empfehlen. Im Juni 2004 legte die Gruppe ihren Bericht (A/58/817 und Corr.1) vor.

282. Als Antwort auf den Bericht der Gruppe gab ich im September 2004 einen Bericht (A/59/354) heraus. Ich empfahl der Generalversammlung den Bericht der Gruppe zur Kenntnisnahme und gab konkrete Empfehlungen zu seiner Umsetzung ab. In einigen Bereichen wurden bereits Folgemaßnahmen in die Wege geleitet. Die Generalversammlung beschloss, am 23. und 24. Juni 2005 informelle interaktive Anhörungen mit Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und des Privatsektors abzuhalten. Ich hoffe, dass sich daraus eine jährliche Tagung kurz vor Eröffnung der jeweiligen Tagung der Generalversammlung entwickeln wird. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen unternimmt derzeit vermehrte Anstrengungen, um das System der residierenden Koordinatoren der Vereinten Nationen besser zu befähigen, mit der Zivilgesellschaft und anderen maßgeblichen lokalen Akteuren auf Landesebene zusammenzuwirken. Zu diesem Zweck hat die UNDG eine Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft gebildet, die den Auftrag hat, das Mandat der für die Zivilgesellschaft zuständigen Koordinierungsstelle im System der residierenden Koordinatoren auszuarbeiten und einen Katalog von Programmaktivitäten auf Landesebene zu definieren, die über einen noch einzurichtenden Treuhandfonds finanziert werden sollen. Ich suche derzeit nach Möglichkeiten, wie der Verbindungsdienst zu den nichtstaatlichen Organisationen auf eine festere institutionelle und finanzielle Grundlage gestellt werden kann, aber es wird noch eine Weile dauern, bis eine annehmbare Lösung gefunden ist. Schließlich kann die Zivilgesellschaft nun viel einfacher auf offizielle Dokumente zurückgreifen, seit das ODS am 31. Dezember 2004 öffentlich zugänglich gemacht wurde.

283. Andererseits habe ich beschlossen, dem Vorschlag zur Einrichtung eines Büros für Partnerschaften nicht weiter nachzugehen. Zwar hatte der Beratende Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen der Schaffung einer Stelle für den Leiter des Büros auf der Ebene eines Beigeordneten Generalsekretärs zugestimmt, aber es war nicht möglich, freiwillige Mittel in ausreichender Höhe bei den Gebern zu beschaffen, um die langfristige Bestandfähigkeit des Büros zu gewährleisten. Darüber hinaus waren manche der erwarteten Bedarfsträger des vorgeschlagenen Büros keine große Stütze.

284. Bislang hat die Generalversammlung noch nicht mit der Verabschiedung einer Resolution auf die beiden Berichte über die Zivilgesellschaft reagiert. Aus diesem Grund habe ich in meinem Bericht an die für September 2005 anberaumte Plenartagung der Generalversammlung auf hoher Ebene (A/59/2005) erneut erklärt, dass die Versammlung den Kontakt mit der Zivilgesellschaft wesentlich aktiver suchen sollte. Ich hoffe aufrichtig, dass die Mitgliedstaaten diesen Empfehlungen nachkommen werden.

285. Im vergangenen Jahr setzte der Globale Pakt sein eindrucksvolles Wachstum fort und unternahm gleichzeitig strategische Schritte zur Verbesserung des Qualitätsmanagements. Gegenwärtig sind mehr als 2.000 Unternehmen aus über 80 Ländern am Globalen Pakt beteiligt. Auf dem von mir im Juni 2004 einberufenen Gipfel von Führungspersonlichkeiten des Globalen Paktes, der größten Zusammenkunft von Vertretern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die jemals bei den Vereinten Nationen stattgefunden hat, waren sich die Teilnehmer aus allen Sektoren einig, dass die Initiative an einem Punkt angelangt war, an dem eine stärkere Konzentration auf Qualitätssicherung, Markenmanagement und Lenkungsstruktur – sowohl auf globaler als auch auf lokaler Ebene – erforderlich ist.

286. Zu diesem Zweck setzte das Büro für den Globalen Pakt im vergangenen Jahr seine Politik in Bezug auf Fortschrittsmitteilungen voll um; danach müssen die teilnehmenden Unternehmen jährlich eine umfassende Mitteilung vorlegen, in der sie beschreiben, inwieweit sie die 10 Grundsätze umgesetzt haben – anderenfalls laufen sie Gefahr, auf der Internetseite des Globalen Paktes als "inaktiv" gekennzeichnet zu werden. Das allgemeine Ziel besteht darin, die Transparenz und die Rechenschaft der Initiative gegenüber der Öffentlichkeit zu erhöhen. Das Büro für den Globalen Pakt wandte sich im Hinblick auf diese Verpflichtung direkt an alle Leiter der teilnehmenden Unternehmen und trat gleichzeitig an die zahlreichen Landesnetzwerke heran, um die lokalen Teilnehmer entsprechend zu mobilisieren. Zur Unterstützung dieser Bemühungen veröffentlichte das Büro für den Globalen Pakt in Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern den Praxisleitfaden zur Fortschrittsmitteilung. Bis kurz vor Ablauf der Abgabefrist für die Mitteilungen am 30. Juni 2005 hatten mehr als 80 Prozent der größten Unternehmen, die sich am Globalen Pakt beteiligen, ihre Mitteilungen vorgelegt – darunter viele von beispielhafter Qualität. Gleichzeitig hatte jedoch die Mehrzahl der Teilnehmer – die meisten von ihnen in den Entwicklungsländern – ihre Mitteilungen noch nicht vorgelegt. Eine vorrangige Aufgabe für die Zukunft wird daher darin bestehen, mehr Unternehmen zur Erstellung dieser wichtigen Mitteilung zu ermutigen, wobei die jeweils auftretenden Hindernisse zu berücksichtigen sind. Dazu gehören Sprachprobleme sowie grundlegende Unterschiede in der Unternehmenskultur und bei den Einstellungen in Bezug auf die Umsetzung einerseits und die Kommunikation andererseits. In der Tat haben viele Teilnehmer am Globalen Pakt bei der praktischen Umsetzung der 10 Grundsätze eine beeindruckende Bilanz aufzuweisen, aber ihnen ist unklar, warum der Globale Pakt jetzt so viel Wert auf die Mitteilung dieser Aktivitäten legt. Daher müssen wir die Gründe dafür besser erklären und diesen Unternehmen ein einfaches Modell an die Hand geben, nach dem sie zunächst verfahren können.

287. Darüber hinaus waren im vergangenen Jahr auch bedeutsame Entwicklungen bei den Landesnetzwerken des Globalen Paktes zu verzeichnen, von denen es mittlerweile mehr als 40 gibt. Im Dezember 2004 beteiligte sich die Regierung des Vereinigten Königreichs an der Einberufung einer wichtigen Landesnetzwerk-Tagung, auf der sich einige Netzwerke darauf einigten, formale Lenkungsstrukturen zu bilden, während sich andere für losere Strukturen entschieden. Die Netzwerke vereinbarten, mit den Teilnehmern darauf hinzuwirken, die Erstellung von Fortschrittsmitteilungen zu fördern sowie im Hinblick auf das Markenmanagement robuster und dynamischer zu werden, neue Teilnehmer zu rekrutieren und mehr Programme und Aktivitäten zu Gunsten einer breiteren Umsetzung zu initiieren. In der Tat wird eine der künftigen Herausforderungen darin bestehen, "träge" Netzwerke dazu zu ermutigen, entweder aktiver zu werden oder sich einfach aufzulösen. Im Laufe des Jahres gab es beeindruckende Beispiele für Aktivitäten von Landesnetzwerken. So hielt etwa das Landesnetzwerk Ägypten des Globalen Paktes eine Reihe von Seminaren zum Thema Umsetzung ab, während die indische Gesellschaft für den Globalen Pakt zur Abhaltung einer zweitägigen

Regionalen Klausurtagung des Globalen Paktes in Südasiens in Jamshedpur beitrug, die mehr als 200 Teilnehmer anzog und sich mit dem Thema Privatwirtschaft und Armut befasste.

288. Im Hinblick auf die Verbesserung des Markenmanagements gab das Büro für den Globalen Pakt außerdem eine neue und umfassendere Leitlinie zur Verwendung des Logos des Globalen Paktes heraus und führte ein verändertes zweites Logo ein, das die Teilnehmer und andere unterstützende Stellen verwenden können.

289. Auf mein Ersuchen hin leitete das Büro für den Globalen Pakt im Laufe des Jahres die nächste Phase seiner Prüfung der Lenkungsstruktur ein, die die Ausarbeitung von Diskussionspapieren zur Gesamtleitung und zu verfeinerten Integritätsmaßnahmen sowie die Verteilung dieser Papiere an die Teilnehmer umfasste. Dieser Prozess wurde im August 2005 abgeschlossen. Der Globale Pakt wird auch weiterhin vom Büro für den Globalen Pakt gelenkt werden, die Teilnehmer der Initiative werden jedoch über die vielen bereits eingerichteten Landesnetzwerke ihre eigene Trägerschaft ausweiten. Auf Landesebene werden sich die Teilnehmer auf die breitere und eingehendere Anwendung der Grundsätze konzentrieren und Mechanismen zur Qualitätssicherung einsetzen, um die Umsetzung der Zusagen in konkrete Maßnahmen zu gewährleisten.

290. Das Büro für den Globalen Pakt spielte außerdem eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung eines Leitfadens für Beiträge der Privatwirtschaft zu Nothilfeleistungen der Vereinten Nationen, den es gemeinsam mit dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten auf einer wegweisenden Konferenz am 25. April vorstellte, an der der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Bill Clinton, teilnahm. Der Leitfaden soll Unternehmen dabei helfen, Wege zur wirksamen Unterstützung der Nothilfeleistungen der Vereinten Nationen zu finden. Wie die Reaktion auf die Tsunami-Hilfe gezeigt hat, können wir bei den Vereinten Nationen einen besseren Beitrag zur Weiterleitung der enorm großzügigen Hilfe des Privatsektors in globalen Krisen leisten.

291. Im Hinblick auf spezifische Themenbereiche stellte das Büro für den Globalen Pakt am 28. April zwei miteinander zusammenhängende Publikationen vor – *Enabling Economies of Peace: Public Policy for Conflict-Sensitive Business*, veröffentlicht vom Büro für den Globalen Pakt, und *Conflict-Sensitive Business Practice: Guidance for Extractive Industries*, veröffentlicht von der nichtstaatlichen Organisation International Alert. Ich begrüße diese Beiträge, mit denen einerseits die Regierungen nachdrücklich aufgefordert werden, den Unternehmen mit verstärkten Maßnahmen bei der Förderung des Friedens behilflich zu sein, und andererseits Industrien mit hohem Einfluss nahe gelegt wird, die Entwicklung konflikt-sensibler Unternehmenspraktiken aggressiver voranzutreiben.

292. Des Weiteren bemühte sich der Globale Pakt im Laufe des Jahres verstärkt um die Einbeziehung der Finanzmärkte. Im Rahmen der im Juni 2004 auf dem Gipfel von Führungspersonlichkeiten des Globalen Paktes eingeleiteten Initiative "Wer sich engagiert, gewinnt" trat eine Gruppe namhafter Investmentgesellschaften im Jahresverlauf in Arbeitsgruppen zusammen; sie wird 2005 einen Bericht sowie ein Instrument veröffentlichen, das Finanzanalysten bei der Einbeziehung ökologischer und sozialer Faktoren helfen wird, mit dem Ziel, inklusivere und nachhaltigere Märkte zu schaffen. Gleichzeitig leiteten der Globale Pakt und das UNEP die Initiative "Grundsätze für verantwortungsvolle Investitionen" ein, mit der gegenwärtig die Geschäftsführer der weltgrößten Pensionsfonds dafür mobilisiert werden, sich weltweit für verantwortungsvolle Investitionen einzusetzen. In beiden Fällen wird die Herausforderung darin bestehen, dafür zu sorgen, dass eine kritische Masse von Akteuren des Finanzsektors solche Konzepte und Leitlinien annimmt.

293. Ferner wurde im vergangenen Jahr das elektronische Informationsblatt *Compact Quarterly* gestartet, das Artikel und aktuelle Meldungen über den Globalen Pakt und seine Themenbereiche enthält. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat das Blatt bereits eine Leserschaft von mehr als 3.000 Teilnehmern, politischen Entscheidungsträgern und Vordenkern aus der ganzen Welt gewonnen.

294. Schließlich sicherte sich das Büro für den Globalen Pakt die Unterstützung der Regierung Chinas für die Abhaltung des China-Gipfels des Globalen Paktes am 30. November und 1. Dezember 2005. Dieser Gipfel verspricht ein historisches Ereignis zu werden, bei dem führende chinesische Wirtschafts- und Regierungsvertreter mit den Leitern ausländischer Unternehmen und anderer Organisationen zusammenkommen, um ein verantwortungsvolles gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in China und über seine Grenzen hinaus zu fördern.

295. Im vergangenen Jahr wurden darüber hinaus konkrete Folgemaßnahmen zu dem im März 2004 unter der Schirmherrschaft des UNDP präsentierten Bericht der Kommission für den Privatsektor und die Entwicklung "Unleashing Entrepreneurship: Making Business Work for the Poor" ergriffen. Der Bericht wurde in mehr als 30 Ländern unter Beteiligung von Staatschefs, wichtigen politischen Entscheidungsträgern, Kommunalverwaltungen und Akteuren des inländischen wie auch ausländischen Privatsektors offiziell vorgestellt. Die entsprechenden Veranstaltungen wurden durch eine Reihe von Arbeitstagen und neuen Projektentwicklungen ergänzt – konkrete Initiativen, in denen die Empfehlungen des Berichts verkörpert sind. Darüber hinaus wurde die Initiative "Nachhaltige Unternehmen aufbauen" ausgeweitet, ein wichtiges Programm, das ausgehend von den Feststellungen des Kommissionsberichts auf möglichst innovative Strategien am Schnittpunkt von Märkten und Entwicklung abzielt. Inspiriert von dem 2002 im Rahmen des Globalen Paktes geführten Politikdialog über Privatwirtschaft und nachhaltige Entwicklung fördert diese Initiative unternehmensgesteuerte Lösungen zur Armutsminderung. Sie vereint mehr als 15 führende globale Unternehmen unter ihrem Dach und hat ihren Wirkungsbereich in Afrika, Asien und Lateinamerika weiter ausgedehnt. In den jüngsten Berichten des Weltwirtschaftsforums, der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas und der Kommission für Afrika wurde die Initiative als ein bahnbrechender Beitrag zur Unternehmens- und Entwicklungslandschaft gewürdigt. Ich rechne damit, dass sie weiter wachsen und zu innovativen Unternehmenskonzepten zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele inspirieren wird.

Schlussbemerkungen

296. Die in diesem Bericht beschriebenen Tätigkeiten erstrecken sich auf ein breites Spektrum von Fragen, die die Völker der Welt direkt angehen, von Frieden und Sicherheit über Entwicklung bis hin zu Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. In allen diesen Bereichen reagieren die Vereinten Nationen mit Einfallsreichtum auf die sich ständig wandelnden Bedürfnisse der internationalen Gemeinschaft. Die Organisation ist ein Symbol und ein Instrument unseres gemeinsamen Bekenntnisses zur Zusammenarbeit bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele. Bei aller Unvollkommenheit verkörpern die Vereinten Nationen doch die Hoffnung der Menschheit auf eine friedliche und gerechte Weltordnung.

297. Zum sechzigsten Jahrestag der Vereinten Nationen ist es wichtig, die vielen Leistungen der Organisation anzuerkennen, die sie seit ihrer Gründung in San Francisco im Jahre 1945 erbracht hat. Gleichzeitig müssen wir diesen Anlass aber auch dazu nutzen, darüber nachzudenken, wie wir unsere Aufgaben und Verantwortlichkeiten besser erfüllen können. Veränderungen sind nichts Neues für die Organisation, und nie waren Veränderungen wichtiger. Bei der Plenartagung auf hoher Ebene im September werden die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten Gelegenheit haben, kühne Entscheidungen zu treffen, um unsere Welt fairer und freier, wohlhabender und sicherer zu machen und die Vereinten Nationen zu stärken. Ich bin zuversichtlich, dass sie sich um unserer selbst willen wie auch zum Wohle künftiger Generationen dieser Herausforderung gewachsen zeigen werden.
